D 7735 C

Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Nr. 41
9. Jahrgang

Wochenzeitung · Erscheint freitags
Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Druckort Frankfurt

9. Oktober 1981
Preis 1 DM

„Sicherung des Reallohnes muß Priorität haben"
So die Tarifkommissionen der IG Metall in Baden-Württemberg. Es wird diskutiert über Senkung des Rentenalters und Lohnerhöhung .... S. 14



Aufschwung der Friedensbewegung in Italien
Ein Friedensmarsch hat die gesamte Linke erstmals wieder vereint. Doch Widersprüche gibt es über die konkreten Kampfziele der Bewegung .... S. 7

Die Wirtschaft Irans geht auf den Knien
Nur mit umfassender Unterdrückung kann Khomeiny sein Regime halten. Einheitsfrontbemühungen unter der Linken. Ein Interview .... S. 9

Im Wohnungsbau werden Milliarden verschleudert
Wer baut spart Steuern, und wer reich ist, kann am besten bauen und spart am meisten Steuern. Mietwohnungen werden darüber immer teurer ... S. 11

Demonstration in Bonn

Die Richtung der Blockfreiheit stärken

Von Hans-Gerhart Schmierer

Bereits vor Beginn hat die Bonner Demonstration die politischen Kräfteverhältnisse in Bewegung gebracht. Noch selten hat eine Demonstration schon in ihrer Vorbereitungsphase solch breite öffentliche Auseinandersetzungen hervorgerufen. Auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion beschäftigt sich am Freitag der Bundestag mit den Zielen der Demonstration. Die CDU/CSU will festgestellt haben:

„Der Aufruf der Veranstalter zur Demonstration ‚Für Frieden Abrüstung und Entspannung in Europa' am 10. Oktober in Bonn richtet sich einseitig gegen die NATO und die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland."

Die Demonstration sei mit dem NATO-Doppelbeschluß, zu dem sich alle Fraktionen am 26. Mai 1981 bekannt hätten, unvereinbar. Wie wahr! Die Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa als „einseitig" zu bezeichnen, ist allerdings dreist. Der Vorwurf soll der CDU/CSU bloß dazu dienen, jene Kräfte, die beide Supermächte und Militärblöcke für die wachsende Kriegsgefahr verantwortlich machen, demagogisch von der Bewegung gegen den drohenden Krieg abzuspalten und an die NATO-Politik der BRD zu ketten. Ohne sich davon abbringen zu lassen, direkt Forderungen an die Bundesregierung zu richten, die diese auch erfüllen kann – und die Rücknahme ihrer Zustimmung zu dem NATO-Beschluß kann die Bundesregierung erfüllen –, ist die Friedensbewegung im Gegenteil gerade dabei, eine Perspektive auszuarbeiten, die der Gesamtlage entspricht und die sich gegen die Kriegsvorbereitungen beider Super-

vorgerufen. Auf Antrag der CDU/CSU-Fraktion beschäftigt sich am Freitag der Bundestag mit den Zielen der Demonstration. Die CDU/CSU will festgestellt haben:

„Der Aufruf der Veranstalter zur Demonstration ‚Für Frieden Abrüstung und Entspannung in Europa' am 10. Oktober in Bonn richtet sich einseitig gegen die NATO und die Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland."

Die Demonstration sei mit dem NATO-Doppelbeschluß, zu dem sich alle Fraktionen am 26. Mai 1981 bekannt hätten, unvereinbar. Wie wahr! Die Forderung nach einem atomwaffenfreien Europa als „einseitig" zu bezeichnen, ist allerdings dreist. Der Vorwurf soll der CDU/CSU bloß dazu dienen, jene Kräfte, die beide Supermächte und Militärblöcke für die wachsende Kriegsgefahr verantwortlich machen, demagogisch von der Bewegung gegen den drohenden Krieg abzuspalten und an die NATO-Politik der BRD zu ketten. Ohne sich davon abbringen zu lassen, direkt Forderungen an die Bundesregierung zu richten, die diese auch erfüllen kann – und die Rücknahme ihrer Zustimmung zu dem NATO-Beschluß kann die Bundesregierung erfüllen –, ist die Friedensbewegung im Gegenteil gerade dabei, eine Perspektive auszuarbeiten, die der Gesamtlage entspricht und die sich gegen die Kriegsvorbereitungen beider Super-mächte und ihrer Militärblöcke richtet. Damit wird sie für die Parlamentsparteien erst wirklich gefährlich.

Mit ihrem Antrag will die CDU/CSU die Bundesregierung und die SPD in Verlegenheit bringen, was nicht eben schwer ist. Über 50 SPD-Bundestagsabgeordnete haben in einer Erklärung die Bonner Demonstration begrüßt. Sogar 16 FDP-Abgeordnete sahen sich veranlaßt festzustellen, daß die Demonstration nicht diskreditiert werden dürfe. Sie müsse als Ansporn dienen, die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion erfolgreich voranzubringen. Die Koalitionsparteien bringen dementsprechend einen eigenen Resolutionsentwurf ein, der den Kurs der Bundesregierung unterstützt, aber die Achtung vor dem Demonstrationsrecht zum Ausdruck bringen soll.

Das entspricht der Linie, mit der die Sozialdemokratie die Widersprüche in den eigenen Reihen unter einem Hut zu halten versucht. Die Bundestagsabgeordneten, die die Demonstration begrüßen, tun so, als gäbe es keinen oder fast keinen Widerspruch zwischen Demonstration und Regierungspolitik. Willy Brandt ermahnt die SPD-Mitglieder, auf der Demonstration für Gewaltfreiheit einzutreten. Nur Helmut Schmidt ließ seinen Regierungssprecher mitteilen, er werte die Demonstration als Kampfansage an die Regierung. Staatsminister im Kanzleramt Corterier machte sogar einen „Dolchstoß" aus und erinnerte an den Unvereinbarkeitsbeschluß der Sozialdemokratie, der gemeinsame Aktionen mit Kommunisten untersagt.

Den „Kommunisten" freilich, d.h. der DKP, kann die Richtung, die die Friedensbewegung zunehmend einschlägt, ganz gewiß auch nicht gefallen. Die Grünen, die einen beträchtlichen Einfluß in der heutigen Friedensbewegung haben, ließen auf ihrem gerade abgeschlossenen Bundeskongreß keinen Zweifel daran, daß sie die Kriegsvorbereitungen *beider* Supermächte bekämpfen. Angesichts der ständigen Interventionsdrohungen der UdSSR gegen das polnische Volk haben sich inzwischen einige prominente Initiatoren des Krefelder Appells, mit dessen Hilfe die Friedensbewegung auf die sowjetische Außenpolitik eingeschworen werden soll, zu einer Erklärung aufgerafft. Zusammen mit Erhard Eppler und Freimut Duve haben Petra Kelly, Bastian und Mechtersheimer sich zur „europäischen und internationalen Friedensbewegung" bekannt, die „gleicherweise gegen die Aufrüstungs-und Kriegspolitik im Osten und im Westen" kämpfe. Die Kräfte, die die europäischen Nationen nicht „als Schachfiguren der Führungsmächte in den Bündnissen" betrachten wollten, wüchsen in beiden Teilen Europas. Mit großer Sorge sehe man die Vorbereitungen, die in der UdSSR und in der DDR für einen „Interventionskrieg gegen die Volksrepublik Polen" getroffen würden.

Insoweit kann man sich also über „Einseitigkeit" nicht beklagen. Um so schwerer werden es Bundesregierung und CDU/CSU haben, ihre Blocklogik als Friedenspolitik zu verkaufen, bei der die USA als Schutzmacht für die weltweiten Interessen des BRD-Kapitals gerade so recht sind wie die Sowjetunion als Garantiemacht in Osteu-

keinen Zweifel daran, daß sie die Kriegsvorbereitungen *beider* Supermächte bekämpfen. Angesichts der ständigen Interventionsdrohungen der UdSSR gegen das polnische Volk haben sich inzwischen einige prominente Initiatoren des Krefelder Appells, mit dessen Hilfe die Friedensbewegung auf die sowjetische Außenpolitik eingeschworen werden soll, zu einer Erklärung aufgerafft. Zusammen mit Erhard Eppler und Freimut Duve haben Petra Kelly, Bastian und Mechtersheimer sich zur „europäischen und internationalen Friedensbewegung" bekannt, die „gleicherweise gegen die Aufrüstungs-und Kriegspolitik im Osten und im Westen" kämpfe. Die Kräfte, die die europäischen Nationen nicht „als Schachfiguren der Führungsmächte in den Bündnissen" betrachten wollten, wüchsen in beiden Teilen Europas. Mit großer Sorge sehe man die Vorbereitungen, die in der UdSSR und in der DDR für einen „Interventionskrieg gegen die Volksrepublik Polen" getroffen würden.

Insoweit kann man sich also über „Einseitigkeit" nicht beklagen. Um so schwerer werden es Bundesregierung und CDU/CSU haben, ihre Blocklogik als Friedenspolitik zu verkaufen, bei der die USA als Schutzmacht für die weltweiten Interessen des BRD-Kapitals gerade so recht sind wie die Sowjetunion als Garantiemacht in Osteu-ropa, damit die dorthin geflossenen Kredite nicht wegen unkalkulierbarer Unabhängigkeitsbestrebungen gefährdet werden.

Gegen die Militärblöcke und ihre Vormächte richtet sich in vorsichtiger, aber eindeutiger Form auch ein von Robert Havemann entworfener Brief an Breschnew, der in der DDR zirkuliert und in der BRD veröffentlicht worden ist: „36 Jahre nach Ende des Krieges ist es jetzt zu einer dringenden Notwendigkeit geworden, die Friedensverträge zu schließen und alle Besatzungstruppen aus beiden Teilen Deutschlands abzuziehen. (Selbstverständlich müßte die Stellung Westberlins gesichert bleiben.) Wie wir Deutsche unsere nationale Frage dann lösen werden, muß man uns schon selbst überlassen, und niemand sollte sich davor mehr fürchten als vor dem Atomkrieg." Und zuvor heißt es: „Es gilt insbesondere, die beiden Teile Deutschlands der Blockkonfrontation zu entziehen."

Am Dienstag hat die Sowjetunion wieder erklärt, die beschlossene NATO-Nachrüstung sei Vorrüstung und die Sowjetunion müsse ihr gegenüber nachrüsten. Wer auf das Gleichgewicht der Supermächte statt auf die Unabhängigkeit der europäischen Völker und ihr Bündnis mit der Blockfreienbewegung setzt, wird Opfer des Wettrüstens. Die Demonstration in Bonn richtet sich gegen das Wettrüsten. Als Perspektive des Kampfes zeichnet sich immer deutlicher die Forderung nach Blockfreiheit ab.

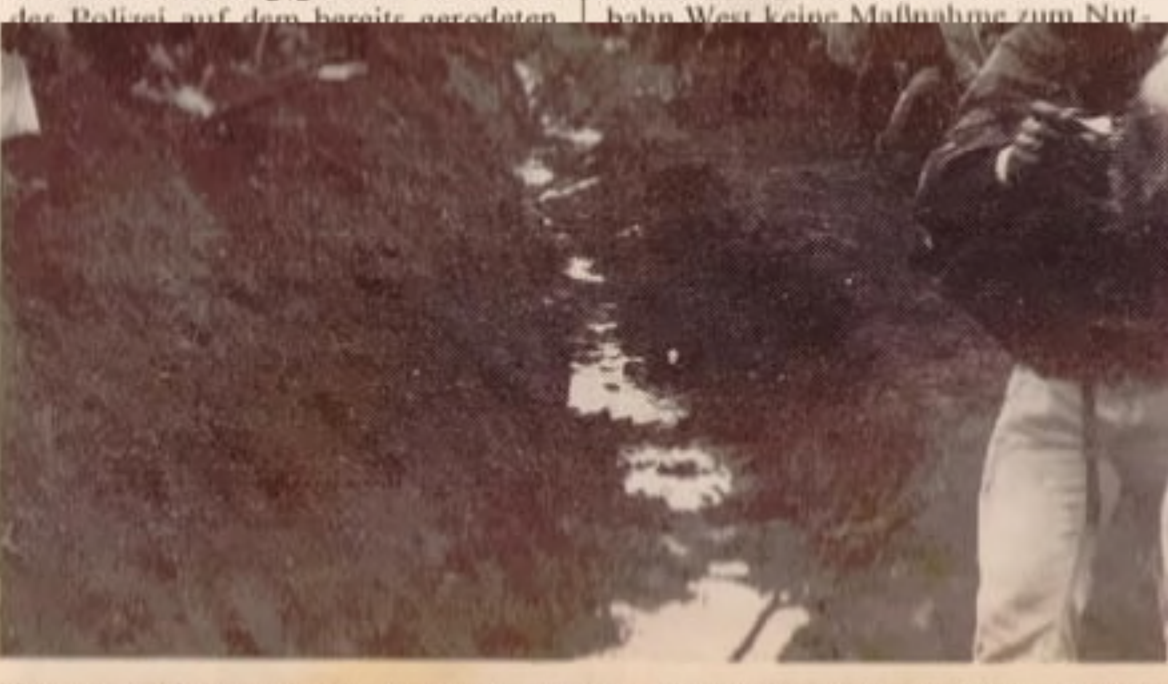


Vor genau einem Jahr hatte die hessische Landesregierung die ersten 7 ha Wald am Frankfurter Flughafen – gegen erbitterten Widerstand – roden lassen. *Hier* soll eine Landstraße untertunnelt werden – Baubeginn für die Startbahn. Die Gegner der Startbahn hatten rings um dieses Gelände Sperren errichtet.

Polizei und Grenzschutz setzen Baubeginn für Startbahn West durch

anm. Am Dienstag wurde mit dem größten Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD symbolisch mit dem Bau der Startbahn West begonnen. Polizei und Grenzschutz rückten gegen Tausende, die Schätzungen reichen von 10–20000, Gegner der Startbahn vor, die sich mit ausgehobenen Gräben und Sandwällen gegen den Ansturm

Antrags auf ein Volksbegehren hat ihr geschadet, so wie die Mobilisierung der Tausende gegen diese Aktion den Gegnern der Startbahn genutzt hat. Die Landesregierung hat es jetzt eilig, denn die Zeit arbeitet gegen sie. Je länger die Startbahn hinausgezögert wird, desto weiter verbreiten sich die Argumente, die beweisen, daß der Bau der Start-



Vor genau einem Jahr hatte die hessische Landesregierung die ersten 7 ha Wald am Frankfurter Flughafen – gegen erbitterten Widerstand – roden lassen. *Hier* soll eine Landstraße untertunnelt werden – Baubeginn für die Startbahn. Die Gegner der Startbahn hatten rings um dieses Gelände Sperren errichtet.

Polizei und Grenzschutz setzen Baubeginn für Startbahn West durch

anm. Am Dienstag wurde mit dem größten Polizeiaufgebot in der Geschichte der BRD symbolisch mit dem Bau der Startbahn West begonnen. Polizei und Grenzschutz rückten gegen Tausende, die Schätzungen reichen von 10–20000, Gegner der Startbahn vor, die sich mit ausgehobenen Gräben und Sandwällen gegen den Ansturm der Polizei auf dem bereits gerodeten Gelände verbarrikadiert hatten. Am Montag war die Alarmkette ausgelöst worden. Noch am Mittwoch trug die Polizei die letzten Besetzer vom Grundstück. Eine Räumung des Widerstandsdorfes im direkt angrenzenden Wald wurde, obgleich von Innenminister Gries schon mehrfach angekündigt, nicht versucht. Noch nicht.

Es war viel von der Gewaltfreiheit der Demonstranten die Rede. Doch das, was das Konzept des Widerstands auszeichnete, war sicher nicht seine Gewaltfreiheit, sondern die Tatsache, daß es weder eine Geste des Widerstands noch Einzelscharmützel waren, sondern die koordinierte Aktion vieler gegen den Vormarsch der Polizei. Die Landesregierung spricht jetzt von der Gewaltfreiheit auf beiden Seiten, es sei zu keinem Knüppeleinsatz gekommen, nur gelegentlich, auch die Wasserwerfer seien nur gelegentlich eingesetzt worden. Völlig gewaltfrei seien die Demonstranten entfernt worden, um der Flughafen AG zu ihrem Recht zu verhelfen. Dem Recht auf ihr Eigentum und auf Durchsetzung des Baubeginns der Startbahn West, gegen dessen Bau ein Volksbegehren durchgeführt werden soll, für das bis jetzt 180000 Unterschriften gesammelt wurden.

Mit dem jetzt durchgesetzten Baubeginn ist die Landesregierung in der Durchsetzung des Baus der Startbahn einen wichtigen Schritt vorangekommen. Der Einsatz dieses Aufgebots an Polizei zur Durchsetzung des Baubeginns noch vor der Einreichung des Antrags auf ein Volksbegehren hat ihr geschadet, so wie die Mobilisierung der Tausende gegen diese Aktion den Gegnern der Startbahn genutzt hat. Die Landesregierung hat es jetzt eilig, denn die Zeit arbeitet gegen sie. Je länger die Startbahn hinausgezögert wird, desto weiter verbreiten sich die Argumente, die beweisen, daß der Bau der Start-bahn West keine Maßnahme zum Nutzen der Gesellschaft ist, sondern eine, an der sicherlich einige Kapitalisten kräftig verdienen und wodurch im übrigen die US-Army für ihre NATO-Strategie die nötige Logistik bekommt. Die bisher vorgetragenen Argumente der Landesregierung, die wirtschaftlichen und verkehrstechnischen Gründe betreffend, sind weitgehend zerpflückt. Das Festhalten des DGB Hessen am Startbahnbau mit bedingtem Ja kommt nach und nach ins Wanken. Wann es fällt, ist eine Frage der Zeit, die noch bleibt, um den Prozeß der Auseinandersetzung zu organisieren.

Zur Durchsetzung des Baus der Startbahn West gehören viele Faktoren: In welchem Tempo und gegen welchen Widerstand wird die Landesregierung den Bau der Startbahn West durchführen können? Werden sich die Kräfteverhältnisse in der SPD nach links verschieben (unter anderem durch Druck aus den Gewerkschaften), wird es gelingen, links von der SPD die Kräfte zu sammeln, um bei der nächsten Landtagswahl durch eine Kräfteverschiebung im Parlament einen Kurswechsel der Regierung durchzusetzen? Werden die Gewerkschaften Maßnahmen ergreifen, um einen anderen Kurs durchzusetzen?

Der Baubeginn, der Tag „X", war eine wichtige Schlacht, jedoch nicht die Entscheidungsschlacht oder das Ende des Kampfes gegen die Startbahn West. Ob es gelingen wird, den Bau der Startbahn West zu verhindern, ist eine Frage der politischen Kräfteverhältnisse in ganz Hessen.

„Schlechte Erziehermanieren"

get. Der Gewerkschaftstag der GEW hat einen Beschluß zur Unterstützung der Hausbesetzer gefaßt, der der Lehrergewerkschaft u.a. den Tadel der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" eingetragen hat, so dürften sich Erzieher nicht benehmen. Der Beschluß lautet:

„Aufgrund der von der Neuen Heimat gestellten Räumungsanträge ist es in Berlin am 22. September 1981 zu schweren voraussehbaren Auseinandersetzungen gekommen, in deren Verlauf ein junger Mensch getötet wurde.

Die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages kritisieren aufs schärfste die Räumungsanträge und Strafanträge der Neuen Heimat gegen die Instandbesetzer in Berlin.

Gerade die Neue Heimat als gewerkschaftseigenes Unternehmen darf nicht nach nur rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgehen.

Ihr sozialer Auftrag bestimmt sich vielmehr gemäß dem wohnungsbaupolitischen Konzept des DGB (s. DGB-Grundsatzprogramm, Punkt 22: ‚Sicherung der Wohnungsversorgung').

Mit Betroffenheit stellen wir fest, daß die Neue Heimat im Gegensatz zu diesem Auftrag durch ihre Räumungsanträge zum Vorreiter einer Wohnungspolitik wurde, deren wesentliche Nutznießer Spekulaten, Großverdiener und das Finanzkapital sind.
Wir fordern eine sofortige Abkehr von dieser Politik – das heißt:

1. Keine weiteren Räumungsanträge für instandbesetze Häuser, die der Neuen Heimat gehören!
2. Rücknahme von Strafanträgen gegen die Instandbesetzer!
3. Entwicklung eines wohnungsbaupolitischen Kozeptes durch den DGB, das die Konzepte der Hausinstandbesetzer berücksichtigt!"

dersetzungen gekommen, in deren Verlauf ein junger Mensch getötet wurde.

Die Delegierten des außerordentlichen Gewerkschaftstages kritisieren aufs schärfste die Räumungsanträge und Strafanträge der Neuen Heimat gegen die Instandbesetzer in Berlin.

Gerade die Neue Heimat als gewerkschaftseigenes Unternehmen darf nicht nach nur rein marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten vorgehen.

Ihr sozialer Auftrag bestimmt sich vielmehr gemäß dem wohnungsbaupolitischen Konzept des DGB (s. DGB-Grundsatzprogramm, Punkt 22: ‚Sicherung der Wohnungsversorgung').

Mit Betroffenheit stellen wir fest, daß die Neue Heimat im Gegensatz zu diesem Auftrag durch ihre Räumungsanträge zum Vorreiter einer Wohnungspolitik wurde, deren wesentliche Nutznießer Spekulaten, Großverdiener und das Finanzkapital sind.
Wir fordern eine sofortige Abkehr von dieser Politik – das heißt:

1. Keine weiteren Räumungsanträge für instandbesetze Häuser, die der Neuen Heimat gehören!
2. Rücknahme von Strafanträgen gegen die Instandbesetzer!
3. Entwicklung eines wohnungsbaupolitischen Kozeptes durch den DGB, das die Konzepte der Hausinstandbesetzer berücksichtigt!"

Der zurückgetretene GEW-Vorsitzende Frister – ab 1.11. Arbeitsdirektor bei der Neuen Heimat – hat sich darüber ziemlich beleidigt gezeigt und den Delegierten mehr oder minder offen die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung vorgeworfen, weil der Beschluß sich gegen die Arbeitsplatzinteressen der Bauarbeiter und gegen die angeblich sozialverpflichtete Wohnungspolitik der Neuen Heimat richtet. Intellektuellengewerkschaft gegen Arbeiterklasse? Aus gutem Grund hat diese Polemik die Delegierten nicht beeindruckt. Dem zitierten DGB-Programm – man lese nach – entspricht voll und ganz das Ziel der Instandbesetzer, die Praxis der Neuen Heimat dagegen weniger. Das können Tausende von Mietern dieser Wohnungsbaugesellschaft bezeugen. Der Gewerkschaftstag hat die Chance genutzt, einen Beitrag für die Einheit der demokratischen Kämpfe der Instandbesetzer mit der Gewerkschaftbewegung zu leisten. Keine Frage, daß diese Einheit solide Grundlagen in gemeinsamem Interesse hat.

Das Attentat auf Sadat kann weltweite Folgen haben

Von Lutz Plümer

Das Bekanntwerden des Attentats auf den ägyptischen Staatspräsidenten Anwar al Sadat hat für die meisten Hauptstädte der Welt die Lage verändert. Sowjetische Nachrichtenagenturen erklärten, ohne das Gefühl der Befriedigung allzusehr zu unterdrücken, das Attentat auf Sadat hinge mit der Unzufriedenheit des ägyptischen Volkes über seinen innen- und außenpolitischen Kurs zusammen. Aus Washington hört man bereits die Forderung nach Neukonzipierung der amerikanischen Nahostpolitik. Es sei vielleicht doch ein Fehler gewesen, die amerikanische Nahostpolitik so sehr ,,auf einen einzigen Mann" zu stützen. In Israel gewinnen, Berichten zufolge, ultrarechte Kräfte an Oberwasser, denen sogar Camp David als Verrat an dem chauvinistischen Traum eines Groß-Israel erschienen sei; sie fordern, die israelische Räumung der Sinai-Halbinsel ganz zu stoppen. Der Vorsitzende der PLO, Yassir Arafat, äußerte sich positiv zu dem Attentat. Es zeige, daß die Sache Palästinas in der Seele des ägyptischen Volkes aufgehoben sei. Libyen, das eine ägyptische Widerstandsfront unter dem Vorsitz des ehemaligen Generalstabschefs Shasli beherbergt, bekundet Begeisterung. Die amerikanische Nahostflotte überprüft ihre Einsatzbereitschaft.

Weniger als die Bedeutung ,,eines einzelnen Mannes" kommt in all diesen Reaktionen auf Sadats Tod zum Ausdruck, wie angespannt die Lage im Nahen Osten und in der Welt gegenwärtig ist. So sehr, daß dieses Attentat solche weltweiten Reaktionen hervorzurufen imstande ist. Im westlichen wie im östlichen Militärblock gilt der Nahe Osten als strategisch neuralgischer Punkt. Für die NATO ist die Erdölzufuhr aus dem Nahen Osten lebenswichtig, für die Sowjetunion wird sie es in einigen Jahren sein. Israel ist für die USA ein Brückenkopf im Nahen Osten, gestützt auf Ägypten und die Golfstaaten wollen sie hier eine antisowjetische Front aufbauen. Sowjetische Truppen stehen in Afhanistan, sowjetische Stützpunkte gibt es in Äthiopien und der DVR Jemen.

Die arabischen Staaten drohen, zunehmend in die Rivalität der beiden Supermächte hineingezogen zu werden. Diese ohnehin höchst labile, spannungsgeladene Situation im Nahen Osten wird durch das Attentat auf Sadat weiter kompliziert.

Für den Unabhängigkeitskampf der arabischen Völker hat Ägypten stets eine besonders wichtige Rolle gespielt. Aus diesem Unabhängigkeitskampf bezog Sadat sein Ansehen. Als 1973 die ägyptische Armee zum ersten Mal israelische Truppen schlug und die Bar-Lev-Linie überwand, geschah dies unter Führung Sadats. Ein Jahr zuvor hatte Sadat Tausende von sowjetischen Beratern nach Hause geschickt, die sich immer mehr als Instrument äußerer Einmischung entpuppt hatten. Mit seinem Auftritt vor der israelischen Knesseth leitete Sadat dann eine Entwicklung ein, die schließlich zu dem ägyptischen Separatfrieden mit Israel führte. In dem Versuch, Ägypten aus der Umklammerung der Sowjetunion zu lösen, führte Sadat Ägypten an die Seite der USA und Israels. Dem palästinensischen Befreiungskampf und der arabischen Einheit hat das erheblich geschadet und den israelischen Angriff auf den Südlibanon zumindest erleichtert. Sadats Prophezeiungen, Camp David werde Ägyptens wirtschaftliche Lage verbessern, haben sich keineswegs erfüllt. In Ägypten gibt es nur wenige, die den Tod Sadats betrauern werden.

Agent der USA ist Sadat trotz allem nicht geworden. Das zeigt vor allem seine jüngste Aufforderung an die USA, in einen Dialog mit der PLO einzutreten, was von dieser begrüßt, von der amerikanischen Regierung aber postwendend zurückgewiesen wurde.

Dem sowjetischen Vordringen hat sich Sadat entschieden widersetzt. Den afghanischen Befreiungskampf wie auch den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea hat er ohne Wenn und Aber unterstützt. Spekulationen darüber, wer hinter dem Attentat auf Sadat steht, sind gegenwärtig müßig. Wem es vor allem nützt, das kann man sich schon jetzt ausrechnen.

Friedenspolitischer Parteitag der Grünen

Radikaler Pazifismus oder alternative Verteidigungskonzeptionen? Unterstützung für Solidarność

Willi Preßmar, Frankfurt

Am letzten Wochenende tagte in der Offenbacher Stadthalle die Bundesdelegiertenversammlung der Grünen. Die rund 15000 Mitglieder wurden von knapp 700 Delegierten vertreten. Auffallend war, daß Leute wie Rudolf Bahro oder auch Otto Schily, die noch stark im Mittelpunkt des letzten Parteitages gestanden hatten, diesmal nicht dabei waren. Ansonsten muß sich eine stattliche Anzahl alter Bekannter aus der Studentenbewegung und dem marxistisch-leninistischen Spektrum in Grüne verwandelt haben, stellten sie doch einen beachtlichen Teil der Delegierten. Sicherlich haben diese Leute zahlreiche programmatische Impulse gegeben, und ohne sie wären die Grünen bloß zu einem unbedeutenden Idealistenverein geworden, während sie jetzt eher ein alternatives Sammelbecken mit Parteianspruch sind.

Aus diesem Widerspruch resultiert schnurstracks, daß gerade Leute, die früher den revolutionären Marxismus verfochten haben, sich in dieser Partei bzw. auf ihrem Parteitag wie auf einem Bündnistreffen zwecks Vereinbarung einer Aktionseinheit bewegen, indem sie auf die Darlegung ihrer Auffassungen und die politische Auseinandersetzung mit anderen Positionen, etwa dem Pazifimus, fast vollständig verzichten (z.B. Willfried Maier), um bloß nicht als zu große Belastung für die ,,Konsensfähigkeit" der Partei zu erscheinen.

Die Diskussion über das friedenspolitische Manifest drehte sich im wesentlichen um zwei Fragenkomplexe:
– Ursachen der verschärften Kriegsgefahr. Ist die SU aggressiv-imperialistisch oder im wesentlichen defensiv und auf Verteidigung orientiert?
– Wie können wir uns verteidigen? Radikaler Pazifismus, oder soll man sich auf die Diskussion um alternative Verteidigungskonzeptionen einlassen?

Die Ursachen der Kriegsgefahr werden von der überwiegenden Mehrheit in der Rivalität der beiden Supermächte gesehen. Die Bemühungen einer Minderheit (im wesentlichen KB und Z-Fraktion), die SU zu schonen und die eigentliche Kriegsgefahr dem US-Imperialismus und seinem Weltherrschaftsstreben alleine zuzuschreiben, wurden eindeutig zurückgewiesen. Zur Einschätzung der Sowjetunion heißt es in dem Friedensmanifest u.a.:

,,Das militärische Motiv der sowjetischen Eroberungspolitik ist die ,Absicherung' des eigenen Machtbereichs durch seine Ausdehnung rund um den Globus; das ökonomische Motiv der Öffnung des Zugangs zu fremden Produktivkräften und Rohstoffen. Dieses Motiv muß sich um so dringender geltend machen, je mehr das Wirtschaftswachstum in der SU selbst abfällt, die Krisenerscheinungen selbst zunehmen, die Erschließung neuer Rohstoffquellen im eigenen Land an technische und finanzielle Grenzen stößt und die Produktivitätslücke gegenüber dem westlichen Kapital auseinanderklafft. Das ist in den letzten Jahren zunehmend der Fall."

Unzweideutig wird das Selbstbestimmungsrecht der Völker betont und jede Aggression und Einmischung, insbesondere durch die Supermächte, zurückgewiesen. Demonstrativ wurde vom Parteitag ein Solidaritätstelegramm an den gleichzeitig tagenden Gewerkschaftskongreß der Solidarność in Gdanks geschickt.

Weniger geklärt ist bei den Grünen die Frage, ob man sich auf pazifistische Positionen zurückziehen oder an der Diskussion um alternative Verteidigungskonzepte beteiligen soll. Die ,,radikalen Pazifisten", repräsentiert von Petra Kelly, vertreten das Konzept der ,,Sozialen Verteidigung" und fordern jeglichen Verzicht auf ,,personenverletzende Gewalt". Sie grenzen sich strikt von denen ab, die sich mit alternativen Verteidigungskonzeptionen, von Afheldt bis Spanocci, befassen wollen, sie lehnen jegliche Differenzierung in Defensiv- und Offensivstrategien und -waffen ab. Die gesamten Überlegungen gehen davon aus, daß jede Art militärischer Verteidigung Selbstmord (und ohnehin unmoralisch) sei. Aus *diesem* Grund kam auch ein Antrag zur Abstimmung, die Grünen sollten die Auflösung der Bundeswehr fordern, also ganz im Sinne von ,,Frieden schaffen ohne Waffen".

Da eine grundsätzliche Diskussion darüber gar nicht geführt wurde, zu allem Überfluß mehr Anträge zur Geschäftsordnung als inhaltliche Beiträge zu verhandeln waren, ist die Diskussionsvorlage in einen wirklich schlechten Kompromiß umgeändert worden. Hieß es in der Vorlage (unter der Überschrift: ,,Wie können wir uns verteidigen?") noch: ,,Was wir fordern, ist eine offene Diskussion über die verschiedenen Konzepte der Verteidigung (Soziale Verteidigung, Defensivarmee, Territorialverteidigung), die sich als Alternative zur gegenwärtigen Aufrüstungspolitik verstehen", so heißt es jetzt in dem Manifest: ,,Wir Grünen gehen davon aus, daß die Bundesrepublik unter den gegenwärtigen Bedingungen des Atomzeitalters militärisch nicht zu verteidigen ist ... Die Bundeswehr kann und darf in einem solchen Falle (militärischer Angriff auf die Bundesrepublik) nicht zum Einsatz kommen, da dies zur Vernichtungseskalation führen würde." Unterstellt wird schlankweg, daß wenn nur die ,,Haltung des gewaltfreien Widerstandes erlernt wird", auch militärische Aggression und Besatzung zurückgeschlagen werden können. An diesem Punkt sind die Grünen auf dem besten Weg ins Sektierertum, sich mit moralisch-christlichen Positionen von der Wirklichkeit zu verabschieden.



Westberlin: Der Kampf
renz die Überlassung dieses Hauses
2000 Menschen teil. Nach der Demon-
gend – zum Frieden und zur Abrü-
Verwerfung seiner Revision durch den

Volkes aufgehoben sei. Libyen, das eine ägyptische Widerstandsfront unter dem Vorsitz des ehemaligen Generalstabschefs Shasli beherbergt, bekundet Begeisterung. Die amerikanische Nahostflotte überprüft ihre Einsatzbereitschaft.

Weniger als die Bedeutung ,,eines einzelnen Mannes" kommt in all diesen Reaktionen auf Sadats Tod zum Ausdruck, wie angespannt die Lage im Nahen Osten und in der Welt gegenwärtig ist. So sehr, daß dieses Attentat solche weltweiten Reaktionen hervorzurufen imstande ist. Im westlichen wie im östlichen Militärblock gilt der Nahe Osten als strategisch neuralgischer Punkt. Für die NATO ist die Erdölzufuhr aus dem Nahen Osten lebenswichtig, für die Sowjetunion wird sie es in einigen Jahren sein. Israel ist für die USA ein Brückenkopf im Nahen Osten, gestützt auf Ägypten und die Golfstaaten wollen sie hier eine antisowjetische Front aufbauen. Sowjetische Truppen stehen in Afhanistan, sowjetische Stützpunkte gibt es in Äthiopien und der DVR Jemen.

freiungskampf und der arabischen Einheit hat das erheblich geschadet und den israelischen Angriff auf den Südlibanon zumindest erleichtert. Sadats Prophezeiungen, Camp David werde Ägyptens wirtschaftliche Lage verbessern, haben sich keineswegs erfüllt. In Ägypten gibt es nur wenige, die den Tod Sadats betrauern werden.

Agent der USA ist Sadat trotz allem nicht geworden. Das zeigt vor allem seine jüngste Aufforderung an die USA, in einen Dialog mit der PLO einzutreten, was von dieser begrüßt, von der amerikanischen Regierung aber postwendend zurückgewiesen wurde.

Dem sowjetischen Vordringen hat sich Sadat entschieden widersetzt. Den afghanischen Befreiungskampf wie auch den Widerstandskrieg des Demokratischen Kampuchea hat er ohne Wenn und Aber unterstützt. Spekulationen darüber, wer hinter dem Attentat auf Sadat steht, sind gegenwärtig müßig. Wem es vor allem nützt, das kann man sich schon jetzt ausrechnen.

dem Pazifimus, fast vollständig verzichten (z.B. Willfried Maier), um bloß nicht als zu große Belastung für die ,,Konsensfähigkeit" der Partei zu erscheinen.

Die Diskussion über das friedenspolitische Manifest drehte sich im wesentlichen um zwei Fragenkomplexe:
– Ursachen der verschärften Kriegsgefahr. Ist die SU aggressiv-imperialistisch oder im wesentlichen defensiv und auf Verteidigung orientiert?
– Wie können wir uns verteidigen? Radikaler Pazifismus, oder soll man sich auf die Diskussion um alternative Verteidigungskonzeptionen einlassen?

sondere durch die Supermächte, zurückgewiesen. Demonstrativ wurde vom Parteitag ein Solidaritätstelegramm an den gleichzeitig tagenden Gewerkschaftskongreß der Solidarność in Gdanks geschickt.

Weniger geklärt ist bei den Grünen die Frage, ob man sich auf pazifistische Positionen zurückziehen oder an der Diskussion um alternative Verteidigungskonzepte beteiligen soll. Die ,,radikalen Pazifisten", repräsentiert von Petra Kelly, vertreten das Konzept der ,,Sozialen Verteidigung" und fordern jeglichen Verzicht auf ,,personenverletzende Gewalt". Sie grenzen sich

gungen des Atomzeitalters militärisch nicht zu verteidigen ist ... Die Bundeswehr kann und darf in einem solchen Falle (militärischer Angriff auf die Bundesrepublik) nicht zum Einsatz kommen, da dies zur Vernichtungseskalation führen würde." Unterstellt wird schlankweg, daß wenn nur die ,,Haltung des gewaltfreien Widerstandes erlernt wird", auch militärische Aggression und Besatzung zurückgeschlagen werden können. An diesem Punkt sind die Grünen auf dem besten Weg ins Sektierertum, sich mit moralisch-christlichen Positionen von der Wirklichkeit zu verabschieden.



Westberlin: Der Kampf um die Häuser geht weiter

nia. Westberlin. Die Gerüchte verdichten sich, daß der Westberliner Senat nach dem 7. Oktober, dem zweiten Termin für Weizsäckers ,,Friedensgespräch", erneut eine größere Anzahl besetzter Häuser räumen lassen will; diesmal fast alles Kreuzberger Häuser. Die Kreuzberger SPD hat für diesen Mittwoch eine Sondersitzung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) beantragt, auf der sie einen Lösungsvorschlag für alle besetzten Häuser im Bezirk vorlegen will, und für die Dauer des Verfahrens vom Senat Räumungsstopp gefordert. In dieser BVV haben SPD und AL zusammen die Mehrheit. In Charlottenburg wird in der nächsten BVV-Sitzung ebenfalls über einen Räumungsstopp für die noch besetzten Häuser im Bezirk beraten, um die Möglichkeit alternativer Planungen für die Häuser zu klären. – Derweil hat Innensenator Lummer gezeigt, daß die von Weizsäcker angekündigte Räumungsaussetzung für die Dauer der Gespräche nicht für Neubesetzungen gilt. Am Wochenende gab es in drei Häusern vier Neubesetzungen und fünfmal wurde geräumt. (Bei der fünften ,,Räumung" stellte die Polizei hinterher fest, daß das Haus gar nicht besetzt worden war.) – Die geräumten Besetzer aus der Knobelsdorffstr. 40/42 hatten versucht, ein leerstehendes Haus zu besetzen, das frühestens 1984 für eine Schulerweiterung abgerissen werden müßte. Am Montag, nach der Räumung aus der Nehringstr. 8 forderten sie auf einer Pressekonferenz die Überlassung dieses Hauses durch die ,,Neue Heimat"; die AL wird in der BVV Charlottenburg einen entsprechenden Antrag einbringen. Die Paten dieser Häuser haben ebenfalls eine solche Aufforderung an die ,,Neue Heimat" geschickt. – Paten und Vermittler haben den Senat erneut aufgefordert, von weiteren Räumungen abzusehen.

Wallmanns Demonstrationsverbotspraxis

gkr. Systematisch verbietet Wallmann, Oberbürgermeister von Frankfurt, jede angemeldete Demonstration. Auch die für den vergangenen Samstag vom ASTA der Universität und anderen Gruppen angemeldete. Sie sollte zum einen der Unterstützung der noch immer inhaftierten angeblichen Mitglieder des ,,Schwarzen Blocks" dienen, sie sollte gleichzeitig ein Versuch sein, eine sich herausbildende Isolation einzelner Gruppen zu überwinden und schließlich das Demonstrationsrecht durchzusetzen. Auch diesmal hatte das Verwaltungsgericht – die Stadt lehnte den Richter von Roetteken zum zweiten Mal ohne Erfolg wegen Besorgnis der Befangenheit ab – wie schon eine Woche zuvor das Demonstrationsverbot der Stadt als ,,offensichtlich rechtswidrig" abgelehnt. Die Stadt Frankfurt will beim Verwaltungsgerichtshof in Kassel gegen die Frankfurter Verwaltungsrichter deswegen Dienstaufsichtsbeschwerde einlegen. An der Demonstration am Samstag, die von einem massiven Polizeiaufgebot begleitet wurde, nahmen 1500 bis 2000 Menschen teil. Nach der Demonstration ließ der CDU-Rechtsdezernent der Stadt erneut offensichtliche Lügen ab: Es sei im Zug ein RAF-Transparent mitgeführt worden und Bekennerbriefe zu den Attentaten auf Ramstein und General Kroesen verteilt worden. Die Polizei konnte dies nicht bestätigen.

SPD-Parteitag Hessen bestätigt Börner

kvz. Zu einem Akklamationsparteitag für den ehemaligen und wiedergewählten Landesvorsitzenden der SPD-Hessen, Holger Börner, geriet in weiten Teilen der Landesparteitag der SPD Hessen. Die Positionen konnte Börner im wesentlichen schon auf dem Sonderparteitag im Juni abstecken, auf dem Landesparteitag jetzt blieben Wiederaufbereitungsanlage, Startbahn West des Frankfurter Flughafens etc. außen vor. Auch die Grünen, die von ihrem Parteitag in Offenbach nach Alsfeld zur SPD aufgebrochen waren, um gegen die Startbahn West zu protestieren, blieben vor der Halle. Börner konnte bei den Vorstandswahlen mit 179 von 240 Stimmen ein nur wenig schlechteres Stimmenergebnis erzielen als vor zwei Jahren. In einem Antrag zu der Demonstration am 10. Oktober in Bonn unterstrich der ,,SPD-Landesparteitag Hessen das souveräne Recht der Bürger, durch Demonstrationen für ihre Interessen und ihre politischen Ziele einzutreten" und hoffte, daß die Bonner Demonstration ,,ein sichtbares Zeichen für den Willen breiter Bevölkerungskreise – und vor allem der Jugend – zum Frieden und zur Abrüstung in Ost und West setzt".

Auch Baden-Württemberg führt CS-Gas ein

gkr. Nachdem die Innenministerkonferenz am vergangenen Freitag sich erneut nicht auf die Einführung des Reizgases CS geeinigt hatte, hat nun Baden-Württemberg als zweites Bundesland nach Bayern die Einführung im Alleingang angekündigt. Auf der Innenministerkonferenz hatten die CDU-regierten Länder CS-Gas für grundsätzlich geeignet erklärt, die übrigen Länder stimmten dem nicht zu. Die von den Innenministern eingesetzte Kommission kam zu dem Ergebnis, daß CS für Wurfkörper geeignet sei, nicht aber für Wasserwerfer und Reizstoffsprühgeräte. Hierfür aber soll es in erster Linie verwendet werden. Baden-Württembergs Innenminister Herzog hatte erklärt, zwischen Bestellung und Lieferung des Gases bleibe noch genug Zeit, um die Probleme bei der Konzentration in Wasserwerfern etc. zu lösen.

Petition Härdles trotz Unterstützung abgelehnt

gkr. 37 Richter und Staatsanwälte haben sich in einer Petition an den baden-württembergischen Landtag dafür eingesetzt, daß die Strafe gegen Rechtsanwalt Härdle, der zu 22 Monaten Haft verurteilt wurde, bis zur Entscheidung der europäischen Menschenrechtskommission, an die er sich nach Verwerfung seiner Revision durch den Bundesgerichtshof gewandt hatte, ausgesetzt wird. ,,In entscheidenden Fragen kann sich der BGH nicht auf eine feststehende Gesetzesauslegung berufen, z.T. ist er in seiner Entscheidung von seiner bisherigen eigenen Rechtsprechung und ständiger Rechtsprechung des Rechtsgerichts abgewichen, was eine Verwerfung der Revision ... als bedenklich erscheinen läßt", so schrieben sie. Am 24.9. meldete sich ebenfalls der Deutsche Anwaltsverein, in dem nahezu alle Rechtsanwälte der BRD organisiert sind, bei dem Petitionsausschuß des Landtages zu Wort, dies ebenso ein Novum in der bundesdeutschen Justizgeschichte. Der Petitionsausschuß allerdings hat inzwischen gegen alle Einwände die Petition abgewiesen, der Landtag Baden-Württembergs wird dies Votum voraussichtlich bestätigen.

Prozeß gegen Hausbesetzer in Siegen

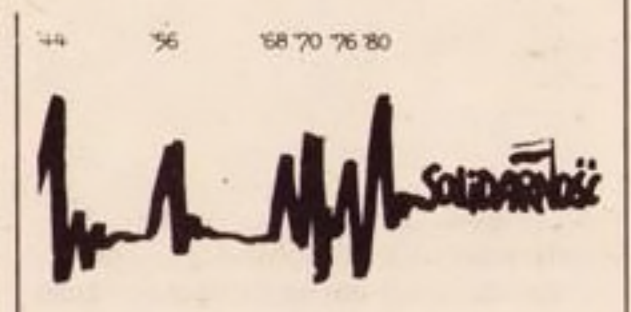
kvz. Am 8.10. beginnt vor der Jugendkammer des Landgerichts Siegen der Prozeß gegen 27 Personen, denen vorgeworfen wird, an Hausbesetzungen im Herbst vergangenen Jahres und im Frühjahr dieses Jahres beteiligt gewesen zu sein. Gegen die meisten von ihnen lautet die Anklage auf Hausfriedensbruch und Nötigung; zwei Angeklagten wirft man Sachbeschädigung sowie Unterstützung einer strafbaren Handlung vor, weil sie Besetzer-Plakate geklebt haben sollen. Für den Prozeß sind 11 Verhandlungstage angesetzt.

Die selbstverwaltete Republik

Auszüge aus der Programmatischen Erklärung des „Solidarność-Kongresses

Der 1. Kongreß der unabhängigen selbstverwalteten Gewerkschaft „Solidarność" ist noch nicht abgeschlossen (zum Zeitpunkt, wo wir dies schreiben), und nur einige der Dokumente, die beim ersten Teil des Kongresses Anfang September verabschiedet wurden, liegen uns im Wortlaut vor. Aber die Konturen der gesamten Beschlußfassung zeichnen sich ab. Und soviel läßt sich sagen: die polnische Revolution hat sich eine Reihe neuer Meilensteine weit voraus gesetzt; sie hat ihren geschichtlichen Weg, den sie nehmen will, ein Stück genauer markiert.

Am deutlichsten zeigt dies die im folgenden (in wichtigen Auszügen) dokumentierte, neu ausgearbeitete und



mehrheitlich verabschiedete *Programmatische Erklärung,* die mit ihrem Plan für eine „selbstverwaltete Republik" in noch sehr viel weiter ausgreifender und präziserer Weise als die „Programmthesen" vom April (vgl. KVZ 24/81) die grundlegenden Ziele der polnischen Gewerkschafter deutlich macht. *Gerd Koenen*

I. WER WIR SIND UND WOHIN WIR GEHEN

(...)

Wir sind eine Organisation, die die Merkmale einer Gewerkschaft mit denen einer großen sozialen Bewegung vereint. Diese Verbindung kennzeichnet unsere Organisation und unsere Rolle im Leben der ganzen Nation. Dank dem Entstehen einer machtvollen Gewerkschaftsorganisation hat die polnische Gesellschaft aufgehört, atomisiert zu sein, verwirrt und verloren; indem sie sich unter der Losung der Solidarität zusammenschließt, gewinnt sie Kraft und Hoffnung zurück. Die Bedingungen für eine echte Wiedergeburt der Nation sind geschaffen worden. Unsere Gewerkschaft – die größte Vertretung der arbeitenden Menschen in Polen – will und wird der Motor dieser Wiedergeburt sein.

Die Würde des Menschen muß den Ausgangspunkt allen Handelns bilden. Ein sozialistischer Staat muß dem Menschen dienen und ihn nicht beherrschen; der Staat muß der Gesellschaft dienen und kann nicht mit einer politischen Partei identisch sein. Der Staat muß wirklich die gemeinsamen Güter

I. WER WIR SIND UND WOHIN WIR GEHEN

(...)

Wir sind eine Organisation, die die Merkmale einer Gewerkschaft mit denen einer großen sozialen Bewegung vereint. Diese Verbindung kennzeichnet unsere Organisation und unsere Rolle im Leben der ganzen Nation. Dank dem Entstehen einer machtvollen Gewerkschaftsorganisation hat die polnische Gesellschaft aufgehört, atomisiert zu sein, verwirrt und verloren; indem sie sich unter der Losung der Solidarität zusammenschließt, gewinnt sie Kraft und Hoffnung zurück. Die Bedingungen für eine echte Wiedergeburt der Nation sind geschaffen worden. Unsere Gewerkschaft – die größte Vertretung der arbeitenden Menschen in Polen – will und wird der Motor dieser Wiedergeburt sein.

Die Würde des Menschen muß den Ausgangspunkt allen Handelns bilden. Ein sozialistischer Staat muß dem Menschen dienen und ihn nicht beherrschen; der Staat muß der Gesellschaft dienen und kann nicht mit einer politischen Partei identisch sein. Der Staat muß wirklich die gemeinsamen Güter
der ganzen Nation repräsentieren. Die Arbeit muß dem Menschen dienen, ihr Sinn liegt in der Befriedigung der echten Bedürfnisse der Menschen. Die Wiederherstellung einer angemessenen Hierarchie dieser gesellschaftlichen Ziele muß die Grundlage der nationalen Wiedergeburt bilden. „Solidarität" entlehnt ihre Wertvorstellungen der christlichen Ehtik, unseren nationalen Traditionen und den demokratischen Traditionen der Welt der Arbeiter.

Wir halten die Herrschaft des Volkes für ein Ziel, das nie mißbraucht werden darf. Die Herrschaft des Volkes kann nicht die Herrschaft dominierender, von der Gesellschaft abgehobener Gruppen sein, die sich selbst das Recht zuschreiben, die Bedürfnisse und Interessen der Gesellschaft zu vertreten. (...) Wir wollen eine wahre Vergesellschaftung des staatlichen und wirtschaftlichen Systems. Aus diesem Grund liegt unser Ziel in einem *selbstverwalteten Polen.*

(...)

II. ANGESICHTS DER GEGENWÄRTIGEN SITUATION DES LANDES

Die Entstehung der sozialen Massenbewegung, die „Solidarität" darstellt, hat die Situation des Landes grundlegend verändert. Sie hat die Möglichkeit für die Entwicklung einer Vielzahl unabhängiger gesellschaftlicher Einrichtungen geschaffen, welcher die neu entstanden sind und solcher, die bis jetzt abhängig von der staatlichen Autorität waren und sich unabhängig gemacht haben. Die Entstehung von von der Staatsmacht unabhängigen Institutionen sollte als ein entscheidendes Mo-

ment in den Umgestaltungen betrachtet werden, die in den gesellschaftlichen und politischen Beziehungen in unserm Land vor sich gehen. (...)

Die Nation wird niemandem einen Verrat an den Idealen, aus denen die „Solidarität" geboren wurde, verzeihen. Sie wird niemandem verzeihen, dessen Aktionen – und seien sie von den besten Absichten bestimmt – zu einem Blutvergießen führen, zu einer Vernichtung unseres materiellen und geistigen Erbes. Das Bewußtsein davon zwingt uns, unsere Ideale schrittweise zu verwirklichen, so daß jede aufeinanderfolgende Aufgabe die Unterstützung der Gesellschaft findet. Unser Sinn für Verantwortung für die Nation zwingt uns auch, die Kräfteverhältnisse zu repektieren, die nach dem II. Weltkrieg in Europa entstanden sind, und die Position, die unser Land darin einnimmt.

Wir wollen die Aufgabe einer großen Umgestaltung in einer Weise verfolgen, die unsere Allianz mit der Sowjetunion nicht berührt. (...)

III. DIE GEWERKSCHAFT UND DIE WIRTSCHAFTSPROBLEME

Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise

ment in den Umgestaltungen betrachtet werden, die in den gesellschaftlichen und politischen Beziehungen in unserm Land vor sich gehen. (...)

Die Nation wird niemandem einen Verrat an den Idealen, aus denen die „Solidarität" geboren wurde, verzeihen. Sie wird niemandem verzeihen, dessen Aktionen – und seien sie von den besten Absichten bestimmt – zu einem Blutvergießen führen, zu einer Vernichtung unseres materiellen und geistigen Erbes. Das Bewußtsein davon zwingt uns, unsere Ideale schrittweise zu verwirklichen, so daß jede aufeinanderfolgende Aufgabe die Unterstützung der Gesellschaft findet. Unser Sinn für Verantwortung für die Nation zwingt uns auch, die Kräfteverhältnisse zu repektieren, die nach dem II. Weltkrieg in Europa entstanden sind, und die Position, die unser Land darin einnimmt.

Wir wollen die Aufgabe einer großen Umgestaltung in einer Weise verfolgen, die unsere Allianz mit der Sowjetunion nicht berührt. (...)

III. DIE GEWERKSCHAFT UND DIE WIRTSCHAFTSPROBLEME

Die Wurzeln der gegenwärtigen Krise
sind im wirtschaftlichen und politischen System zu suchen, sowie in der Wirtschaftspolitik, die von den Behörden verfolgt worden ist. Die letztere hat, unter Mißachtung der fundamentalen nationalen Interessen, alle Ansätze zu Reformen blockiert und die riesigen ausländischen Kredite vergeudet. (...)

These 1:
(Hier wie im folgenden handelt es sich um eine Zusammenfassung der jeweiligen Thesen):

Es wird die Beendigung des Systems der Direktiven und zentralen Zuteilung verlangt, ebenso wie die Abschaffung des Systems, in dem die Besetzung der wichtigsten Management-Positionen von den politischen Instanzen abhängig ist (Nomenklatura). Die Führung der gesellschaftlichen Unternehmen, die von der eigenen Belegschaft bestimmt wird, sollte sich von Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten leiten lassen.

Neben gesellschaftlichen Unternehmen sollte es geben:
– Staatsunternehmen
– Kooperativen
– Kommunale Unternehmen
– Privatunternehmen
– Gemischte Unternehmen (darunter solche mit ausländischem Kapital)

Die Notwendigkeit, Anti-Trust-Gesetze und eine Bewegung zum Schutz der Verbraucherinteressen ins Leben zu rufen, wird betont, sowie die Notwendigkeit, Angebots- und Nachfrage-Mechanismen einzuführen.

These 2:
Behandelt einige Sofortmaßnahmen für den kommenden schweren Winter, mit dem Schwerpunkt auf Verteilungskontrollen und Schutz der Ärmsten;

These 3:
Akzeptiert ausländische Hilfe und schlägt vor, Polen solle dem IWF wieder beitreten; verlangt mehr Produktionsmittel für die Einzelbauern, die produktiver wirtschaften als der vergesellschaftete Sektor der Landwirtschaft; Priorität für Bergbauausrüstungen; und eine Beibehaltung der jetzigen Arbeitszeitregelung für die freien Samstage.

These 4:
Gibt die Zustimmung zu einer allmählichen Wiederherstellung des Marktgleichgewichts im Rahmen eines Krisenprogramms; Preiserhöhungen werden von der vorherigen Zustimmung der Gewerkschaft auf Grundlage von Referenden abhängig gemacht. Die Einführung einer progressiven Einkommenssteuer wird gefordert.

These 5:
Besondere Sorge für die Ärmsten; der Lohnausgleich für die Preiserhöhungen soll für alle Lohnklassen gleich sein.

These 6:
Das Recht auf Arbeit ist universell. Die Gewerkschaft soll sich allen Entlassungen widersetzen, wenn die Behörden den Entlassenen nicht soziale Garantien für die Zeit der Beschäftigungslosigkeit geben.

These 8:
Die Wirtschaftsreform soll unter gesellschaftlicher Kontrolle durchgeführt werden. Ein „Gesellschaftlicher Rat für die Volkswirtschaft" soll beim Sejm als Gutachter-Gremium eingerichtet werden. Seine Mitglieder dürfen sich über die Massenmedien direkt an die Gesellschaft wenden.

IV. DIE SOZIALPOLITIK EINER GESELLSCHAFT DER SOLIDARITÄT

These 9:
Entsprechend den Prinzipien der Gliederung von „Solidarität" in regionale Verbände soll mit der Errichtung betrieblicher Selbstverwaltungsorgane die Wiedergeburt einer starken kommunalen Selbstverwaltung Hand in Hand gehen.

These 15:
Umweltschutz zugunsten der Gesellschaft steht höher als die Produktionsziele der einzelnen Betriebe; Einrichtung einer obersten Umweltschutzbehörde sowie eines von den kommunalen Selbstverwaltungen eingesetzten Fonds; vollständige Information über die Umweltverschmutzung und die Volksgesundheit.

These 16:
Das Recht auf Wohnung ist ein Menschenrecht. Überführung der industriellen Wohnungsbauunternehmen in kommunale Wohnungsbaugesellschaften. Autonomie für die Wohnungsbaukooperativen. Erleichterung des Wohnungstauschs.

V. DIE SELBSTVERWALTETE REPUBLIK

These 18:
Die Organisierung des gesellschaftlichen Lebens entsprechend den menschlichen Bedürfnissen ist möglich, wenn sie den Prinzipien von Selbstverwaltung, Vergesellschaftung und Pluralismus folgt. Die „Solidarität" ist zur Kooperation mit andern Gewerkschaften bereit, wie auch mit dem Unabhängigen Studentenverband, dem Pfadfinderverband u.a.

These 19:
Die Arbeiterselbstverwaltung ist mehr als ein Hebel zur Überwindung der Wirtschaftskrise; sie ist die Basis der selbstverwalteten Republik.

These 20:
Eine echte kommunale Selbstverwaltung ist nur möglich auf Grundlage freier Wahlen zu den Volksräten. Das Wahlgesetz sollte allen Gruppen von Bürgern das Recht geben, Programme zu formulieren und Kandidaten aufzustellen. Nicht-Zugehörigkeit zur „Nationalen Front" (dem Block der offiziell zugelassenen Parteien und Organisationen, d. Übers.) darf keine Vorbedingung dafür sein. – Es sollten spezialisierte Organe der Kommunalen Selbstverwaltung errichtet werden, z.B. Räte für das Volksbildungswesen.

These 21:
Es ist notwendig, eine Selbstverwal-

richtshofs; Änderung der Gesetze über das Recht auf Versammlung, Vereinigung und Auslandsreisen; vollständige Öffentlichkeit des sozialen Lebens; u.a.m.

These 23:
Unabhängigkeit der Justiz durch die Selbstverwaltung der Gerichte, direkte Wahlen der Schöffen, Abschaffung aller Sondergerichte, Wiederherstellung der Rolle der Rechtsanwälte, Beschränkung der Befugnisse der Staatsanwälte; u.a.m.

These 24:
Freiheit der politischen Überzeugungen; Freilassung der politischen Gefangenen; „alle zur Verfügung stehenden Mittel" werden zum Schutz gewerkschaftlicher Aktivisten eingesetzt werden. Einführung von Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

These 25:
Keine Straffreiheit für die, die im Namen des Staates Verbrechen verübt haben, wie in Poznan 1956, an der Küste 1970/71, in Radom und Ursus 1976 und in Bydgoszcz in diesem Jahr. Auch diejenigen, die das Land in den

wirtschaftlichen Ruin geworfen haben, sollen zur Rechenschaft gezogen werden.

These 26:
Wurden bis jetzt Erziehung und Kultur eingesetzt, um uniformes Denken zu erzeugen, so sollen sie jetzt dem entgegengesetzten Zweck dienen. Die Betriebe sollen ermuntert werden, selbständige kulturelle Aktivitäten zu entfalten. Die Gewerkschaft wird einen Gesellschaftlichen Fonds für Nationale Kultur errichten. In Zusammenarbeit mit der „Land-Solidarität" soll der kulturellen Degradation der Landbe-



Sejm als Gutachter-Gremium eingerichtet werden. Seine Mitglieder dürfen sich über die Massenmedien direkt an die Gesellschaft wenden.

IV. DIE SOZIALPOLITIK EINER GESELLSCHAFT DER SOLIDARITÄT

These 9:
Entsprechend den Prinzipien der Gliederung von „Solidarität" in regionale Verbände soll mit der Errichtung betrieblicher Selbstverwaltungsorgane die Wiedergeburt einer starken kommunalen Selbstverwaltung Hand in Hand gehen.

These 20:
Eine echte kommunale Selbstverwaltung ist nur möglich auf Grundlage freier Wahlen zu den Volksräten. Das Wahlgesetz sollte allen Gruppen von Bürgern das Recht geben, Programme zu formulieren und Kandidaten aufzustellen. Nicht-Zugehörigkeit zur „Nationalen Front" (dem Block der offiziell zugelassenen Parteien und Organisationen, d. Übers.) darf keine Vorbedingung dafür sein. – Es sollten spezialisierte Organe der Kommunalen Selbstverwaltung errichtet werden, z.B. Räte für das Volksbildungswesen.

These 21:
Es ist notwendig, eine Selbstverwal-

Zu beziehen über Buchvertrieb Hager

wirtschaftlichen Ruin geworfen haben, sollen zur Rechenschaft gezogen werden.

These 26:
Wurden bis jetzt Erziehung und Kultur eingesetzt, um uniformes Denken zu erzeugen, so sollen sie jetzt dem entgegengesetzten Zweck dienen. Die Betriebe sollen ermuntert werden, selbständige kulturelle Aktivitäten zu entfalten. Die Gewerkschaft wird einen Gesellschaftlichen Fonds für Nationale Kultur errichten. In Zusammenarbeit mit der „Land-Solidarität" soll der kulturellen Degradation der Landbe-



Für seine demokratischen Prozeduren nahm (und nimmt) sich der Kongreß jede erforderliche Zeit

These 10:
Die Gewerkschaft bekämpft die Ungleichbehandlung der Regionen, der Berufe und der Geschlechter. Alle Privilegien, die aus der Stellung im Machtapparat entstehen, sind zu beseitigen.

These 12:
Verteidigung der Rechte der Alten und Behinderten.

These 13:
Verbot von Arbeiten, die den Sicherheits- und Gesundheitsstandards nicht entsprechen; schrittweise Anpassung an die diesbezüglichen Normen der ILO (Internat. Arbeitsorg. der UNO, d. Übers.).

These 14:
Mehr örtliche Gesundheitszentren, die regionalen Selbstverwaltungsorganen der Sozialversicherten unterstehen; Einweisung in Sanatorien nur über diese; Wiederherstellung des Ärzteverbandes.

tungskammer als zweite Kammer des Sejm zu bilden, die eine entscheidende Rolle in sozialen und wirtschaftlichen Angelegenheiten spielen sollte. Dies geht zusammen mit der Notwendigkeit einer neuen Wahlordnung für den Sejm insgesamt.

(Andern Quellen war zu entnehmen, daß in der „Selbstverwaltungskammer" neben den Vertretern der betrieblichen Selbstverwaltungen auch solche der Bauern, der öffentlichen Dienste, der andern Berufsgruppen sitzen sollten, sowie Vertreter von Konsumentenverbänden, etc. – Anm. d. Übers.)

These 22:
Garantien für die Gleichheit vor dem Recht; Anerkennung der Internationalen Konvention über die Menschenrechte durch die VR Polen; Unterwerfung aller politischen und sozialen Organisationen unter das Gesetz; Einrichtung eines souveränen Verfassungsge-

völkerung entgegengewirkt werden.

These 28:
Zensur ist nur außerhalb von Kultur und Wissenschaft zu akzeptieren. Die Gewerkschaft wird Initiativen für ein selbständiges Publikationswesen unterstützen.

These 29:
Die Gewerkschaft fordert die Verabschiedung eines alle Massenmedien einschließenden Pressegesetzes, das zur Herstellung von gesellschaftlicher Kontrolle führt, was die Zuteilung von Papier, von Sendezeiten im Rundfunk und Fernsehen angeht, sowie den Zugang zu technischen Ausrüstungen für Rundfunk und Fernsehen. „Solidarität" fordert das Recht zur Einrichtung eigener Redaktionen in den zentralen und lokalen Rundfunk- und Fernsehstationen, und fordert die gesetzliche Eröffnung von Möglichkeiten, ein eigenes Rundfunk- und Fernsehprogramm zu betreiben.

NATO-Doppelbeschluß und die Unterschriftensammlung des DGB

Antwort auf Lesebriefe zum Beschluß des Ständigen Ausschuß des ZK (KVZ 35/81)

Von Lutz Plümer

Den Beschluß des Ständigen Ausschuß des ZK des KBW zur Unterschriftensammlung des DGB, der in der KVZ 35 auf Seite 5 veröffentlicht worden war, haben einige Genossen in Zuschriften kritisiert. Eine Stellungnahme von Wo.F. aus Bensheim war bereits in der KVZ 37 abgedruckt. Wo.F. vertritt die Auffassung, daß die Orientierung auf Abrüstungsverhandlungen, die der DGB-Aufruf vornimmt, dahin führe, daß die Unterzeichner des Aufrufs auf den NATO-Doppelbeschluß aus der Sicht der Regierungssozialdemokratie festgelegt würden. Dies folge aus der Forderung nach Verhandlungen zwischen den Supermächten, deren Ziel sein solle, ,,auf die Stationierung weiterer Mittelstreckenraketen in Europa zu verzichten, die Produktion von Atomwaffen einzustellen und die bereits stationierten Mittelstreckenraketen abzubauen.'' Mit diese Forderung, die der sozialdemokratischen Verteidigung des NATO-Doppelbeschlusses entspreche, würde der DGB-Aufruf die Unterzeichner an die Bundesregierung und die hier herrschende Supermacht ketten, ganz anders als der Krefelder Appell. Der würde zwar spalten, aber zwischen solchen, die den Kampf gegen das hiesige Militärbündnis führen wollen, und solchen, die die eigene Regierung für einen Faktor des Friedens hielten und schließlich dabei landen würden, das ,,Vaterland in der Stunde der Gefahr nicht im Stich zu lassen'', wie seinerzeit die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1914.

Hier drucken wir drei weitere Leserbriefe zu dem Beschluß des Ständigen Ausschusses ab. Auch sie gehen davon aus, daß der DGB-Aufruf ,,im Endeffekt zunächst mal den Doppelbeschluß'' unterstützt bzw. den ,,Kurs der Bundesregierung voll unterstützt''. Der Leserbrief von M.H. aus Hamburg verweist auf die Äußerung Helmut Schmidts, er hätte den DGB-Aufruf sofort unterschrieben, wenn er nicht dessen Adressat sei, ein Hinweis, der offenbar besagen soll, in wessen Gesellschaft man sich begibt, wenn man das Unterschreiben des DGB-Aufrufs befürwortet.

Wieso eigentlich? Wenn ich den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan verurteile, begebe ich mich dadurch noch lange nicht in die Gesellschaft der Bundesregierung, obwohl auch diese solche Erklärungen abgegeben hat. Wenn ich die Beschlüsse der UNO gegen die vietnamesische Aggression in Kampuchea begrüße, unterstütze ich dadurch noch lange nicht die Bundesregierung, obwohl auch die BRD für diese Beschlüsse votiert hat. Daß Helmut Schmidt sich in dieser Weise zu der Unterschriftensammlung des DGB geäußert hat, drückt offenbar zweierlei aus. Einmal, daß eine solche Erklärung des DGB Gewicht hat, schon bevor darunter eine größere Zahl von Unterschriften gesammelt worden ist. Das ergibt sich aus dem Charakter der DGB als Einheitsgewerkschaft, als elementarer Massenorganisation der Arbeiterklasse. Daß Helmut Schmidt sich positiv zu dieser Unterschriftensammlung äußern kann, drückt aus, daß diese nicht direkt gegen die Politik der Bundesregierung gerichtet ist. Gleichwohl ist die genannte Aussage Schmidts ein – wenngleich bloß verbales – Zugeständnis an die Gewerkschaftsbewegung. Denn, daß die Verurteilung der regierenden Militärs in El Salvador und in der Türkei, die Forderung nach vollständigem Verbot und Vernichtung von Kernwaffen und anderer Massenvernichtungsmittel der Linie der Bundesregierung entspräche, das werden wohl gerade diejenigen nicht behaupten können, die den Kampf gegen den BRD-Imperialismus für entscheidend im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen halten.

Freilich kann man die Forderung nach ,,allgemeiner, ausgewogener und kontrollierter Abrüstung'' benutzen, um die Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen zu lähmen und sie in einen passiven Betrachter der Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten zu verwandeln. Und es gibt in den Gewerkschaften Kräfte, die das betreiben. Das folgt aus dieser Forderung aber nicht zwingend. Umgekehrt kann man die Forderung nach dem vollständigen Verbot und der Vernichtung der Kernwaffen benutzen, um die Notwendigkeit einer selbständigen Politik der Arbeiterklasse und einer selbständigen, von den Supermächten unabhängigen Perspektive der europäischen Völker zu entwickeln. Daß man beides kann, zeigt bloß, daß der DGB-Aufruf in sich widersprüchlich ist. Er ist ein Kompromiß zwischen verschiedenen Kräften und Strömungen in der Gewerkschaft. Daß überhaupt der DGB eine eigene Position zur Frage des Kampfes gegen die Kriegsvorbereitungen bezogen hat, ist ein bestimmter Fortschritt, wenngleich noch kein sehr großer. Daß in dieser Erklärung die Forderung nach Rücknahme der Zustimmung der BRD zum NATO-Doppelbeschluß nicht enthalten ist (ebensowenig wie übrigens auch im Aufruf des DGB-Bundesjugendausschusses zum Antikriegstag), ist nicht *bloß* Ergebnis der Tatsache, daß es im DGB starke Kräfte gibt, die die Gewerkschaft an die Politik der Bundesregierung binden wollen. Es hängt auch damit zusammen, daß es eben nicht nur den NATO-Doppelbeschluß, sondern auch sowjetische Mittelstreckenraketen gibt, und daß die Rücknahme des NATO-Doppelbeschlusses in Westdeutschland zwar die nächste Forderung, aber keineswegs eine Perspektive eines Kampfes gegen die wachsende Kriegsvorbereitungen angibt. Eine solche Perspektive kann nicht in Drängen auf Verhandlungen zwischen beiden Supermächten bestehen, ebensowenig aber kann sie in einseitiger Orientierung gegen die NATO bestehen. Einseitige Orientierung gegen die NATO bei Ignorierung der Aufrüstung und des Expansionismus der Sowjetunion würde nur zwischen Gewerkschafts- und Friedensbewegung und in der Gewerkschaftsbewegung spalten, eine Spaltung, die übrigens zugunsten derer ausfallen würde, die die Politik der Bundesregierung verteidigen, die dann allemal als realistischer oder zumindest kleineres Übel erschiene. An seiner solchen Spaltung können wir nicht interessiert sein.

Freilich nutzt die Unterschrift unter den DGB-Aufruf alleine nicht viel. In Verbindung mit einer Auseinandersetzung über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen den drohenden Krieg kann sie allerdings schon was nutzen und dazu beitragen, daß die Gewerkschaften eine aktive Rolle in diesem Kampf spielen. Eben darum ist es in dem in der KVZ 35 abgedruckten Beschluß gegangen.

Unehrliche Verschwiegenheit

Ich begrüße den Leserbrief von Wo.F. aus Bensheim in KVZ 37 gegen die Unterstützung der DGB-Unteschriftensammlung: Sie liegt ganz auf der Linie der SPD, die sich ja laut Glotz verstärkt in die Friedensbewegung einschalten will.

Auffällig finde ich, wie schnell die KBW-Leitung die Unterstützung des DGB-Aufrufs beschlossen hat – im Gegensatz zum Aufruf für die Demonstration am 10.10., der ja trotz aller Schwächen noch eher die Selbständigkeit der Friedensbewegung ermöglicht.

In KVZ 37 wird dann begrüßt, daß den DGB-Aufruf ,,jetzt demonstrativ auch 130 Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion unterzeichneten''. Gespannt war ich auf eine Stellungnahme zu Helmut Schmidts ,demonstrativem' Lob an den DGB (Er hätte sofort unterschrieben, wenn er nicht Adressat wäre). Ist der Kanzler der BRD-Imperialisten jetzt in die Aktionseinheit gegen die Kriegsvorbereitungen gezwungen worden? Die KVZ schweigt lieber; die schrittweise Annäherung an die SPD-,,Friedens''politik wäre zu deutlich.

Gut finde ich dagegen den Aufruf des Göttinger Arbeitskreises gegen Atomenergie, wenn mit u.a. auch die *ausdrückliche* Verurteilung der sowjetischen Aggressionspolitik lieber wäre. In KVZ 38 werden gegen den Aufruf ,,wohl auch erhebliche Einwendungen'' festgestellt. Welche? Traut sich die Leitung des KBW nicht, z.B. den BRD-Imperialismus öffentlich in der Friedensbewegung bzw. unter Linken gegen den Vorwurf ,,eigenständige(r), wirtschaftliche(r) Machtgelüste'' (Aufruf) in Schutz zu nehmen?

M.H., Hamburg

DGB-Aufruf versucht, Bewegung Spitze zu nehmen

... Welche Gründe gibt es nun in dieser Situation, den DGB-Aufruf zu unterschreiben? Daß im Analyseteil sowohl die UDSSR (Afghanistan) als auch die USA (El Salvador) kritisiert werden, ist unbestritten positiv. Ebenso sind die Forderungen nach Verbot, Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe und Anwendung atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien, die der Beschluß des Ständigen Ausschusses zitiert, insoweit positiv, als sie sich gegen beide Supermächte richten.

Aber: weder sind sie dies ,,im Effekt'' (Beschl. d. StA), weil sie nämlich keinen haben, wie wir noch sehen werden, noch läuft der ,,ganze Aufruf'' (Beschl.) auf ,,deren Durchsetzung'' hinaus.

Grund sind die ,,unerläßlichen Voraussetzungen'', die ja im DGB-Aufruf auch genannt sind: nämlich *Verhandlungen* über keine weitere Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa usw., womit wir glücklich wieder im Großen und Ganzen auf Regierungslinie wären. Natürlich sind die ,,Nachteile'' des DGB-Aufrufs im Beschluß genannt, verschwiegen wird aber, daß der DGB gerade diese ,,Nachteile'' zu ,,unerläßlichen Voraussetzungen'' für das macht, was darin positiv ist.

Mit ist nicht einsichtig, wie wir einerseits die Kräfte unterstützen wollen, die gegen neue Mittelstreckenraketen in der BRD sind, um der NATO einen kleinen Kratzer beizubringen und andererseits den DGB-Aufruf unterschreiben, der m.E. im Endeffekt zunächst mal den Doppelbeschluß unterstützt und ,,der Blocklogik unterworfen bleibt''. Dies ist m.E. auch der Zweck des Aufrufs als Reaktion gegen die Kräfte, die – wenn auch schüchtern – gegen die ,,Blocklogik'' aufmucken, nämlich daß sich die BRD nicht um der NATO willen ,,einer Führungsmacht unterzuordnen und deren Sicherheitsideologie zu übernehmen hat.'' (DGB-BJA zur Friedenspolitik und Vorbereitung des Antikriegstages 1981)

Kurz und gut, ich denke nicht, daß die Unterschrift unter den DGB-Aufruf ,,unserer Aufgabe'' nutzt, ,,herauszuarbeiten, daß es in dem Kampf gegen den drohenden Krieg darauf ankommt, eine selbständige Perspektive der europäischen Völker zu entwickeln.'' (Beschluß StA)

Mir scheint hinter dem Aufruf eher die Taktik von DGB-Führern zu stecken, die zu verschiedenen Problemen schweigen, solange sich an der Basis nichts tut, und wenn sich etwas tut, sich an die vorderste Front zu stellen, um der Bewegung die Spitze zu nehmen. Eine bessere Taktik wäre m.E., den Aufruf mit der hier dargelegten Begründung nicht zu unterschreiben und unsere o.g. Aufgabe in der Propaganda gestützt auf die fortschrittlichen Kräfte inner- und außerhalb des DGB wahrzunehmen.

Kunibert Erbel, Saarbrücken

Kurs der Bundesregierung wird voll unterstützt

Zum Artikel ,,Wieder eine Unterschriftensammlung?'' in KVZ 37

– Glaubt der Autor dieses Artikels, daß die Ratifizierung von SALT II den Weltfrieden sichert;
– will er, daß Reagan und Breschnew in Verhandlungen den 5. oder 6. Akt des Abrüstungstheaters aufführen;
– und will er, daß ,,die Bundesregierung und der Bundestag alle Möglichkeiten zur schnellen Ingangsetzung'' dieses Theaters nutzen;
– hat der Autor die Erfahrungen von 1914 schon vergessen;
– hat der Autor vergessen oder nicht gesehen, daß solch papierenes Zeug alle entscheidenden Punkte ausspart und den Kurs der Bundesregierung voll unterstützt.

Wenn dies alles zutrifft, dann hat er seinen Artikel zurecht geschrieben, bloß sollte er dies das nächstemal im ,,Vorwärts'' machen und nicht in der KVZ.

J. Merk, Singen

Ist die nationale Einheit Deutschlands von fortschrittlichem Interesse?

zumindest zweideutig. Würde bei einer bisher nie durchgeführten Abstimmung der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten und Westberlin das ,,Interesse an nationaler Einheit und Aufhebung der staatlichen Trennung'' tatsächlich geltend gemacht, sind seine Einwände dagegen sowieso unakzepta-

einem demokratischen Verfahren auf eine staatliche Einheit verzichtet hat, gibt es keinerlei Rechtfertigung, das Anliegen nach einer solchen Einheit als ,,nicht naheliegend'' oder ,,untergeordnet'' zu bezeichnen. Was heißt ,,ohne Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen''? Soll das

lassen'', wie seinerzeit die sozialdemokratische Reichstagsfraktion 1914.

Hier drucken wir drei weitere Leserbriefe zu dem Beschluß des Ständigen Ausschusses ab. Auch sie gehen davon aus, daß der DGB-Aufruf ,,im Endeffekt zunächst mal den Doppelbeschluß'' unterstützt bzw. den ,,Kurs der Bundesregierung voll unterstützt''. Der Leserbrief von M.H. aus Hamburg verweist auf die Äußerung Helmut Schmidts, er hätte den DGB-Aufruf sofort unterschrieben, wenn er nicht dessen Adressat sei, ein Hinweis, der offenbar besagen soll, in wessen Gesellschaft man sich begibt, wenn man das Unterschreiben des DGB-Aufrufs befürwortet.

Wieso eigentlich? Wenn ich den Einmarsch der Sowjetunion in Afghanistan verurteile, begebe ich mich dadurch noch lange nicht in die Gesellschaft der Bundesregierung, obwohl auch diese solche Erklärungen abgegeben hat. Wenn ich die Beschlüsse der UNO gegen die vietnamesische Aggression in Kampuchea begrüße, unterstüt-

und anderer Massenvernichtungsmittel der Linie der Bundesregierung entspräche, das werden wohl gerade diejenigen nicht behaupten können, die den Kampf gegen den BRD-Imperialismus für entscheidend im Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen halten.

Freilich kann man die Forderung nach ,,allgemeiner, ausgewogener und kontrollierter Abrüstung'' benutzen, um die Bewegung gegen die Kriegsvorbereitungen zu lähmen und sie in einen passiven Betrachter der Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten zu verwandeln. Und es gibt in den Gewerkschaften Kräfte, die das betreiben. Das folgt aus dieser Forderung aber nicht zwingend. Umgekehrt kann man die Forderung nach dem vollständigen Verbot und der Vernichtung der Kernwaffen benutzen, um die Notwendigkeit einer selbständigen Politik der Arbeiterklasse und einer selbständigen, von den Supermächten unabhängigen Perspektive der europäischen Völker zu entwickeln. Daß man beides kann, zeigt bloß, daß der DGB-Aufruf in sich widersprüchlich ist. Er ist ein Kompromiß zwischen verschiedenen

che Perspektive kann nicht in Drängen auf Verhandlungen zwischen beiden Supermächten bestehen, ebensowenig aber kann sie in einseitiger Orientierung gegen die NATO bestehen. Einseitige Orientierung gegen die NATO bei Ignorierung der Aufrüstung und des Expansionismus der Sowjetunion würde nur zwischen Gewerkschafts- und Friedensbewegung und in der Gewerkschaftsbewegung spalten, eine Spaltung, die übrigens zugunsten derer ausfallen würde, die die Politik der Bundesregierung verteidigen, die dann allemal als realistischer oder zumindest kleineres Übel erschiene. An seiner solchen Spaltung können wir nicht interessiert sein.

Freilich nutzt die Unterschrift unter den DGB-Aufruf alleine nicht viel. In Verbindung mit einer Auseinandersetzung über die Aufgaben der Gewerkschaftsbewegung im Kampf gegen den drohenden Krieg kann sie allerdings schon was nutzen und dazu beitragen, daß die Gewerkschaften eine aktive Rolle in diesem Kampf spielen. Eben darum ist es in dem in der KVZ 35 abgedruckten Beschluß gegangen.

DGB-Aufruf versucht, Bewegung Spitze zu nehmen

... Welche Gründe gibt es nun in dieser Situation, den DGB-Aufruf zu unterschreiben? Daß im Analyseteil sowohl die UDSSR (Afghanistan) als auch die USA (El Salvador) kritisiert werden, ist unbestritten positiv. Ebenso sind die Forderungen nach Verbot, Entwicklung, Herstellung, Lagerung, Weitergabe und Anwendung atomarer Waffen und anderer Vernichtungsmittel sowie neuer Waffentechnologien, die der Beschluß des Ständigen Ausschusses zitiert, insoweit positiv, als sie sich gegen beide Supermächte richten.

Aber: weder sind sie dies ,,im Effekt'' (Beschl. d. StA), weil sie nämlich keinen haben, wie wir noch sehen werden, noch läuft der ,,ganze Aufruf'' (Beschl.) auf ,,deren Durchsetzung'' hinaus.

Grund sind die ,,unerläßlichen Voraussetzungen'', die ja im DGB-Aufruf auch genannt sind: nämlich Verhandlungen über keine weitere Stationierung von Mittelstreckenraketen in Europa usw., womit wir glücklich wieder im Großen und Ganzen auf Regierungslinie wären. Natürlich sind

außerhalb des DGB wahrzunehmen.

Kunibert Erbel, Saarbrücken

Kurs der Bundesregierung wird voll unterstützt

Zum Artikel ,,Wieder eine Unterschriftensammlung?'' in KVZ 37

– Glaubt der Autor dieses Artikels, daß die Ratifizierung von SALT II den Weltfrieden sichert;
– will er, daß Reagan und Breschnew in Verhandlungen den 5. oder 6. Akt des Abrüstungstheaters aufführen;
– und will er, daß ,,die Bundesregierung und der Bundestag alle Möglichkeiten zur schnellen Ingangsetzung'' dieses Theaters nutzen;
– hat der Autor die Erfahrungen von 1914 schon vergessen;
– hat der Autor vergessen oder nicht gesehen, daß solch papierenes Zeug alle entscheidenden Punkte ausspart und den Kurs der Bundesregierung voll unterstützt.

Wenn dies alles zutrifft, dann hat er seinen Artikel zurecht geschrieben, bloß sollte er dies das nächstemal im ,,Vorwärts'' machen und nicht in der KVZ.

J. Merk, Singen

Ist die nationale Einheit Deutschlands von fortschrittlichem Interesse?

kea. Westberlin. Seit der Veröffentlichung des Buches ,,Die Linke und die nationale Frage'' durch Peter Brandt und Herbert Ammon (Buchbesprechung in KVZ 25/81) hat sich eine breitere Diskussion über die Betrachtung der deutschen Frage als *nationaler* Frage entwickelt. Nachdem Arno Klönne (Sozialistisches Büro) die Behauptung aufgestellt hatte: ,,Der Begriff des ,Nationalen' im Sinne der Nation von 1871 (und eine andere ,nationale' Form gibt es in der Vorgeschichte der Bundesrepublik und der DDR nicht) ist von rechts her besetzt. Eine ,nationale' Linke könnte nur zu einem politischen Klima beitragen, von dem die Rechte profitiert ...'' folgte eine Besprechung des Buches durch Dieter Schütte in der taz. Ähnlich wie Brandt und Ammon behandelt Schütte die ,nationale Frage' im Rahmen einer sozialrevolutionären Strategie der Linken. ,,Es sieht so aus, als ob der Begriff der ,,nationalen Frage'' nur dann noch einen Sinn hat, wenn er mit sozialen Inhalten zusammengebracht werden kann.'' Schütte stellt fest, daß die deutsche Frage ,,zugleich ein innen- wie außenpolitisches Problem'' ist, da in beiden deutschen Staaten ein ,,Konsens über sozialistische innenpolitische Zielvorstellungen'' erzielt werden müsse und andererseits heute beide Staaten in den jeweiligen Militärblöcken NATO oder Warschauer Pakt eingebunden sind. Die Möglichkeiten einer Vereinigung beider deutschen Staaten werden folgendermaßen beurteilt: ,,Das Ausscheiden der deutschen Staaten aus den Paktsystemen würde die deutsche Frage noch nicht im Sinne einer Vereinigung lösen, zu verschieden sind die gesellschaftspolitischen Entwicklungen seit dem zweiten Weltkrieg. Ein Zusammenschluß hätte weitgehende innere gesellschaftliche Strukturveränderungen in beiden deutschen Staaten zur Voraussetzung.''

Auf die taz-Besprechung folgte ein Leserbrief von Henning Eichberg, der die ,,nationale Identität'' der Menschen in Westdeutschland problematisierte, indem er die Sprache und Kultur des Alltagslebens als Ergebnis einer kolonialen Vergewaltigung durch die USA bezeichnete.

Nachdem Brandt und Ammon in der April-Ausgabe der Zeitschrift ,,Befreiung'' ihre Vorstellungen präzisiert hatten bis hin zu einem bezweifelbaren Etappen-Modell einer Konföderation beider deutschen Staaten und Westberlins, dessen Voraussetzung die wechselseitige Loslösung beider deutschen Staaten aus NATO und Warschauer Pakt ist, gab es noch verschiedene Diskussionsbeiträge, darunter ein Artikel im ,,Arbeiterkampf'' und eine Replik darauf von Peter Brandt (diese ist neben anderen deutschlandpolitischen Dokumenten im Materialheft ,,Wirtschaft und Politik'' 9/81 der KVZ abgedruckt).

Weniger bekannt sein dürfte, daß es inzwischen einige neuere Zeitschriften und entsprechende politische Gruppierungen gibt, deren Hauptanliegen die ,,nationale Frage'' ist. Z.B. ,,Wir selbst – Zeitschrift für nationale Identität'' oder die Zeitschrift ,,Wendepunkt'', die unter der Überschrift ,,Rechts oder links? – die Karten werden neu gemischt'' Sätze wie etwa den folgenden deklamieren: ,,Jenseits der jeweiligen Bekenntnisse zu Marx oder Markt verläuft die Scheidelinie heute zwischen Festigkeit oder Nachgiebigkeit gegenüber den Anmaßungen Moskaus.'' Politisch unverdächtiger als die letztgenannte Gruppe und vor allem bedeutsamer dürfte eine Gruppierung von SPD-Mitgliedern und ehemaligen DDR-Bürgern sein, die seit Ende 1979 das ,,Diskussionsforum zur Einheit Deutschlands'' gegründet hat und die gleichnamige Zeitschrift herausgibt. Auf einer Veranstaltung dieser Gruppe zum 17. Juni dieses Jahres in Westberlin fand erstmals eine Debatte statt mit Mitgliedern der Berlin-AG der Alternativen Liste, welche wiederum wesentlichen Anteil an dem deutschland- und berlinpolitischen Teil des AL-Wahlprogramms hat.

Daß es gegenwärtig überhaupt zu solchen politischen Neugruppierungen kommt, deren Gemeinsamkeit in der Ablehnung des europäischen und deutschen ,,status quo'' besteht, deutet daraufhin daß der Widerspruch zwischen den Machtinteressen der Supermächte und deren Blockaufteilung Europas auf der einen Seite und dem Interesse an Unabhängigkeit und Souveränität der europäischen Nationen, insbesondere der geteilten deutschen Nation auf der anderen Seite in den letzten Jahren stärker ins Bewußtsein gerückt ist. Egal wie man die Möglichkeit oder die Notwendigkeit einer erneuten staatlichen Vereinigung der deutschen Nation einschätzt, sollte doch gerade innerhalb der Linken das Recht auf Selbstbestimmung der Nationen eindeutig anerkannt werden. Insofern halte ich den Kommentar in der KVZ 38 von Bernhard Peters für einen Rückschritt und in seinen Formulierungen zumindest zweideutig. Würde bei einer bisher nie durchgeführten Abstimmung der Bevölkerung in beiden deutschen Staaten und Westberlin das ,,Interesse an nationaler Einheit und Aufhebung der staatlichen Trennung'' tatsächlich geltend gemacht, sind seine Einwände dagegen sowieso unakzeptabel. Ich halte sie aber auch grundsätzlich für nicht stichhaltig, was ich exemplarisch am ersten Einwand darlegen möchte: ,,Eine Annäherung der beiden deutschen Staaten wird unter den europäischen Völkern auf bestimmte Widerstände stoßen. Eine Vereinigung des Potentials der beiden deutschen Staaten muß ohne weitgehende Veränderungen der internationalen Beziehungen in Europa selbst und ohne Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen die ohnehin problematische Kräftebalance *innerhalb* Europas in riskanter Weise verändern und die Gefahr hegemonialer Beziehungen unter den europäischen Staaten vergrößern.'' (KVZ 38 S.2)

Da ich nicht Francois Mitterand mit den europäischen Völkern gleichsetze, frage ich mich, ob die historischen Erfahrungen der europäischen Völker wirklich zu Furcht vor dem Selbstbestimmungsrecht der Deutschen Anlaß geben, oder ob es nicht der deutsche Imperialismus im 1. Weltkrieg und der deutsche Faschismus im 2. Weltkrieg waren, die die ,,historisch begründeten Ängste'' hervorgerufen haben. Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen jedenfalls steht gerade im Gegensatz zu Imperialismus und Faschismus. Dieses Selbstbestimmungsrecht schließt aber sowohl die staatliche Lostrennung einer Nation aus einem multinationalen Staatsverband ein, als auch den staatlichen Zusammenschluß einer gespaltenen Nation, wie man z.B. an dem jahrhundertelangen Kampf der immer wieder zerstückelten polnischen Nation sich vor Augen führen kann. Solange aber die Bevölkerung in beiden deutschen Staaten und Westberlin nicht in einem demokratischen Verfahren auf eine staatliche Einheit verzichtet hat, gibt es keinerlei Rechtfertigung, das Anliegen nach einer solchen Einheit als ,,nicht naheliegend'' oder ,,untergeordnet'' zu bezeichnen. Was heißt ,,ohne Veränderung der Kräfteverhältnisse zwischen den Klassen''? Soll das Selbstbestimmungsrecht erst anerkannt werden, wenn die Bourgeoisie bereits gestürzt ist, oder ist der Kampf für dieses Recht nicht selbst ein Hebel zu deren Sturz? Was heißt ,,Kräftebalance innerhalb Europas in riskanter Weise verändern'' heute? Besteht die heutige Kräftebalance in Europa nicht gerade im ,,status quo'' der Spaltung und der Entmündigung der europäischen Völker? Ist es nicht ein Unterschied, ob Reagan und Breschnew jeder auf seine Art über eine Veränderung dieser Kräftebalance zu ihren Gunsten nachdenken und die entsprechende Politik betreiben, oder ob sich die europäischen Völker anschicken, das ganze Blocksystem ins Wanken zu bringen? Man könnte diese Formulierung genausogut der polnischen Unabhängigkeitsbewegung vorhalten. Diese würde sich bedanken. Da sowas riskant ist, worin soll denn dann die ,,weitgehende Veränderung der internationalen Beziehungen in Europa selbst'' bestehen, nach der angeblich erst die deutsche Frage gestellt werden darf? Man braucht sich nur an Gespräche im Transit-Zug von Westberlin in die Bundesrepublik mit DDR-Bürgern und an deren *geäußerte Wünsche* zu erinnern, um zu erkennen, daß die zitierten Sätze unrealistisch sind. Wenn man den heutigen Zustand Westberlins betrachtet, der politisch und ökonomisch allen Vorstellungen vernünftiger gesellschaftlicher Beziehungen oder Verhältnisse ins Gesicht schlägt, findet man Argumente genug, um das Interesse an einer Lösung der deutschen Frage nicht in Gegensatz zu den Interessen der anderen europäischen Völker zu bringen.

Aachener Friedensinitiative schlägt Demonstration gegen Breschnew-Besuch vor

lup. Den Staatsbesuch des amerikanischen Außenministers Haig haben zahlreiche Kräfte zum Anlaß genommen, in Westberlin gegen Aufrüstung und Kriegsvorbereitungen durch den US-Imperialismus zu demonstrieren. Für Ende November ist ein Besuch Leonid Breschnews in Bonn angekündigt. Der Juso-Bundesvorsitzende Pieczyk hatte u.a. anläßlich der Westberliner Demonstration gegen Alexander Haig erklärt, die Jungsozialisten würden gleichermaßen anläßlich des Staatsbesuchs Breschnews demonstrieren. Wie ernst das gemeint war, wird man sehen. Wenn es ernst gemeint war, wäre das zu begrüßen. Jedenfalls gibt es genügend Anlaß, Überlegungen darüber anzustellen, welche Aktionen für die Verteidigung des Friedens und gegen den sowjetischen Expansionismus anläßlich des Besuchs des Staatsoberhaupts und Parteichefs der Sowjetunion sinnvoll und möglich sind.

Soweit wir wissen, plant eine afghanische Studentenorganisation (die GUAFS) für den Besuch Breschnews eine Demonstration gegen die sowjetische Intervention in Afghanistan. Eine Aachener Friedensinitiative macht ebenfalls den Vorschlag, eine solche Demonstration vorzubereiten, und lädt zu diesem Zweck zu Verhandlungen ein *(am 17.10. um 14.00 Uhr im Che-Haus, Pontstr. 41, 5100 Aachen).* Im folgenden dokumentieren wir den Vorschlag der Aachener Friedensinitiative für einen Aufruf.

Im November 1981 kommt „Staats- und Parteichef“ Leonid Breschnew nach Bonn. Diesen Besuch nehmen wir zum Anlaß, um für den Frieden und gegen die Kriegspolitik der UdSSR zu demonstrieren.

Die Sowjetunion – eine aggressive Supermacht

Die sowjetische Rüstung ist längst nicht mehr eine bloße Landesverteidigung. Alle Rüstungs- und Massenvernichtungstechnologien wurden von der SU kurze Zeit später als von den USA eingeführt.

Sowjetische Tuppen stehen in vielen Ländern der Welt, vor allem in Osteuropa. Die sowjetische Flotte kreuzt auf allen Weltmeeren.

Sowjetische Atomraketen sind auf Europa gerichtet. Gegenwärtig werden laufend neue SS 20-Raketen stationiert.

Gegen das Volk von Afghanistan führt die SU einen Aggressionskrieg. Gegen Eritrea und Kampuchea unterstützt die SU massiv Aggressionskriege. Gegen die Arbeiterbewegung in Polen spricht die SU wüste Drohungen aus und verlangt ihre Zerschlagung.

Wir sind auf keinem Auge blind

Weder sehen wir in dieser Politik der SU diese als Friedensengel, noch vergessen wir die Kriegspolitik der USA, ob das Kriege gegen Vietnam oder heute gegen das Volk von El Salvador sind oder die neuen Atomraketen oder die amerikanischen Truppen in vielen Ländern der Welt. Das unterscheidet uns von Kräften wie der DKP und der CDU, die Verbrechen einer Seite verharmlosen und uns eine Supermacht als Friedensmacht verkaufen wollen.

Das Blockdenken durchbrechen

Das Gegenüberstehen zweier militärischer Blöcke, die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts des Schreckens haben einen nächsten Weltkrieg nicht unwahrscheinlicher gemacht. Sogenannte Abrüstungsverhandlungen haben bisher eher eine „kontrollierte“ Auf- statt Abrüstung gebracht. Deshalb dürfen wir nicht bloß auf das Ergebnis von Verhandlungen hoffen, sondern müssen den Kampf für den Frieden in die eigenen Hände nehmen. Dabei dürfen sich die Friedenskräfte im Osten wie im Westen nicht vor den Karren des einen oder anderen Militärblocks spannen lassen. Unsere Verbündete sind nicht die Militärstrategen von NATO und Warschauer Pakt, sondern die Völker in Ost und West. Über alle Grenzen hinweg müssen wir uns gegenseitig im Kampf für den Frieden unterstützen.

Wir fordern zur Unterstützung der Völker:

sofort:
– SU, raus aus Afghanistan!
– Schluß mit der Aggression gegen Eritrea und Kampuchea!
– Hände weg von Polen! Solidarität mit Solidarność!

Wir fordern gegen die atomare Bedrohung:

sofort: – Abbau der SS 20! Keine Pershing oder N-Bomben!
mittelfristig: – Atomwaffenfreies Europa vom Ural bis Portugal!
langfristig: – Verbot und Vernichtung aller ABC-Waffen!

Wir fordern gegen die Kriegsgefahr in Europa:

sofort: – Reduzierung und Abzug aller fremden Tuppen aus BRD und DDR!
mittelfristig: – Austritt aus NATO und Warschauer Pakt! Blockfreiheit!
langfristig: Auflösung von NATO und Warschauer Pakt!

Wir fordern alle auf, mit uns für den Frieden am ... 11.81 in Bonn zu demonstrieren!



kvz.Dortmund. 4000 Schüler nahmen am 30. September an einer Demonstration teil, zu der die Bezirksschülervertretung aufgerufen hatte. Es war wohl die größte Schülerdemonstration in Dortmund. Insgesamt waren 26 weiterführende Schulen beteiligt, schon am Vormittag kam es nach der 4. Stunde an 16 Schulen zu Schulstreiks. Demonstration und Streiks richteten sich gegen einen Gesetzentwurf der Landesregierung, der eine Neuregelung des Schulfinanzgesetzes und des Lernmittelgesetzes vorsieht. Danach sollen die Fahrtkosten erheblich verteuert werden, Schüler der gymnasialen Oberstufe und Berufsschüler sollen keine Fahrtkostenerstattung mehr erhalten, Schüler der Klassen 11 bis 13 sollen bis zu 200 DM selbst bezahlen. Auch für Lernmittel soll künftig mehr bezahlt werden.

Veranstaltungen

Hamburg
Zur Auseinandersetzung um die Parteikonzeption des KBW. Öffentliche Mitgliederversammlung. Gaststätte „Eimsbüttler Krug“, 2 Hamburg 19, Osterstr. 5
Mittwoch, 14. Okotober, 19.30 Uhr

Heidelberg
„Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen“ (Kommunismus und Klassenkampf 6/81) – Diskussionsveranstaltung mit Hans-Gerhart Schmierer. „Schlierbacher Schiff“, Schlierbacher Landstraße 9
Sonntag, 11. Oktober, 20.00 Uhr

Nürnberg
Droht ein neuer Weltkrieg, wie dagegen kämpfen? – Diskussionsveranstaltung mit Hans-Gerhart Schmierer, Gaststätte Paumgartner, Paumgartnerstraße
Montag, 12. Oktober, 19.30 Uhr

Westberlin
Über den Charakter der Sowjetunion – Diskussionsveranstaltung mit Hans-Gerhart Schmierer (KBW), Peter Lohauß (SOST), Jochen Esser (Moderne Zeiten), Vertreter der Berlin AG der AL und der Sozialistischen Initiative.
Mehringhof, 3. Aufgang, 1. Stock, Gneisenaustraße 2
Dienstag, 13. Oktober, 19.00 Uhr

„Wir sind anders, aber nicht besonders“
Behinderte kämpfen nicht nur in Selbsthilfegruppen gegen ihre Ghettoisierung
Ein Interview in Göttingen
Du bist in einer Selbsthilfeorganisation für Behinderte. Warum habt Ihr Euch gegründet?
Ich hatte mich zu dem Zeitpunkt schon ziemlich lange damit beschäftigt. Denn wenn Du selbst betroffen bist, ist es erstens schwierig, sich subjektiv damit abzufinden, weil man ja sein Leben ganz anders organisieren muß. Nehmen wir mal an, es wäre gelungen, kommt gleich die nächste Barriere, daß Du ja überall, wo Du hingehst, auf Hindernisse stößt: Das sind zu schmale Türen, das sind Klos, die zu klein sind, das sind Bordsteine, das sind Treppen, und von daher wirst Du immer wieder an Deine Behinderung, die Du glaubst, subjektiv überwunden zu haben, erinnert. So daß Du also ständig in einen
Che-Haus, Pontstr. 41, 5100 Aachen). Im folgenden dokumentieren wir den Vorschlag der Aachener Friedensinitiative für einen Aufruf.
Im November 1981 kommt „Staats- und Parteichef“ Leonid Breschnew nach Bonn. Diesen Besuch nehmen wir zum Anlaß, um
schließen. Die haben ja direkt was damit zu tun.
Du hast vorhin angedeutet, daß es ein anderes Verständnis zwischen der Behindertenpolitik gibt, die betrieben wird, und Eurem Selbstverständnis.
Wir begreifen es so: Erstens sind wir keine Minderheit, keine Randgruppe, die außerhalb der Gesellschaft steht und die so hilflos ist, daß man sich um sie kümmern muß. Das Prinzip, das von seiten der Institutionen herrscht – ob das nun die Stadt ist oder auch Behinderteninstitutionen – das ist ja immer so 'ne Art Caritas. Erbarme Dich Deines Nächsten. Sich kümmern um den, der nicht so kann. Und das beinhaltet aber ein asymmetrisches Ver-
Das Blockdenken durchbrechen
Das Gegenüberstehen zweier militärischer Blöcke, die Aufrechterhaltung des Gleichgewichts des Schreckens haben einen nächsten Weltkrieg nicht unwahrscheinlicher gemacht. Sogenannte Abrüstungsverhandlungen haben bisher eher eine „kontrollierte“ Auf- statt Abrüstung gebracht. Deshalb
ben und zu lesen. In einer Sondereinrichtung – vielleicht. Weil beispielsweise die Apparaturen sehr teuer sind, oder so. Wenn es aber lesen kann, gibt es für mich eigentlich überhaupt keinen Grund, warum es nicht in eine normale Schule soll. Voraussetzung ist dann natürlich, daß die Lehrer entsprechend ausgebildet sind, daß geeignete Lehrmittel vorhanden sind. Wie das in Hamburg in einigen Schulen bereits der Fall ist.
Das gilt natürlich genauso für andere Arten von Behinderungen. In jedem Fall sollte aber die Sonderausbildung nicht zur Norm werden und so kurz wie möglich sein. Und auf jeden Fall in einer normalen Schule stattfinden.
Aber vereinfachst Du denn nicht damit
mittelfristig: – Austritt aus NATO und Warschauer Pakt! Blockfreiheit!
langfristig: Auflösung von NATO und Warschauer Pakt!
Wir fordern alle auf, mit uns für den Frieden am ... 11.81 in Bonn zu demonstrieren!
schaftliche Frage, die in alle Bereiche und gerade in soziale Bereiche mächtig hereinspielt. Weil dann an dem Punkt die Ökonomie im Vordergrund steht und nicht körperbehinderte Kinder. Und weil dann das gesamte Handeln an der Rentabilität ausgerichtet sein wird. Außerdem ist es konkret so, daß die meisten dieser Einrichtungen – auch die hier in Göttingen – nur Modellcharakter haben, daß also noch Ungewißheit über die spätere Weiterfinanzierung herrscht.
Aber nochmal zurück zu unserer Sonderschule hier. Da sollen dann schulpflichtige behinderte Kinder von ihren Eltern getrennt werden und in Internate gestopft werden. Und die werden letzten Endes im Prinzip nicht mehr da 'rauskommen. Die gesunden Kinder und die behinderten Kinder haben dann überhaupt keine Gelegenheit mehr, sich miteinander auseinanderzu-
versammlung. Gaststätte „Eimsbüttler Krug“, 2 Hamburg 19, Osterstr. 5
Mittwoch, 14. Okotober, 19.30 Uhr
Heidelberg
„Stellung zum drohenden Krieg und Kampf dagegen“ (Kommunismus und Klassenkampf 6/81) – Diskussionsveranstaltung mit Hans-Gerhart Schmierer. „Schlierbacher Schiff“, Schlierbacher Landstraße 9
Sonntag, 11. Oktober, 20.00 Uhr
hinderung darin besteht, daß Du bestimmte Fähigkeiten, oder besser: gesellschaftlich notwendige Fähigkeiten nicht hast. Wie z.B. lesen und schreiben können. Ein Kind, das in dieser Gesellschaft eine Lese- und Rechtschreibschwäche hat, ist lernbehindert. In einer anderen Gesellschaft, die beispielsweise keine Schrift kennt, wäre das normal. Jede Gesellschaft definiert sich eben ihre eigenen Kriterien für Behinderung.
Andererseits hast Du ein gesellschaftlich unabhängiges, ein objektives Kriterium. Das ist der Mensch, wie ihn die Natur hervorgebracht hat, ausgestattet mit 5 Sinnen, Armen und Beinen. Fehlt etwas davon, ist er behindert. Ob dieses Handicap zum Hauptwiderspruch seines Lebens wird, ist eine gesellschaftliche Frage.
Aber es gibt doch für Euch finanzielle
Westberlin
Über den Charakter der Sowjetunion – Diskussionsveranstaltung mit Hans-Gerhart Schmierer (KBW), Peter Lohauß (SOST), Jochen Esser (Moderne Zeiten), Vertreter der Berlin AG der AL und der Sozialistischen Initiative.
Mehringhof, 3. Aufgang, 1. Stock, Gneisenaustraße 2
Dienstag, 13. Oktober, 19.00 Uhr

„Wir sind anders, aber nicht besonders“

Behinderte kämpfen nicht nur in Selbsthilfegruppen gegen ihre Ghettoisierung
Ein Interview in Göttingen

Du bist in einer Selbsthilfeorganisation für Behinderte. Warum habt Ihr Euch gegründet?

Ich hatte mich zu dem Zeitpunkt schon ziemlich lange damit beschäftigt. Denn wenn Du selbst betroffen bist, ist es erstens schwierig, sich subjektiv damit abzufinden, weil man ja sein Leben ganz anders organisieren muß. Nehmen wir mal an, es wäre gelungen, kommt gleich die nächste Barriere, daß Du ja überall, wo Du hingehst, auf Hindernisse stößt: Das sind zu schmale Türen, das sind Klos, die zu klein sind, das sind Bordsteine, das sind Treppen, und von daher wirst Du immer wieder an Deine Behinderung, die Du glaubst, subjektiv überwunden zu haben, erinnert. So daß Du also ständig in einen neuen Prozeß eintreten mußt, Dich mit Dir selber abzufinden.

Das war das eine, was ich mit anderen diskutieren wollte. Und dann die objektive Seite. Es ist so: nicht nur die Bordsteine usw. hindern Dich, sondern Du wirst wirklich obendrein auch noch behindert. Du triffst z.B. bei Behörden auch auf Barrieren. Und Du bist ziemlich hilflos, so allein dem ganzen Behördenwust gegenüber. Das war die Sache, bei der ich mir gedacht habe, daß es gut wäre, sich darüber mal auszutauschen, wie so die Erfahrungen in dem Bereich sind. Sich gegenseitig Tricks und Schliche sagen kann und sowas. Und dann natürlich, denen, die am Anfang stehen in ihrem Behindertsein, zu sagen, wie wir es gemacht haben, um schlechte Erfahrungen zu vermeiden.

Gibt es auch Nichtbehinderte in Eurer Gruppe?

Ja. Das hatten wir von vornherein so konzipiert. Erstmal aus rein pragmatischen Gründen. Daß die uns nämlich irgendwohin bringen können. Der andere Grund aber war der: Die Barrieren entstehen ja durch Unkenntnis der Nichtbehinderten. Und wir hatten uns so eine Art von Schneeballsystem ausgedacht, daß wir zusammen mit Nichtbehinderten den Club gründen und daß die dann auch mit nach außen gehen und so 'ne Art Werbung machen.

Zum anderen ist es bei uns auch so gewesen: Viele von denen, die mitmachen, waren und sind Familienmütter bzw. -väter, wo meistens der Partner gesund ist. Die wollten wir nicht ausschließen. Die haben ja direkt was damit zu tun.

Du hast vorhin angedeutet, daß es ein anderes Verständnis zwischen der Behindertenpolitik gibt, die betrieben wird, und Eurem Selbstverständnis.

Wir begreifen es so: Erstens sind wir keine Minderheit, keine Randgruppe, die außerhalb der Gesellschaft steht und die so hilflos ist, daß man sich um sie kümmern muß. Das Prinzip, das von seiten der Institutionen herrscht – ob das nun die Stadt ist oder auch Behinderteninstitutionen – das ist ja immer so 'ne Art Caritas. Erbarme Dich Deines Nächsten. Sich kümmern um den, der nicht so kann. Und das beinhaltet aber ein asymmetrisches Verhältnis. D.h. auf der einen Seite der passive Behinderte, um den sich auf der anderen der Aktive – der Nichtbehinderte – kümmert. Wir vertreten die Auffassung, daß wir immer Teil der Gesellschaft sind. Also: ein Baby, das in die Gesellschaft geboren wird. Das steht ja nicht am Rand. Ein erstmal gesunder Mensch, der durch Verkehrs- oder Arbeitsunfall usw. eine Behinderung hat: Wieso ist der plötzlich draußen? Von daher haben wir ein ganz anderes Verständnis vom Umgang miteinander.

Was wir nur wollen, ist, daß da, wo wir gehandicapt sind, geholfen wird. Daß das zur Selbstverständlichkeit wird.

Es ist ja Tatsache, daß ich nicht laufen kann, und daß ich deshalb an bestimmten Punkten auf Hilfe angewiesen bin. Ich will nicht, daß man sich um mich kümmert, sondern mir nur da behilflich ist, wo ich aufgrund meiner Behinderung auf Schranken stoße.

Ich habe in einem Eurer Flugblätter gelesen, daß Ihr den Bau und die Einrichtung einer örtlichen Sonderschule speziell für Körperbehinderte ablehnt. Andererseits hast Du doch aber gerade eben auch eine Sonderleistung verlangt. Ist es nicht doch so, daß Behinderteninstitutionen notwendig sind, um die bestmögliche Ausbildung z.B. behinderter Kinder zu schaffen?

Du vermengst da zwei Dinge. Es ist erstmal überhaupt nicht so, daß wir Sondereinrichtungen ablehnen. Es ist sicherlich notwendig, daß ein Kind, das blind geboren ist, lernt zu schreiben und zu lesen. In einer Sondereinrichtung – vielleicht. Weil beispielsweise die Apparaturen sehr teuer sind, oder so. Wenn es aber lesen kann, gibt es für mich eigentlich überhaupt keinen Grund, warum es nicht in eine normale Schule soll. Voraussetzung ist dann natürlich, daß die Lehrer entsprechend ausgebildet sind, daß geeignete Lehrmittel vorhanden sind. Wie das in Hamburg in einigen Schulen bereits der Fall ist.

Das gilt natürlich genauso für andere Arten von Behinderungen. In jedem Fall sollte aber die Sonderausbildung *nicht* zur Norm werden und so kurz wie möglich sein. Und *auf jeden Fall* in einer normalen Schule stattfinden.

Aber vereinfachst Du denn nicht damit das Problem? Es gibt ja nicht nur die normalen Behinderten, die man so im täglichen Leben auf der Straße sieht, sondern auch noch viele, die vollständig von der Pflege durch andere abhängig sind, die eine Rund-um-die-Uhr-Pflege brauchen, damit sie existieren können. Und die willst Du in eine normale Schule packen?

Das ist schon möglich, daß das in dieser Gesellschaft nicht drin ist. Aber jetzt ist das in erster Linie eine Frage der Verteilung der Geldmittel, die erwirtschaftet bzw. erarbeitet werden. Wir haben ja schon das Beispiel dieser Sonderschule für Körperbehinderte gehabt. Diese Schule soll mit einem riesigen Aufwand gebaut werden. Wir sind der Meinung, daß dieser finanzielle Aufwand, der da getrieben wird, genauso sinnvoll angewandt werden könnte, indem z.B. die normalen Schulen mit Fahrstühlen ausgestattet werden, indem entsprechendes Personal ausgebildet und eingestellt wird und den Lehrern zur Hand gehen kann. Die körperbehinderten Kinder sind ja in unserem Fall nicht auch gleichzeitig geistig behindert. D.h. also, daß die vorhandenen Mittel nur anders eingesetzt werden müssen.

Wenn Du aber körperbehinderte Kinder konzentrierst, in so einem Ghetto, dann müssen sich die großen Investitionen, die da getätigt werden, amortisieren. Und die amortisieren sich nur, wenn man alle körperbehinderten Kinder aus einem weiten Umkreis zusammenkarrt. Das ist dann aber schon im Prinzip eine rein wirtschaftliche Frage, die in alle Bereiche und gerade in soziale Bereiche mächtig hereinspielt. Weil dann an dem Punkt die Ökonomie im Vordergrund steht und nicht körperbehinderte Kinder. Und weil dann das gesamte Handeln an der Rentabilität ausgerichtet sein wird. Außerdem ist es konkret so, daß die meisten dieser Einrichtungen – auch die hier in Göttingen – nur Modellcharakter haben, daß also noch Ungewißheit über die spätere Weiterfinanzierung herrscht.

Aber nochmal zurück zu unserer Sonderschule hier. Da sollen dann schulpflichtige behinderte Kinder von ihren Eltern getrennt werden und in Internate gestopft werden. Und die werden letzten Endes im Prinzip nicht mehr da 'rauskommen. Die gesunden Kinder und die behinderten Kinder haben dann überhaupt keine Gelegenheit mehr, sich miteinander auseinanderzusetzen. Und von daher wird es auch nie eine Gemeinsamkeit geben können, weil das notwendige Terrain zur Auseinandersetzung fehlt. Und so kriegen diese Behinderten eine absolute Sonderstellung, die ihnen alles verwehrt.

Wir sagen aber, daß wir keine Sonderstellung, sondern eine Andersstellung brauchen. Wir brauchen bestimmte Hilfen.

Dann siehst Du also die Behindertenproblematik nur unter gesellschaftspolitischen Aspekten. Konsequent zuende gedacht, hieße das aber, daß die Grenzlinie zwischen behindert und nichtbehindert völlig diffus ist.

Selbstverständlich ist das dann ein gesellschaftliches Problem, wenn die Behinderung darin besteht, daß Du bestimmte Fähigkeiten, oder besser: *gesellschaftlich notwendige* Fähigkeiten nicht hast. Wie z.B. lesen und schreiben können. Ein Kind, das in dieser Gesellschaft eine Lese- und Rechtschreibschwäche hat, ist lernbehindert. In einer anderen Gesellschaft, die beispielsweise keine Schrift kennt, wäre das normal. Jede Gesellschaft definiert sich eben ihre eigenen Kriterien für Behinderung.

Andererseits hast Du ein gesellschaftlich unabhängiges, ein objektives Kriterium. Das ist der Mensch, wie ihn die Natur hervorgebracht hat, ausgestattet mit 5 Sinnen, Armen und Beinen. Fehlt etwas davon, ist er behindert. Ob dieses Handicap zum Hauptwiderspruch seines Lebens wird, ist eine gesellschaftliche Frage.

Aber es gibt doch für Euch finanzielle Förderung durch die Stadt.

Letztes Jahr gab es von der Stadt für alle Behinderten in Göttingen insgesamt 5000 DM. Dieses Jahr sind es 10000 DM. Das heißt: die verschiedenen Behindertenorganisationen sind gezwungen, um diese Mittel zu konkurrieren. Wer den besten Antrag schreiben kann, ist der Gewinner.

Ob und wieviel die Stadt also zuteilt, hängt vom Wohlwollen und der sozialen Ader der Ratsherren ab.

Wir sagen aber, daß wir selber entscheiden wollen. Wir wissen, daß wir das alleine nicht durchsetzen können. Deshalb sind eine Menge Behinderte jetzt zur Kommunalwahl einem alternativen Wahlbündnis beigetreten. Seit dem 27.9. ist eine Behinderte Ratsfrau.

Kommunistische Volkszeitung

Wochenzeitung. Herausgegeben vom Zentralen Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Redaktion. Verantwortlich: Bernhard Peters · Politik, Gesellschaft, Ideologie: Gerd Koenen, Günther Kruse, Bernhard Peters · Ausland: Lutz Plümer, Chérifa el-Masri, Gerd Koenen · Betrieb, Gewerkschaften, Sozialversicherungen: Michael Ackermann, Günther Kruse · Wirtschaft: Friedemann Bleicher · Jugend, Kultur, Wissenschaft: Michael Ackermann

Erscheint im Kühl-Verlag; · Druck: Caro-Druck GmbH, Frankfurt

Anschrift von Verlag und Redaktion: Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Telefon 0611/730231 · Telex: 413080 kuehl d.

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1 DM, Jahresabonnement 50 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 8,40 DM); Halbjahresabonnement 25 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 4,20 DM); Vierteljahresabonnement 13 DM (zzgl. Postgebühr, z.Zt. 2,30 DM) · Abbestellungen sollen 4 Wochen vor Ablauf des Abonnements eingegangen sein; das Abonnement verlängert sich sonst automatisch um den vorher bestellten Zeitraum. Bestellungen an: Buchvertrieb Hager GmbH, Mainzer Landstraße 147, Postfach 111162, 6000 Frankfurt am Main 11 · Tel. 0611/730234 · ISSN 0720-8898

Spendenkonto des KBW: Frankfurter Volksbank e.G. Kto.Nr. 17132-2 (BLZ 50190000)

Versuch eines Resumees zum Gesundheitstag '81



gk. Der 2. Gesundheitstag in Hamburg ist unter Teilnahme von ca. 16000 Menschen am Sonntag mit einer Abschlußdemonstration und Kundgebung zu Ende gegangen.

Das Programm des Gesundheitstages umfaßte genau 448 Seiten. Veranstaltungen zu den Themen Volkskrankheiten, zur Arbeitsmedizin, zur Karies, zum Rheuma, zum Krebs, zu Kunstfehlern, Behindertenprobleme standen neben Rockgruppen, Müsliesser, Kräuterphilosophie, Selbsthilfeideologie etc. Die erschlagende Fülle des Programms brachte es mit sich, daß sich jeder in seiner mitgebrachten Ideenwelt drei Tage lang bewegen konnte, ohne mit anderen Vorstellungen auch nur in Berührung zu kommen. Man konnte sich als Gewerkschafter oder Behinderter, als Selbsthilfetherapeut oder als Therapiefeind sein Programm basteln.

Es fehlte die kontroverse Diskussion. ,,Es kommt uns eigentümlich vor, daß man hier gleichzeitig, ohne sich zu treffen oder zu streiten, die Kostendämpfung im Gesundheitsbereich analysiert und über Initiativen diskutiert, die, fast als handle es sich um Reklame, auf sich aufmerksam machen, weil man sich doch mit ihrer ,,Selbsttherapie" viel besser kuriert; (Renate Goergens in Volpie, Fabio Pittuco in der TAZ v. 5.10.81) Es ist kennzeichnend für den augenblicklichen Stand der noch jungen Debatte im und ums Gesundheitswesen, daß sie zwar in aller Breite geführt wird, daß aber alle gemeinsamen Ziele aus den 60er, 70er Jahren eher fragwürdig geworden und neue noch nicht formuliert sind: von Polikliniken wird nicht mehr gesprochen, Gruppenpraxen stoßen an die Grenzen dieses Systems und sind in Mißkredit gekommen. Die gemeinsame Stoßrichtung ist noch nicht recht sichtbar.

Der folgende Aufruf zur Abschlußdemonstration schildert die politischen Schwerpunkte dieses Gesundheitstages:

Aus allen Teilen des In- und Auslands kommen Gesundheitsarbeiter/innen und Patienten/innen in Hamburg zum Gesundheitstag 81 zusammen. In über 500 Veranstaltungen diskutieren wir Probleme und Mißstände unserer Gesellschaft und ihres Gesundheitsunwesens und denken über Handlungs- und Veränderungsmöglichkeiten nach. Das alles geschieht nicht im luftleeren Raum über den Wolken, sondern mitten in der rauhen deutschen Wirklichkeit.

Unser Leben, unser All- und Arbeitstag ist bedroht durch die wachsende Kriegsgefahr, die sich nicht nur an der beschleunigten Hochrüstung und der Vervielfachung des nuklearen Vernichtungspotentials zeigt. Verschärfung des politischen Klimas, Ausbau des Polizeiapparates, Rationalisierungen und verschärfte Arbeitshetze, Maßnahmen gegen das Krankschreiben, Abbau von sozialen Leistungen und Einschränkungen der Gesundheitsversorgung gehen mit der Hochrüstung einher.

Das Gesundheitswesen soll durch das geplante ,,Gesundheitssicherstellungsgesetz" an Krieg und Spannungsfall angepaßt werden. Diese Anpassung bedeutet eine umfassende Datenerfassung von mehreren Millionen Menschen, die jemals in einem Gesundheitsberuf ausgebildet worden sind und eine drastische Einschränkung ihrer Grundrechte. Diese Anpassung bedeutet auch, daß im ,,Ernstfall" die medizinische Versorgung alter Menschen, chronisch Kranker und Behinderter faktisch aufgegeben wird. Mit Katastrophenmedizin und Katastrophenpsychiatrie soll die Katastrophe eines Kernwaffenkrieges verwaltet werden. Der Notstand wird greifbarer, der Krieg machbarer.

Gleichzeitig werden erkämpfte Sozialleistungen abgebaut. Die Maßnahmen reichen von Verringerung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall über sogenannte Kostenbeteiligung bei medizinischen Leistungen hin bis zu Bettenstreichungen. Auf Kosten von Patienten und Gesundheitsarbeitern, Alten, psychisch Kranken, Behinderten und Arbeitslosen spart der Staat Geld! So ergänzen sich militärische Aufrüstung, psychologische Kriegstreiberei und Sparschweinpolitik!

Wir Gesundheitsarbeiter/innen lassen uns nicht disziplinieren. Um unsere vielfältigen Wünsche, Ideen und Hoffnungen auf ein menschliches Gesundheitswesen in einer menschenwürdigen Gesellschaft weiter zu diskutieren und zu verwirklichen, wehren wir uns gemeinsam gegen diese Entwicklung. Wir sind keine Helfershelfer der staatlichen Kriegsvorbereitung. Wir lassen die Militarisierung der Gesellschaft im Gesundheitswesen nicht zu. Die Medizin darf nicht in die bekannten Fußstapfen der nationalsozialistischen Medizin treten, darf nicht noch einmal eine Politik unterstützen, die bewußt das Leben von Millionen aufs Spiel setzt.

Nach dem Gesundheitstag werden wir keine Ruhe mehr geben, wir kämpfen weiter an unserem Arbeitsplatz, in unserer Gewerkschaft, in unserem Wohngebiet gegen staatlich verordnete Sparmaßnahmen und Kriegsvorbereitung. Wir unterstützen den Aufruf der Hamburger Aktion, eine Beteiligung an Kriegsvorbereitung und Dienstverpflichtung zu verweigern.

Aufruf der ,,Hamburger Aktion":

Wir entscheiden uns für Frieden und verweigern den Gehorsam!

Ein Atomkrieg stürzt Mensch und Natur in die endgültige Vernichtung. Wir schützen das Leben von morgen nur, wenn wir heute den Krieg und seine Vorbereitung verhindern.

,,Frieden durch nukleares Gleichgewicht" hat jede Glaubwürdigkeit verloren. Der ,,begrenzte" Einsatz von Atomwaffen wird geplant und vorbereitet. Das Streben nach atomarer Überlegenheit bestimmt die Politik: Der ,,Nach" – Rüstungsbeschluß der NATO markiert einen Meilenstein zum Atomkrieg in Europa und zur weiteren Militarisierung unseres Lebens.

Auch ein ,,begrenzter" Atomkrieg wird in seinen Folgen für Menschen und Umwelt grenzenlos sein.

Millionen von Menschen sterben qualvoll an den direkten und langfristigen Folgen atomarer Explosionen. Für die Wenigen, die überleben, gibt es keine medizinische Hilfe. Wer helfen könnte, ist tot. Was helfen könnte, ist zerstört.

Die Illusion von Schutz oder die ,,Vorkehrungen" gegen die Folgen der atomaren Katastrophe erwecken falsche Hoffnungen. Sie erhöhen die Bereitschaft zum tödlichen Risiko.

Das geplante ,,Gesundheitssicherstellungsgesetz" und die vorhandenen Notstandsgesetze beziehen das öffentliche Leben und die Zivilbevölkerung insgesamt in die Kriegsvorbereitungen ein. Auch nicht wehrpflichtige Männer und Frauen werden einer Dienstverpflichtung für den Krieg unterworfen. Der Notstand setzt die Demokratie außer Kraft. Ein Protest ist dann nicht mehr möglich, deshalb müssen wir jetzt handeln. Ziviler Ungehorsam kann als feindliche Sabotagetätigkeit verleumdet und verfolgt werden.

Die Kriegsvorbereitungen bedrohen uns Alle! Wo das Leben mißachtet und vernichtet wird, wird Widerstand zur Pflicht. Deshalb erklären wir einzeln und gemeinsam, vor uns selbst und öffentlich:

Wir beteiligen uns nicht an Kriegsvorbereitungen.

Wir werden einer Dienstverpflichtung und dem Einsatz im Krieg nicht folge leisten.

Als Reservisten und Wehrpflichtige der Bundeswehr verweigern wir gemeinsam den Kriegsdienst.

Bis zum Sonntag hatten 1200 Menschen die Erklärung der Hamburger Aktion unterschrieben und 250 Menschen gaben ihre Wehrpässe zurück. Diese Aktion wird auf der Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn weitergeführt.



Mütter in einer Arbeitsgruppe zum Austausch ihrer Erfahrungen

Hamburger Universität fordert 110000 DM

Die Hamburger Universitätsverwaltung fordert von den Veranstaltern des Gesundheitstages 110000 DM Miete plus Nebenkosten. Die Veranstalter mußten eine Vorleistung von 55000 DM erbringen, damit der Gesundheitstag überhaupt stattfinden konnte. Die Miete wird mit der Begründung verlangt, daß der Gesundheitstag keinen ,,wissenschaftlichen Charakter" habe und die Veranstaltung nicht im Interesse der Universität läge. (Bei ,,wissenschaftlichen Veranstaltungen" wäre die Raumvergabe nämlich mietfrei.)

Es steht wohl außer Frage, daß es sich bei dieser Miete um einen Schlag des Senats gegen die Bewegung im Gesundheitswesen handeln soll. Die Veranstalter haben sich durch eine Unterschriftenresolution an den Senat geweigert, die Miete zu bezahlen und sind entschlossen, vor Gericht zu gehen.

Kannst du uns kurz was zur Geschichte

Besetzung des Höver-Hauses in Aachen

Wie war das weitere Vorgehen der

konnte, ohne mit anderen Vorstellungen auch nur in Berührung zu kommen. Man konnte sich als Gewerkschafter oder Behinderter, als Selbsthilfetherapeut oder als Therapiefeind sein Programm basteln.

Es fehlte die kontroverse Diskussion. ,,Es kommt uns eigentümlich vor, daß man hier gleichzeitig, ohne sich zu treffen oder zu streiten, die Kostendämpfung im Gesundheitsbereich analysiert und über Initiativen diskutiert, die, fast als handle es sich um Reklame, auf sich aufmerksam machen, weil man sich doch mit ihrer ,,Selbsttherapie" viel besser kuriert; (Renate Goergens in Volpie, Fabio Pittuco in der TAZ v. 5.10.81) Es ist kennzeichnend für den augenblicklichen Stand der noch jungen Debatte im und ums Gesundheitswesen, daß sie zwar in aller Breite geführt wird, daß aber alle gemeinsamen Ziele aus den 60er, 70er Jahren eher fragwürdig geworden und neue noch nicht formuliert sind: von Polikliniken wird nicht mehr gesprochen, Gruppenpraxen stoßen an die Grenzen dieses Systems und sind in Mißkredit gekommen. Die gemeinsame Stoßrichtung ist noch nicht recht sichtbar.

Unser Leben, unser All- und Arbeitstag ist bedroht durch die wachsende Kriegsgefahr, die sich nicht nur an der beschleunigten Hochrüstung und der Vervielfachung des nuklearen Vernichtungspotentials zeigt. Verschärfung des politischen Klimas, Ausbau des Polizeiapparates, Rationalisierungen und verschärfte Arbeitshetze, Maßnahmen gegen das Krankschreiben, Abbau von sozialen Leistungen und Einschränkungen der Gesundheitsversorgung gehen mit der Hochrüstung einher.

Das Gesundheitswesen soll durch das geplante ,,Gesundheitssicherstellungsgesetz" an Krieg und Spannungsfall angepaßt werden. Diese Anpassung bedeutet eine umfassende Datenerfassung von mehreren Millionen Menschen, die jemals in einem Gesundheitsberuf ausgebildet worden sind und eine drastische Einschränkung ihrer Grundrechte. Diese Anpassung bedeutet auch, daß im ,,Ernstfall" die medizinische Versorgung alter Menschen, chronisch Kranker und Behinderter faktisch aufgegeben wird. Mit Katastrophenmedizin und Katastrophenpsychiatrie soll die Katastrophe eines Kernwaffenkrieges verwaltet

vielfältigen Wünsche, Ideen und Hoffnungen auf ein menschliches Gesundheitswesen in einer menschenwürdigen Gesellschaft weiter zu diskutieren und zu verwirklichen, wehren wir uns ge-

wird in seinen Folgen für Menschen und Umwelt grenzenlos sein.

Millionen von Menschen sterben qualvoll an den direkten und langfristigen Folgen atomarer Explosionen. Für



Mütter in einer Arbeitsgruppe zum Austausch ihrer Erfahrungen

Aktion unterschrieben und 250 Menschen gaben ihre Wehrpässe zurück. Diese Aktion wird auf der Friedensdemonstration am 10. Oktober in Bonn weitergeführt.

Hamburger Universität fordert 110000 DM

Die Hamburger Universitätsverwaltung fordert von den Veranstaltern des Gesundheitstages 110000 DM Miete plus Nebenkosten. Die Veranstalter mußten eine Vorleistung von 55000 DM erbringen, damit der Gesundheitstag überhaupt stattfinden konnte. Die Miete wird mit der Begründung verlangt, daß der Gesundheitstag keinen ,,wissenschaftlichen Charakter" habe und die Veranstaltung nicht im Interesse der Universität läge. (Bei ,,wissenschaftlichen Veranstaltungen" wäre die Raumvergabe nämlich mietfrei.)

Es steht wohl außer Frage, daß es sich bei dieser Miete um einen Schlag des Senats gegen die Bewegung im Gesundheitswesen handeln soll. Die Veranstalter haben sich durch eine Unterschriftenresolution an den Senat geweigert, die Miete zu bezahlen und sind entschlossen, vor Gericht zu gehen.

Besetzung des Höver-Hauses in Aachen genießt viel Unterstützung

Interview mit W. Weißhuhn, im Vorstand des Vereins zur Erhaltung des Höver-Hauses

Kannst du uns kurz was zur Geschichte des Kampfes um das Höver-Haus sagen?

W.W.: Ja, am 22. Mai begannen plötzlich Bagger mit dem Abriß des Höver-Hauses. Hausinstandbesetzer und andere verhinderten im Laufe des Vormittags den weiteren Abriß, indem sie Geräte der Abbruchfirma unbrauchbar machten, und besetzten das Haus. Am nächsten Tag erst kam die ganze Schweinerei des Projekts ans Licht: Nachdem der Gebäudekomplex (3200 qm Wohn- und Gruppenräume einschließlich Kapelle) seit 1979 leergestanden hatte, wurde es jetzt für 1,7 Mio. DM vom Orden der ,,Armen Brüder" an die Consulting AG, Stuttgart, verscherbelt. Der Aachener CDU-Ratsherr Prof. Heyne hatte schon die Pläne für 24 Eigentumswohnungen im Bauherrenmodell in Arbeit. Die Baubetreuung wollte die Gemeinnützige Siedlungsgesellschaft (GSG), die zu 50% der Evangelischen Kirche gehört, übernehmen. Nach der Besetzung wurde dann die Evangelische Studentengemeinde aktiv und machte ein Flugblatt. Pfarrer Holzkamp, Vorsitzender des Aachener Gesamtpresbyteriums, verhandelte mit der Consulting in Gegenwart der Hausbesetzer. Ergebnis: die GSG stieg aus dem Projekt aus. Durch eine große Öffentlichkeitsarbeit, auch über die Presse, wurde die Bevölkerung mobil gemacht. Am 16. Juni trafen sich dann etwa 50 Leute im Theatersaal des Höver-Hauses und gründeten den ,,Verein zur Erhaltung des Höver-Hauses". Ziel des Vereins ist laut Satzung ein selbstverwaltetes Wohn- und Kulturzentrum mit 1800 qm Wohnfläche und 1200 qm Kulturräumen (200 qm wurden bei der ersten Abrißaktion vernichtet). Der Mietpreis sollte 4 DM/qm micht überschreiten. Das Kommunikationszentrum Aachen hatte vor, ganz in das Haus umzuziehen und es mitzutragen.

Wie sieht das Nutzungskonzept des Vereins aus?

W.W.: Die Hauptforderung blieb natürlich, das Haus öffentlich zu übernehmen, sei es von der Kommune oder sonstwie. Wir legten aber auch ein Finanzierungskonzept vor, nachdem durch Mitgliedsbeiträge, Spenden, Miete, Eintrittsgelder und Darlehen der Verein das Geld selbst aufbringen und das Haus der Consulting abkaufen wollte. Diese willigte erst scheinbar ein, schraubte den Preis auf 2,3 Mio. DM hoch und brach dann doch alle Verhandlungen mit uns ab und legte nun einen eigenen Nutzungsplan als Studentenwohnheim vor.

Welche Kräfte haben die Besetzung und den Verein unterstützt?

W.W.: Es gab und gibt in Aachen eine breite Unterstützung. Von Anfang an haben sich neben den Besetzern die Grünen sehr engagiert, 3 Ratsfrauen bzw. Ratsherren der SPD-Fraktion, was bei den Parteirechten nicht auf Entgegenkommen stieß. Einer von ihnen hat v.a. die Organisation der Verhandlungen mit dem Land NRW übernommen. Von seiten der Kirche war die ESG sehr aktiv, und im Beirat des Vereins sind sowohl Pfarrer Holzkamp als auch Monsignore Knippen von der Katholischen Kirche, die sich als Vermittler einsetzten. Seitens der Gewerkschaften hat uns vor allem die IGM und ihre Jugend unterstützt. Die Vertreterversammlung Aachen setzte sich für den Erhalt des Höver-Hauses ein, und die IGM-Jugend nahm am letzten Wochenende an unserem Fest teil. Praktisch steht die CDU ziemlich alleine da, sie hat aber die Ratsmehrheit.

Dann gab es doch die von den Besetzern sogenannte ,,Kristallnacht".

W.W.: Das war so. Am 18.8. sagte die Consulting, ihre Geduld sei am Ende. Am 27.8. morgens um 4.30 Uhr stürmte ein aus Köln engagierter Zerstörungstrupp das Haus und zerschlug nahezu alle Scheiben, sanitären Einrichtungen, bis sie gestoppt werden konnten. Das Verhalten der Polizei dazu ist undurchsichtig. Sie war von der Consulting für 7 Uhr bestellt worden, um ein Kreuz und 2 Heilige aus der Kapelle zu holen. Auf einer Diskussionsveranstaltung nahm auch ein Vertreter der GdP teil und erklärte, die Polizei sei gelinkt worden von der Firma.

Wie sieht es denn heute juristisch aus?

W.W.: Bisher wurde nicht geräumt, weil die Consulting noch nicht als Eigentümerin im Grundbuch eingetragen war (offizieller Grund). Das ist jetzt passiert, und das Eigentum ist laut Grundgesetz ja geschützt. Einzige Möglichkeit wäre, daß die Stadt Auflagen machen würde, z.B. Zweckentfremdung verbieten. Aber das war vorher schon alles gelaufen. Die Stadt hat den Totalabriß genehmigt, und das ist noch nicht widerrufen.

Kannst du was über die Einstellung der Bevölkerung zu der Besetzung sagen?

W.W.: Vielleicht einige Beispiele hierzu. Nach der Zerstörung durch das Räumkommando kamen sehr viele Spenden. Massenweise wurden uns Waschbecken, Fenster und Glasscheiben gebracht, dazu Verpflegung, Kerzen, Wasserkanister und sogar ein Notstromaggregat. Sogar einige der Kölner Arbeitslosen, die zur Zerstörung angeworben worden waren, distanzierten sich davon und sagten, sie hätten zwar kein Geld, würden aber durch Arbeiten was wiedergutmachen. Katholische Priester aus Aachen wollten einen Gottesdienst in der Kapelle abhalten und wurden von der Consulting mit 10000 DM Ordnungsgeld bedroht. Daraufhin verbot das Bistum den Gottesdienst, und die Pfarrer verteilten Protestflugblätter.

Wie war das weitere Vorgehen der Consulting?

W.W.: Sie engagierten eine Detektei und forschten nach Namen. Im September bekamen 23 mutmaßliche Besetzer eine Androhung von 10000 DM oder 20 Tagen Haft, wenn sie weiterhin Hausfriedensbruch begingen. 14 Namen davon waren von der Polizei.

Wie geht der Kampf weiter?

W.W.: Wir haben noch Verhandlungen mit dem Land NRW. Die sind stolz darauf, daß hier noch keine Berliner oder Frankfurter Zustände sind und wollen das auch verhindern. Dann müßten sie aber 1 – 2 Mio. DM locker machen trotz der angespannten Haushaltslage, was aber immer noch billiger wäre als die ca. 3 Mio. über das geplante Bauherrenmodell an gutverdienende Anleger. Vielleicht setzt sich aber wieder einmal Profitinteresse mit Polizeigewalt durch. Ich weiß es nicht. Am letzten Wochenende hatten wir wieder ein großes Fest im Haus mit fast 50 Initiativen. Anschließend fand eine Podiumsdiskussion statt, auf der zum ersten Mal auch ein Vertreter der CDU Aachen war. Das ist neu, weil sie vorher alle Einladungen abgelehnt hatten, mit uns zu diskutieren, und jetzt erschien sogar einer im besetzten Haus. Der Verein einerseits, in dem ja viele Aachener Persönlichkeiten, alle möglichen politischen Kräfte vertreten sind und auch die Bewohner des Hauses und die Besetzer sind sich einig, daß wir weitermachen, obwohl jeden Tag die Räumung droht. Es würde sicher einiges passieren, wenn es zur Räumung oder gar zum Abriß kommen sollte.

Reform der Arbeitsverwaltung in Ungarn

krk. Seit dem 30. September existiert kein Arbeitsministerium mehr in Ungarn, stattdessen soll ein neu gegründetes staatliches Lohn- und Arbeitsamt die stark modifizierten Funktionen des Arbeitsministeriums übernehmen. Das neue Amt – in seinem Personalbestand geringer als sein Vorgänger – soll sich der Reform des Lohnsystems widmen, die Tätigkeit der Räte auf dem Gebiet der Arbeitskräfte-Wirtschaft koordinieren und sich mit den Fragen der globalen Arbeitskräfteverteilung befassen. Neben dem Amt wurde ein lohn- und arbeitspolitischer Rat gegründet, der aus Mitgliedern der Gewerkschaften, der Jugendorganisationen der Partei, dem Rat der Genossenschaften und der Handelskammer zusammengesetzt wird. Der Rat soll zu allen Fragen seine Meinung äußern, die vom Amt dem Ministerrat zur Beschlußfassung vorgelegt werden, um „den demokratischen Charakter der Beschlußvorbereitung zu stärken" (Népszabadság).

Israel will Verwaltung der Westbank „arabisieren"

kvz. Die israelische Regierung hat nun doch den vorläufig zurückgestellten Plan von Verteidigungsminister Scharon für die Verwaltung der besetzten Gebiete angenommen, der eine Ersetzung der militärischen durch eine zivile Verwaltung in Teilbereichen wie Gesundheitswesen, Landwirtschaft und Kultur vorsieht, wobei die Oberaufsicht in den Händen des Militärs verbleibt. Diese „vertrauensbildende Maßnahme" soll auch einige Palästinenser einschließen. – 23 palästinensische Bürgermeister aus den besetzten Gebieten haben jetzt diese „Reform" als kosmetische Fassade einer „sanften Annexion" zurückgewiesen. – Inzwischen hat die Weltorganisation der Zionisten mitgeteilt, daß sie in den nächsten vier Jahren 100000 Juden im Westjordanland ansiedeln und zehn weitere Siedlungen errichten will; sie übertrifft damit noch die Annexionspläne Begins, der „nur" vier neue Siedlungen plant.

Regierungsrücktritt macht Neuwahlen in Belgien notwendig

rof. Das Kabinett Mark Eyskens ist zurückgetreten, nachdem die wallonischen Minister der Sozialistischen Partei ihre Mitarbeit im Kabinett aufgekündigt hatten und erst wieder an der Arbeit der Regierung teilnehmen wollten, nachdem die geforderte Unterstützung der wallonischen Stahlindustrie beschlossen würde. Es handelt sich um Cockerill-Sambre, die im Juni fusio-

Milliarden belgische Francs geliehen haben, für die ebenfalls staatliche Bürgschaft gefordert ist. Laufzeit 8 Jahre bei 18,5% Zinsen. Mit diesem Geld sollen 3,2 Milliarden Vorschuß der belgischen Staatsbank zurückgezahlt werden. Ende des Jahres fehlen dann erneut 2–3 Milliarden Francs, um die Jahresverluste auszugleichen. Die Regierung Eyskens stand bereits unter dem Druck von ca. 410 Milliarden Auslandsdarlehen, denen eigene Devisenreserven von 160 Milliarden gegenüberstehen. Als kein Beschluß gefaßt wurde, kündigten die wallonischen Minister die Regierungszusammenarbeit auf, und die Regierung trat zurück. Am 8. November sind Neuwahlen.

Demonstration gegen NATO-Beitritt Spaniens

cof. Zigtausend Menschen haben in Madrid gegen den von der Regierung geplanten Beitritt Spaniens zur NATO demonstriert (die Demonstrationsleitung sprach von 100000 Teilnehmern). Aufgerufen hatten zahlreiche Oppositionspolitiker, vor allem der spanischen kommunistischen Partei. Die Polizei setzte Tränengas und Gummigeschosse gegen die Demonstranten ein. – Am Samstag hatten 8–10000 Menschen an einer Protestversammlung gegen den NATO-Beitritt teilgenommen, auf der Felipe Gonzales, Vorsitzender der Sozialistischen Arbeiterpartei Spaniens, sich erneut für eine Volksabstimmung über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens stark machte und erklärte, es gebe dringlichere Themen, so die Arbeitslosigkeit, regionale Autonomie und die Festigung der Demokratie, die nach wie vor von Putschgelüsten der alten Franco-Garde bedroht ist. Ein Beitritt Spaniens zum westlichen Bündnis würde den Weltfrieden noch stärker bedrohen.

US-Senat: Eingreifen in Angola Waffen an Argentinien

kvz. Der amerikanische Senat hat sich für die Aufhebung des Clark-Amendments ausgesprochen. Diese Übereinkunft verbietet seit Anfang 1976 jede Hilfe an die in Südangola gegen die von der SU und Kuba unterstützte angolanischen Regierung kämpfende *Unita*. Die außenpolitische Kommission des Repräsentantenhauses hat dagegen für die Beibehaltung des Clark-Amendments gestimmt. Die Regierung hat erklärt, daß sie im Falle einer Aufhebung des Clark-Amendments nicht gleich mit materieller Unterstützung in den Bürgerkrieg einspringen, sondern zuerst eine politische Lösung suchen wolle. Vor einer Aufnahme der Hilfe an die *Unita*, die den Abzug der Kubaner und die Bildung einer angolanischen Koalitionsregierung verlangt,

Aufschwung der Friedensbewegung in Italien

Über die konkreten Kampfziele bestehen noch Widersprüche

hah. Mit „Arschgesicht! Kommunistenknecht!" und zwei Ohrfeigen begrüßte vergangenen Freitag in den Wandelgängen des römischen Parlaments der sozialistische Abgeordnete G. den sozialistischen Abgeordneten B., der kurz vorher zusammen mit anderen linkssozialistischen Abgeordneten aus Protest einer wichtigen Abstimmung ferngeblieben war. Die Abstimmung über die Außenpolitik der Regierung, in deren Mittelpunkt die NATO-Politik stand, war nur sehr knapp über die Hürden gegangen (244 gegen 225).

Der plötzliche Aufschwung der italienischen Friedensbewegung zeigt Wirkung; eine Folge sind wachsende Spannungen innerhalb der PSI (Sozialisten), die die Regierungskoalition mitträgt. Aber auch die offizielle Außenpolitik kann nicht mehr so USA-fromm sein wie in früheren Zeiten: In der Parlamentsdebatte erklärte Außenminister Colombo (Christdemokrat), der US-Beschluß zum Bau der Neutronen-Bombe sei „einseitig" gewesen, ihre Stationierung in Italien „nicht opportun".

Auf dem 25 km langen Friedensmarsch von Perugia nach Assisi (Umbrien) am 27. September, an dem sich 50–70000 Demonstranten beteiligten, marschierte erstmals wieder geeint die gesamte Linke mit, wenn auch unter uneinheitlicher Zielsetzung:

– die Sozialisten, sofern nicht zum linken Flügel gehörig, sind zwar gegen die Stationierung der Neutronen-Bombe in Italien, wollen aber am Beschluß, Comiso in Sizilien zum NATO-Stützpunkt für Cruise missiles auszubauen, festhalten. Kürzlich erklärte noch PSI-Führer Craxi, es gäbe keine Gefahr für den Weltfrieden; wer deswegen jetzt auf die Straße gehe, verfolge in Wahrheit „andere Ziele". Eine Position, von der die PSI inzwischen wieder runter mußte. Die jungen Sozialisten marschierten unter der Forderung „Atomwaffenfreie Zone vom Atlantik bis zum Ural" mit der Stoßrichtung eines neutralen, blockfreien Europas.

– Auch die KPI stellt nicht die NATO-Zugehörigkeit Italiens in Frage („Das Problem ist nicht, ob man im Bündnis bleibt, sondern *wie* man drin bleibt"), aber sie fordert die Annullierung des NATO-Doppelbeschlusses und ein Moratorium für den Ausbau von Comiso, solange die Verhandlungen zwischen USA und SU laufen. Bereits vor Jahren forderte die KPI von Moskau die Nichtaufstellung der SS 20-Raketen,' heute fordert sie den Abzug der SU aus Afghanistan. Sie ist für Abrüstung beider Seiten auf ein möglichst niedriges Niveau, dabei aber für „Ausgewogenheit" und gegen einseitige Abrüstung. Der Regierung wirft sie vor, durch ihren Comiso-Beschluß gegenüber den USA die Rolle des „Klassenprimus" spielen zu wollen.

– Die kleine Radikale Partei fordert die Rücknahme des Comiso-Beschlusses, die „Einleitung" des NATO-Austritts Italiens sowie einseitige Abrüstung. Die linkskommunistische Pdup: Die polnische Revolution rückt die Auflösung des Warschauer Pakts in den Bereich der Möglichkeit, deshalb auch bei uns Auflösung der NATO; falls (wie zu erwarten) die Verhandlungen zwischen USA und SU über die Mittelstreckenraketen scheitern, werden direkte Verhandlungen zwischen Italien und der SU verlangt.

– Die Föderation der 3 Gewerkschaftsverbände CGIL-CISL-UIL erklärte in einem gemeinsamen Beschluß die Comiso-Entscheidung für „voreilig", verurteilte die Reagan-Entscheidung zur Produktion der Neutronen-Bombe und forderte die selbständige Beteiligung Europas an den Abrüstungsverhandlungen. Die Belegschaften werden zur Mobilisierung für den Frieden aufgerufen; „unerläßlich ist eine gemeinsame Initiative der europäischen Gewerkschaften für Entspannung, Frieden und Abrüstung, die gleichzeitig die Gewerkschaften Osteuropas zu einem entsprechenden dialektischen Beitrag gegenüber ihren eigenen Regierungen anregen vermag". (Die italienischen Gewerkschaftsführungen waren in großer Besetzung beim Gewerkschaftskongreß von „Solidarność".)

Aber auch eine Reihe umbrischer Bischöfe hatte zum Friedensmarsch aufgerufen. Zwischen der katholischen Kirche (die entschieden die Neutronen-Bombe ablehnt) und der Democrazia Cristiana, deren offizielle Vertreter den Marsch boykottierten, zeichnen sich deutliche Risse ab.

Es waren aber die Zehntausende parteiloser Jugendlicher, die mit Gitarren, Spottliedern und Tänzen gegen Reagan und Breschnew diesem Friedensmarsch ihren Stempel aufdrückten. Ihr – in diesem Ausmaß nicht erwarteter – Auftritt rechtfertigt die Feststellung, daß in Italien eine neue Friedensbewegung entsteht, auch wenn die konkreten Kampfziele noch zu klären sind.

El Salvador: Duarte gerät von allen Seiten unter Druck

cof. Wenig Glück war dem christdemokratischen Junta-Chef Duarte auf seiner Good-will-Tour in den USA beschieden. Demonstrationen und Sprechchöre von Lateinamerikanern und US-Bürgern begleiteten ihn bis vor das Gebäude der Vereinten Nationen. Im Fernsehen, im Radio, in zahllosen Gesprächen vor allem mit christlichen Gruppen, die den Mord an den amerikanischen Nonnen nicht vergessen haben, hatte er um „Verständnis für die wahre Situation" werben und versichern wollen, daß „die Guerillas, die uns bekämpfen, keine Robin Hoods", sondern „wir die guten Kerle" seien. Statt der 162 Mio. $, die die Junta in diesem Jahr an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe von den USA erhält, verlangte er fast die doppelte Summe. Doch die Reagan-Administration scheint allmählich das Vertrauen in den Sieg der Junta unter Duarte zu verlieren. Der Senat verlangt fortan regelmäßige Erfolgsmeldungen; einige Senatoren fürchten ein „neues Vietnam" in El Salvador. Auch die für März 1982 angesetzten Wahlen werden – zumindest solange die Regierung an ihren Bedingungen festhält: Niederlegung der Waffen und Registrierung aller politischen Gruppen bei der Wahlbehörde – keine demokratischeren Verhältnisse bringen. – Inzwischen hat auch die holländische Regierung die Aufnahme von Verhandlungen mit der FDR gefordert – „im Einklang mit der französisch-mexikanischen Erklärung". Die FDR selbst macht sowohl Verhandlungen als auch ihre Beteiligung an den Wahlen von 5 Bedingungen abhängig: 1. sofortige Aufnahme eines Dialogs,



Gebiete angenommen, der eine Ersetzung der militärischen durch eine zivile Verwaltung in Teilbereichen wie Gesundheitswesen, Landwirtschaft und Kultur vorsieht, wobei die Oberaufsicht in den Händen des Militärs verbleibt. Diese „vertrauensbildende Maßnahme" soll auch einige Palästinenser einschließen. – 23 palästinensische Bürgermeister aus den besetzten Gebieten haben jetzt diese „Reform" als kosmetische Fassade einer „sanften Annexion" zurückgewiesen. – Inzwischen hat die Weltorganisation der Zionisten mitgeteilt, daß sie in den nächsten vier Jahren 100000 Juden im Westjordanland ansiedeln und zehn weitere Siedlungen errichten will; sie übertrifft damit noch die Annexionspläne Begins, der „nur" vier neue Siedlungen plant.

Regierungsrücktritt macht Neuwahlen in Belgien notwendig

rof. Das Kabinett Mark Eyskens ist zurückgetreten, nachdem die wallonischen Minister der Sozialistischen Partei ihre Mitarbeit im Kabinett aufgekündigt hatten und erst wieder an der Arbeit der Regierung teilnehmen wollten, nachdem die geforderte Unterstützung der wallonischen Stahlindustrie beschlossen würde. Es handelt sich um Cockerill-Sambre, die im Juni fusio-nierten und modernisieren wollen. Dazu und zur Deckung laufender Verluste sind knapp über 2 Milliarden DM nötig. Private Banken wollten diesen Betrag leihen, jedoch unter der Bedingung, daß der belgische Staat die Bürgschaft für diese und ältere Schulden des Stahlwerkes übernimmt. Cockerill soll sich von Schweizer Banken ca. 7,2

terpartei Spaniens, sich erneut für eine Volksabstimmung über die NATO-Mitgliedschaft Spaniens stark machte und erklärte, es gebe dringlichere Themen, so die Arbeitslosigkeit, regionale Autonomie und die Festigung der Demokratie, die nach wie vor von Putschgelüsten der alten Franco-Garde bedroht ist. Ein Beitritt Spaniens zum westlichen Bündnis würde den Weltfrieden noch stärker bedrohen.

US-Senat: Eingreifen in Angola Waffen an Argentinien

kvz. Der amerikanische Senat hat sich für die Aufhebung des Clark-Amendments ausgesprochen. Diese Übereinkunft verbietet seit Anfang 1976 jede Hilfe an die in Südangola gegen die von der SU und Kuba unterstützte angolanischen Regierung kämpfende Unita. Die außenpolitische Kommission des Repräsentantenhauses hat dagegen für die Beibehaltung des Clark-Amendments gestimmt. Die Regierung hat erklärt, daß sie im Falle einer Aufhebung des Clark-Amendments nicht gleich mit materieller Unterstützung in den Bürgerkrieg einspringen, sondern zuerst eine politische Lösung suchen wolle. Vor einer Aufnahme der Hilfe an die Unita, die den Abzug der Kubaner und die Bildung einer angolanischen Koalitionsregierung verlangt, würde der Kongreß informiert. – Der Senat hat in einem weiteren Beschluß zum Auslandshilfegesetz das Verbot von Hilfe und des Verkaufs von Kriegsmaterial an Argentinien aufgehoben. Diese Maßnahme war 1978 vom Kongreß beschlossen worden, um Argentinien wegen der Verletzung der Menschenrechte zu „strafen".

marschierte erstmals wieder geeint die gesamte Linke mit, wenn auch unter uneinheitlicher Zielsetzung:
– die Sozialisten, sofern nicht zum linken Flügel gehörig, sind zwar gegen die Stationierung der Neutronen-Bombe in Italien, wollen aber am Beschluß, Comiso in Sizilien zum NATO-Stützpunkt für Cruise missiles auszubauen, festhalten. Kürzlich erklärte noch PSI-

die Rücknahme des Comiso-Beschlusses, die „Einleitung" des NATO-Austritts Italiens sowie einseitige Abrüstung. Die linkskommunistische Pdup: Die polnische Revolution rückt die Auflösung des Warschauer Pakts in den Bereich der Möglichkeit, deshalb auch bei uns Auflösung der NATO; falls (wie zu erwarten) die Verhandlungen zwischen USA und SU über die Mittelstreckenraketen scheitern, wer-

Es waren aber die Zehntausende parteiloser Jugendlicher, die mit Gitarren, Spottliedern und Tänzen gegen Reagan und Breschnew diesem Friedensmarsch ihren Stempel aufdrückten. Ihr – in diesem Ausmaß nicht erwarteter – Auftritt rechtfertigt die Feststellung, daß in Italien eine neue Friedensbewegung entsteht, auch wenn die konkreten Kampfziele noch zu klären sind.

El Salvador: Duarte gerät von allen Seiten unter Druck

cof. Wenig Glück war dem christdemokratischen Junta-Chef Duarte auf seiner Good-will-Tour in den USA beschieden. Demonstrationen und Sprechchöre von Lateinamerikanern und US-Bürgern begleiteten ihn bis vor das Gebäude der Vereinten Nationen. Im Fernsehen, im Radio, in zahllosen Gesprächen vor allem mit christlichen Gruppen, die den Mord an den amerikanischen Nonnen nicht vergessen haben, hatte er um „Verständnis für die wahre Situation" werben und versichern wollen, daß „die Guerillas, die uns bekämpfen, keine Robin Hoods", sondern „wir die guten Kerle" seien. Statt der 162 Mio. $, die die Junta in diesem Jahr an wirtschaftlicher und militärischer Hilfe von den USA erhält, verlangte er fast die doppelte Summe. Doch die Reagan-Administration scheint allmählich das Vertrauen in den Sieg der Junta unter Duarte zu verlieren. Der Senat verlangt fortan regelmäßige Erfolgsmeldungen; einige Senatoren fürchten ein „neues Vietnam" in El Salvador. Auch die für März 1982 angesetzten Wahlen werden – zumindest solange die Regierung an ihren Bedingungen festhält: Niederlegung der Waffen und Registrierung aller politischen Gruppen bei der Wahlbehörde – keine demokratischeren Verhältnisse bringen. – Inzwischen hat auch die holländische Regierung die Aufnahme von Verhandlungen mit der FDR gefordert – „im Einklang mit der französisch-mexikanischen Erklärung". Die FDR selbst macht sowohl Verhandlungen als auch ihre Beteiligung an den Wahlen von 5 Bedingungen abhängig: 1. sofortige Aufnahme eines Dialogs, der zu Verhandlungen führen kann, 2. Verhandlungen zwischen allen am Konflikt beteiligten Kräften unter Teilnahme internationaler Vermittler, 3. umfassender Charakter dieser Verhandlungen mit einem von allen akzeptierten Zeitrahmen, 4. Information des Volkes über ihren Ablauf, 5. keinerlei Vorbedingungen. Internationale Kontrollen sollen die Einstellung US-amerikanischer Waffenlieferungen überwachen. Positiv hat sich die FDR zu dem Angebot des Präsidenten von Panama geäußert, in Panama Verhandlungen anzustreben. Die Junta reagierte bislang nicht auf diesen Vorschlag.



Duarte wird für's US-TV verdrahtet. „Er kam, er wurde gesehen, er siegte nicht" – kommentierte ein US-Experte für Außenpolitik *(Newsweek)*

China gehört zur Dritten Welt

Auszüge aus einem Artikel von Shen Yi aus „Beijing Rundschau" Nr. 39, 29. September 1981

Kürzlich besuchte ein afrikanischer Staatsmann China. Er sagte offen, daß er gehört habe, in China werde der Vorsitzende Mao kritisiert und in der Folge auch die Außenpolitik geändert. Dies habe ihn sehr beunruhigt. Seine Sorge ist jedoch unbegründet. Der Vorsitzende Mao bekämpfte entschieden den Hegemonismus und unterstützte die Völker der Dritten Welt in ihrem antiimperialistischen und antihegemonistischen Kampf. Dessen sind sich die Völker der Dritten Welt sehr bewußt. Steht China nach dem Vorsitzenden Mao weiterhin auf der Seite der Völker der Dritten Welt?

... Die Tatsache, daß China einen vereinten Kampf mit einigen westlichen Ländern gegen den Hegemonismus führt, bedeutet keinesfalls, daß es nicht mehr den Kampf der Völker der Dritten Welt unterstützt und die Interessen der unterdrückten Völker und Nationen vergißt. Die Verhältnisse der Lander der Dritten Welt sind verschieden. Einige Länder leiden unter der Expansion des sowjetischen Hegemonismus, während andere die USA oder andere Staaten als Hauptgefahr für sich betrachten oder gegen rassistische Herrschaft, gegen den israelischen Expansionismus und für ihre nationale Unabhängigkeit und Befreiung kämpfen. China wird wie immer entschlossen auf der Seite der unterjochten Nationen und unterdrückten Völker stehe, Aggressionen und Interventionen in Ländern der Dritten Welt durch jegliche fremde Macht entgegentreten und ihren Kampf um die Wahrung der nationalen Unabhängigkeit und die Entwicklung der nationalen Wirtschaft und gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus unterstützen.

China entwickelt seine Beziehungen zu den USA. Dies bedeutet nicht, daß es auch ihre falsche Politik gegenüber einigen Ländern der Dritten Welt unterstützt. Die USA ergriffen Partei für Israel und das rassistische Regime in Südafrika, stärkten Südkorea bei der Sabotierung der Wiedervereinigung Koreas und mischten sich in die inneren Angelegenheiten einiger Länder, einschließlich Chinas, ein. All dies stieß auf Chinas Opposition. China verfolgt eine selbständige Außenpolitik.

Dokument

... Die Länder der Dritten Welt werden zunehmend vom sowjetischen Hegemonismus bedroht.

Der strategische Schwerpunkt der Rivalität um die Weltherrschaft zwischen der Sowjetunion und den USA liegt in Europa. Aber gegenwärtig konzentriert die Sowjetunion ihre Expansion hauptsächlich auf einige Schlüsselgebiete der Dritten Welt. Sie will Westeuropa übernehmen, sieht sich dazu jedoch vorläufig noch nicht in der Lage. So umgeht sie die solideren Teile, bewegt sich mehr zu den weicheren Gebieten und dringt nach Süden vor, um Europa von der östlichen Flanke her einzukreisen. Sie unternimmt ununterbrochen Offensiven gegen den Nahen Osten, den Persischen Golf, Südwest- und Südostasien, das südliche Afrika und den karibischen Raum ...

Es ist klar, daß die Sowjetunion sich keinesfalls mit Kampuchea und Afghanistan begnügen würde, um ihre Globalstrategie zu verwirklichen. Wenn der sowjetische Expansionsvorstoß nicht gehemmt wird, werden immer mehr Länder der sowjetischen Hegemonie zum Opfer fallen. Als ein Land der Dritten Welt wird China sich gemeinsam mit anderen Ländern für den Kampf gegen die Aggression und Expansion des sowjetischen Hegemonismus und die Wahrung des Friedens in Asien und der übrigen Welt einsetzen.

Die Praxis des internationalen Kampfes hat gezeigt, daß die Länder der Dritten Welt unter dem Imperialismus, Hegemonismus und Kolonialismus schwer leiden und in scharfem Widerspruch zu diesen stehen. Im Kampf gegen den Imperialismus, Kolonialismus und Hegemonismus spielt die Dritte Welt die herausragende Rolle. Sie hat eine gewaltige Bevölkerung, reiche Ressourcen, weit ausgedehnte Gebiete und nimmt eine wichtige strategische Stellung ein. Die Länder der Dritten Welt sind voller Lebenskraft und haben eine vielversprechende Zukunft.

China und die anderen Länder der Dritten Welt verfügen über ähnliche Erfahrungen und haben gleiche Ziele. Sie verstehen einander und unterstützen sich gegenseitig. China kann auf keinen Fall von der Dritten Welt losgelöst werden. Um einen anderen afrikanischen Staatsmann zu zitieren: China ist wichtig für die Dritte Welt insgesamt. China steht auf der Seite der kleinen Länder Asiens und Afrikas, auf der Seite der Dritten Welt insgesamt. Tatsächlich ist Chinas Stimme in der Welt viel wichtiger als seine wirtschaftliche Hilfe für andere Länder der Dritten Welt.

Die Dritte Welt setzt Hoffnungen auf China, und China setzt Hoffnungen auf die Dritte Welt, zu der es gehört.

Unterstützung des irischen Befreiungskampfes!

doj. In KVZ Nr. 39 bleibt die Überschrift „Irischer Befreiungskampf – Stagnation oder Fortschritt?“ unbeantwortet. Man kann darauf schon eine Antwort geben, insgesamt sollte man sich aber davor hüten, Fehler einer Befreiungsbewegung zum Vorwand für die fehlende oder zu geringe Unterstützung zu nehmen. Kann man wirklich nur aus den „Problemen, die sich in Irland für den Kampf um soziale Veränderungen stellen ... nur so das Verständnis für die Notwendigkeit der Vertreibung der Briten“ gewinnen? Ist *so* jemals die Unterstützung von Befreiungsbewegungen – z.B. der ZANU – vorangekommen? Nein.

Vor knapp einer Woche haben die politischen Gefangenen ihren Hungerstreik abgebrochen. Sie begründen diesen Schritt so: „Wir sind des Hungerstreiks als einer wirksamen Waffe des Protestes prinzipiell beraubt worden, weil die katholische Hierarchie, unterstützt von der irischen herrschenden Klasse ... erfolgreich unsere besorgten Verwandten unter Druck gesetzt hat.“ Sie betonen angesichts der großen Opfer der 10 Gestorbenen ihren Willen, die fünf Forderungen durchzusetzen „mit den Mitteln, die wir für nötig und zweckmäßig halten“. Sie stellen fest, daß die „Unnachgiebigkeit der britischen Regierung, die den Hungerstreik hervorrief, uns internationale politische Anerkennung gebracht und die Sache der irischen Freiheit zu einer interantionalen Angelegenheit gemacht hat, die Unterstützung hier wie im Ausland für den irischen Widerstand hat erstarken lassen und gezeigt hat, daß die unterdrückte nationalistische Bevölkerung und die politischen Gefangenen eins sind“.

Dies kann man ohne Vorbehalte bestätigen und muß dabei folgendes verstehen: in der langen, leidensvollen Geschichte der irischen Unterdrükkung, Ausbeutung, Teilung und Ermordung ganzer Bevölkerungsteile sind die Gefangenen oft zum Symbol des Widerstands geworden. Dies politisch für den Widerstandskampf zu nutzen, so daß auch im rückständig gehaltenen Süden jedem Iren bis weit in die Reihen der Bourgeois der Haß gegen die britische Fremdherrschaft angesichts der Behandlung der Gefangenen aufwallt, gleichzeitig mit allen demokratischen Mitteln der Wahl und dgl. die Briten bloßzustellen und dazu auch die Weltmeinung zu nutzen – das ist der republikanischen Bewegung gelungen. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß sie es dabei nicht bewenden lassen werden.

Wenn in der BRD vergleichsweise zu Frankreich, Spanien, Belgien z.B. die Solidaritätsbewegung weit hinterherhinkt, so ist das, meine ich, auch dem Umstand zu verdanken, daß die Linke und die Arbeiterbewegung Organisationen wie dem WISK (Westdeutsches Irlandssolidaritätskomitee) lange Zeit die politsche Beschränkung auf RAF-Sympathisanten erlaubt hat. Nur um z.B. Frankreich zu nennen: dort unterstützen die großen Gewerkschaften CGT und CFDT vollständig den Kampf der irischen Gefangenen, und fand neulich unter der Ägide des KPF-Bürgermeisters eines großen Pariser Industrievorortes eine Irland-Woche statt.

Die Unterstützung der Anti-H-Block-Bewegung gerade in den Gewerkschaften ist ein sicherer Weg zur Unterstützung des irischen Befreiungskampfes, wenn man die Sache richtig behandelt.

Die restlichen Termine der derzeitigen Rundreise der Sinn Fein-Vertreter für Außenbeziehungen und eines Ex-H-Block-Gefangenen geben Gelegenheit, die aufgeworfenen Fragen des irischen Befreiungskampfes zu diskutieren.

Veranstaltungen finden noch statt:

9.10. **Münster:** Katholische Studentengemeinde, Frauenstraße, 19 Uhr
11.10. **Aachen:** Auditorium Maximum der Universität
12.10. **Göttingen:** zu erfahren über den Asta Göttingen
13.10. **Marburg:** Mensa Clubraum 9, Haspelstraße 28
14.10. **Karlsruhe:** Gaststätte Ziegler, Baumeisterstraße, 20 Uhr
15.10. **Offenburg:** Gasthaus Brandeck, Zellerstraße, 20 Uhr
16.10. **Bochum:** Haus der katholischen Jugend, Humboldtstraße, 19.30 Uhr
19.10. **Stuttgart:** Jugendhaus Leonberg in Leonberg

Solidarität mit dem Republikanischen Widerstand in Irland!

Aufruf zur zentralen Demonstration am 17.10.1981 in Münster

Der Unabhängigkeitskampf in den sechs Grafschaften Nordirland hat in diesem Jahr mit Mickey Devine das zehnte Todesopfer im Hungerstreik der republikanischen Gefangenen gefordert. Die Solidaritätskomitees für Irland in der Bundesrepublik rufen deshalb unter den folgenden Losungen zu einer zentralen Demonstration und Kundgebung am 17.10.1981 in Münster auf.

SCHLUSS MIT DEN MORDEN AN DER IRISCHEN BEVÖLKERUNG
FÜR DIE ANERKENNUNG DES POLITISCHEN STATUS DER GEFANGENEN UND DIE ERFÜLLUNG IHRER FORDERUNGEN
GEGEN DIE BESETZUNG IRLANDS DURCH DAS BRITISCHE MILITÄR
GEGEN IMPERIALISTISCHE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG DES IRISCHEN VOLKES DURCH GROSSBRITANNIEN UND ANDERE MÄCHTE

Bislang zehn Hungerstreik-Tote und zahlreiche Tote auf den Straßen, darunter Kinder, – die Kritik an der Haltung der Regierung Thatcher im eigenen Land und die Proteste von Gremien, Bevölkerungsgruppen und Regierungskreisen im Ausland machen deutlich:

Gestützt auf das Militär und im Verbund mit der NATO will die britische Regierung das Anwachsen des irischen republikanischen Widerstands verhindern und so ihre letzte Kolonie Ulster aufrechterhalten.

Mit der Behauptung, der irische Befreiungskampf habe „kriminellen Charakter“ und mit der Verschärfung der Gefängnisbedingungen soll die vorhandene Unterstützung des kampfes durch die Bevölkerung ungeschehen gemacht werden.

Irland zeigt: daß imperialistische Ausbeutung und Unterdrückung sowie Anti-Guerilla-Bekämpfung nicht nur in der sogenannten „Dritten Welt“ stattfindet, sondern auch in Europa.

Nordirland ist die industrialisierte Region der irischen Insel. Circa 80% des Gesamthandels der sechs nördlichen britisch besetzten Provinzen werden mit England abgewickelt. Ebenso über 50% des Gesamthandels der formell unabhängigen Republik Irland. Englisches, US- und westdeutsches Kapital kann in Irland bei zinsgünstigen Investitionskrediten, zehnjähriger Steuerfreiheit und freier Gewinn-Ausfuhr investieren, und das bei 60%ger Arbeitslosigkeit in der republikanisch-katholischen Bevölkerung und gleichzeitig ökonomischer Privilegierung der englisch-freundlichen protestantischen Bevölkerung.

Irland ist nicht Mitglied der NATO, aber mit der Besetzung Nord-Irlands durch die britischen Truppen mit insgesamt 37000 Mann befinden sich NATO-Truppen auf der Insel. Damit soll die westeuropäische Flanke der NATO gesichert werden. Ausbildungs- und Stationierungsplätze für die in Nordirland eingesetzten britischen Einheiten befinden sich auch in der Bundesrepublik. In der Nähe von Münster haben die britische Militärs ganze Straßenzüge aus Belfast und Derry nachgebaut, um die militärische Repression gegen die Bevölkerung und die Zerschlagung des Guerilla-Kampfes zu üben. England und die Bundesrepublik sind beide Unterzeichner der „Anti-Terror-Konvention“ von 1976, in der sich die NATO- und EG-Staaten gegen Befreiungskämpfe in der Welt und in Europa wenden. Die versuchte Zerschlagung des irischen Befreiungskampfes durch britische Truppen findet auch im politischen und ökonomischen Interesse der anderen in der NATO zusammengeschlossenen Imperialisten statt. Der Außenminister Großbritanniens, Lord Carrington, erklärte dazu im Oktober 80, daß „wir an der westeuropäischen Flanke der NATO kein neues Kuba dulden können“.

Die Bevölkerung Nordirlands kam zu hundertausenden zu den Begräbnissen der Hungerstreiker. Bei den letzen Parlamentswahlen im Norden ist der im Hungerstreik gemordete republikanische Widerstandskämpfer Bobby Sands in das britische Parlament gewählt worden. Die durch den Tod Bobby Sands erforderliche Nachwahl gewann Owen Carron, der Kandidat der Hungerstreiker. In der Republik setzen sich bei den letzten Wahlen ebenfalls Kandidaten der Hungerstreiker, unter ihnen zwei Gefangene in den H-Blocks, durch. Der ebenfalls im Hungerstreik gemordete republikanische Freiheitskämpfer Kieran Doherty erhielt dabei die höchste Stimmenzahl aller Wahlkreise der Republik.

Die Anerkennung des politischen Status für die Gefangenen, die Erfüllung ihrer Forderungen und die Verwendung für ein freies, unabhängiges Irland wäre daher ein weiterer, wichtiger Schritt im Kampf der Völker gegen Imperialismus, Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung.

Der Kampf der irischen republikanischen Bevökerung ist deshalb der Kampf aller Menschen für Freiheit, Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt.

Wir protestieren deshalb:
gegen die militärische Besetzung Nordirlands durch britisches Militär und die Flankierung dieser Besetzung durch die in der NATO zusammengeschlossenen Staaten, sowie gegen die ökonomische Ausbeutung der irischen Bevölkerung durch den Imperialismus.

Wir fordern:
die Beendigung der Unterstützug der britischen Truppen durch Finanzierung über Steuervorteile und Milliarden Devisenausgleichszahlungen sowie Beendigung der Zusammenarbeit bei der Anti-Guerilla-Ausbildung durch die BRD. Die Bundesrepublik darf nicht weiterhin bequemer Ruheplatz für die britischen Truppen sein, damit sie ihre Mordgeschäfte fortsetzen.

Wir fordern die Verbände, politischen Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kirchen, Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen und Personen auf, bei der britischen Regierung auf die Anerkennung des politischen Status und die Erfüllung der Forderungen der republikanischen Gefangenen zu dringen, um ihre berechtigten, schon einmal gewährten Forderungen zu unterstützen und den Tod weiterer Hungerstreiker zu verhindern.

Irland-komitees, Anti-H-Block-Komitees und Initiativen aus: Münster, Bochum, Frankfurt, Westberlin, Marburg, Kiel, Göttingen

ror. „Werter Herr Honecker, es ist 5 Minuten vor 12. Der selbstmörderische Rüstungswettlauf der letzten Jahre hat die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung in Europa so groß wie nie zuvor werden lassen ... Als überzeugter Christ und Pazifist fordere ich Sie

Friedensbewegung in der DDR

SED dehnt Zivilverteidigung aus / CDU (DDR) unter Druck

Verschärfung der Konflikte zwischen den Supermächten verstärken. Am 23. März 1981 fand zum Thema Friedenssicherung eine Tagung des Hauptvorstandes der DDR-CDU statt, unter Teilnahme hoher Militärs. Der Parteivorsitzende Götting führte bezüglich

sche Anerkennung gebracht und die Sache der irischen Freiheit zu einer interantionalen Angelegenheit gemacht hat, die Unterstützung hier wie im Ausland für den irischen Widerstand hat erstarken lassen und gezeigt hat, daß die unterdrückte nationalistische Bevölkerung und die politischen Gefangenen eins sind“.

Dies kann man ohne Vorbehalte bestätigen und muß dabei folgendes verstehen: in der langen, leidensvollen Geschichte der irischen Unterdrükkung, Ausbeutung, Teilung und Ermordung ganzer Bevölkerungsteile sind die Gefangenen oft zum Symbol des Widerstands geworden. Dies politisch für den Widerstandskampf zu nutzen, so daß auch im rückständig gehaltenen Süden jedem Iren bis weit in die Reihen der Bourgeois der Haß gegen die britische Fremdherrschaft an-

für Außenbeziehungen und eines Ex-H-Block-Gefangenen geben Gelegenheit, die aufgeworfenen Fragen des irischen Befreiungskampfes zu diskutieren.

Veranstaltungen finden noch statt:

9.10. Münster: Katholische Studentengemeinde, Frauenstraße, 19 Uhr
11.10. Aachen: Auditorium Maximum der Universität
12.10. Göttingen: zu erfahren über den Asta Göttingen
13.10. Marburg: Mensa Clubraum 9, Haspelstraße 28
14.10. Karlsruhe: Gaststätte Ziegler, Baumeisterstraße, 20 Uhr
15.10. Offenburg: Gasthaus Brandeck, Zellerstraße, 20 Uhr
16.10. Bochum: Haus der katholischen Jugend, Humboldtstraße, 19.30 Uhr
19.10. Stuttgart: Jugendhaus Leonberg in Leonberg

didat der Hungerstreiker. In der Republik setzen sich bei den letzten Wahlen ebenfalls Kandidaten der Hungerstreiker, unter ihnen zwei Gefangene in den H-Blocks, durch. Der ebenfalls im Hungerstreik gemordete republikanische Freiheitskämpfer Kieran Doherty erhielt dabei die höchste Stimmenzahl aller Wahlkreise der Republik.

Die Anerkennung des politischen Status für die Gefangenen, die Erfüllung ihrer Forderungen und die Verwendung für ein freies, unabhängiges Irland wäre daher ein weiterer, wichtiger Schritt im Kampf der Völker gegen Imperialismus, Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung.

Der Kampf der irischen republikanischen Bevökerung ist deshalb der Kampf aller Menschen für Freiheit, Selbstbestimmung, soziale Gerechtigkeit und gesellschaftlichen Fortschritt.

Wir protestieren deshalb:
gegen die militärische Besetzung Nordirlands durch britisches Militär und die Flankierung dieser Besetzung durch die in der NATO zusammengeschlossenen Staaten, sowie gegen die ökonomische Ausbeutung der irischen Bevölkerung durch den Imperialismus.

Wir fordern:
die Beendigung der Unterstützug der britischen Truppen durch Finanzierung über Steuervorteile und Milliarden Devisenausgleichszahlungen sowie Beendigung der Zusammenarbeit bei der Anti-Guerilla-Ausbildung durch die BRD. Die Bundesrepublik darf nicht weiterhin bequemer Ruheplatz für die britischen Truppen sein, damit sie ihre Mordgeschäfte fortsetzen.

Wir fordern die Verbände, politischen Parteien, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kirchen, Bürgerinitiativen und anderen gesellschaftlichen Gruppen und Personen auf, bei der britischen Regierung auf die Anerkennung des politischen Status und die Erfüllung der Forderungen der republikanischen Gefangenen zu dringen, um ihre berechtigten, schon einmal gewährten Forderungen zu unterstützen und den Tod weiterer Hungerstreiker zu verhindern.

Irland-komitees, Anti-H-Block-Komitees und Initiativen aus: Münster, Bochum, Frankfurt, Westberlin, Marburg, Kiel, Göttingen

Friedensbewegung in der DDR

SED dehnt Zivilverteidigung aus / CDU (DDR) unter Druck

ror. „Werter Herr Honecker, es ist 5 Minuten vor 12. Der selbstmörderische Rüstungswettlauf der letzten Jahre hat die Gefahr einer atomaren Auseinandersetzung in Europa so groß wie nie zuvor werden lassen ... Als überzeugter Christ und Pazifist fordere ich Sie deshalb auf, mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln dazu beizutragen, daß die drohende Vernichtung Europas unmöglich gemacht wird. Geben Sie denen zusätzlich gewichtige Argumente in die Hand, die sich in den westeuropäischen für eine massierte Abrüstung einsetzen ... Um dies zu erreichen, schlage ich Ihnen folgende vertrauensbildenden Maßnahmen vor, die kein oder nur ein ganz geringes, von Ihnen auch noch einzukalkulierendes Risiko für die Sicherheit der DDR beinhalten:

1. Verbot der Herstellung, des Verkaufs, des Besitzes und der Einfuhr von Kriegsspielzeug.
2. Verbot der Verherrlichung des Soldatseins im Unterricht, in Schulbüchern und in der außerschulischen Arbeit.
3. Abschaffung der organisierten Besuche von Kindergärtengruppen und Schulklassen in Kasernen.
9. Umwandlung des Wehrersatzdienstes in einen von der NVA unabhängigen Sozialdienst. (...)
14. Treten Sie öffentlich für den Abzug aller ausländischen Truppen aus allen Ländern Europas ein.
15. Treten Sie öffentlich für eine kernwaffenfreie Zone in Mitteleuropa ein.
16. Treten Sie öffentlich für die Entmilitarisierung beider deutschen Staaten ein.
17. Treten Sie öffentlich für eine schrittweise totale Abrüstung ein.

... Sollten Sie dazu beitragen können – danke.

Hochachtungsvoll

Rainer Eppelmann.“

(Aus TAZ v. 24.9.81)

Dieser Brief des Pfarrers Eppelmann an den Staatsvorvorsitzenden ist das jüngst im Westen bekanntgewordene Dokument der Friedensbewegung der DDR. Eppelmann ist auch Initiator der in der DDR regelmäßig stattfindenden „Blues-Messen“, einer der Formen, zu denen die Kirche das Dach abgibt, um sich halborganisiert auszutauschen.

Es ist schwierig, die Breite und die Einheit der Friedensbewegung in der DDR zu beurteilen, weil die offizielle Presse der DDR die Auseinandersetzung zumindest in den Zeitungen der SED nicht widerspiegelt. Die Springer-Presse in Westberlin berichtet z.B. über diese Auseinandersetzungen überhaupt nicht, um das Feindbild aufrechtzuerhalten. Dennoch häufen sich in den letzten Wochen und Monaten Berichte von Aktionen und Auseinandersetzungen in der DDR über die Frage der Sicherung des Friedens. Dem „Stern“ zufolge haben sich im Verlauf der Synode innerhalb einer Woche in Sachsen 300 und in Brandenburg 50 Gruppen und Einzelpersonen zur Unterstützung der Forderung nach einem sozialen Friedensdienst gemeldet. Und die Synode selber forderte in einer nur gegen zwei Stimmen bei drei Enthaltungen angenommenen Entschließung zur Friedensverantwortung die Konferenz der Kirchenleitungen auf, erneut Gespräche mit Staatsvertretern über die Schaffung eines sozialen Friedensdienstes zur führen.

Dieser Entschließung kommt deswegen besondere Bedeutung zu, weil schon vor der Synode der Staatssekretär für Kirchenfragen, Gysi, auf einer Gastvorlesung an der Theologiesektion der Universität in Ostberlin mit derben Worten die Forderung nach Friedensdienst als „nicht akzeptabel“ bezeichnete, weshalb das Festhalten an der Kampagne „in einem sehr brisanten politischen Moment“ zur Konfrontation führen würde, in der die SED mit großer Empfindlichkeit reagieren müßte.

Und die SED reagiert schon das ganze Jahr über. Die Erweiterung des vormilitärischen Unterrichts, die verstärkte Propaganda für den Kriegsdienst in der NVA, die Hebung der Wehrbereitschaft (als wichtige Aufgabe auf den Lehrerkonferenzen zu Beginn des Schuljahres festgestellt) zielte vor allem auf Indoktrination der Jugend. Jetzt bekommen alle übrigen Bürger der DDR zu ihren bestehenden gesellschaftlichen Verpflichtungen eine weitere hinzu. Ab 1. Dezember 1981 müssen sie zur Vorbereitung auf „den Schutz vor den Folgen möglicher militärischer Aggressionshandlungen und von Katastrophen Grundwissen in der Zivilverteidigung erwerben“. Das bestimmt die jüngste Anordnung des Leiters der Zivilverteidigung, Generalleutnant Peter. Im Verteidigungsnetz der DDR von 1978 wurde die Zivilverteidigung offiziell der militärischen Führung unterstellt. Zur Mitarbeit der Bevölkerung heißt es, daß die Bürger das „Recht und die Pflicht“ hätten, „an der Vorbereitung und Durchführung der Maßnahmen der Zivilverteidigung, einschließlich der Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen und der Beseitigung ihrer Folgen, mitzuwirken“.

Das schließe auch „die Teilnahme an der Ausbildung und an Übungen“ ein. Es können die 16- bis 65jährigen (Frauen bis zum 60. Lebensjahr) zur Dienstpflicht herangezogen werden. Mit der jüngsten Anordnung wird jetzt damit ernst gemacht. So wie an den Schulen der Lehrgang Zivilverteidigung eingeführt wurde, findet die Ausbildung für die Erwachsenen „in der Regel außerhalb der Arbeitszeit bzw. im Rahmen der Erwachsenenbildung“ statt. „Zur Festigung der erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten“ muß die Ausbildung alle fünf Jahre wiederholt werden. Die Absicht dieser Maßnahme ist es, auf die Teile der Bevölkerung Einfluß zu nehmen, die sich bisher der Zivilverteidigung entzogen haben und deren Wehrbewußtsein als „nicht gefestigt“ gilt, insbesondere die Frauen. So bemägelte die seit Beginn des Jahres erscheinende Zivilverteidigungszeitschrift „Schützen und Helfen“, daß nur jeder vierte freiwillige Mitarbeiter eine Frau ist, wo doch bei einer militärischen Auseinandersetzung der größte Teil der Männer „in anderen Bereichen der Landesverteidiung eingesetzt wird“.

Ein Indiz für die wachsende Stärke der Friedensbewegung zeigt sich in der Stellung der CDU (DDR) zur sozialistischen Wehrerziehung. Diese Blockpartei gerät natürlich unter besonderen Druck, weil die Kirchen der DDR der einzig organisierte Repräsentant und öffentliche Organisator sind. Man darf nicht übersehen, daß die Auseinandersetzungen schon seit 1978 anhalten, sich jetzt allerdings im Rahmen der Verschärfung der Konflikte zwischen den Supermächten verstärken. Am 23. März 1981 fand zum Thema Friedenssicherung eine Tagung des Hauptvorstandes der DDR-CDU statt, unter Teilnahme hoher Militärs. Der Parteivorsitzende Götting führte bezüglich der Äußerungen aus Kirchenkreisen aus: „Es hängt gewiß mit der wachsenden Einsicht zusammen, daß die Frage des Friedens zu den Kernproblemen christlicher Mitverantwortung in der Welt von heute gehört ... Mit Interesse beobachten wir das Bestreben der Kirchen in unserem Land, zu neuen Erkenntnissen in den Fragen der Friedenssicherung und Friedenserziehung zu gelangen ... Die beste Friedenserziehung ist – so meinen wir – Erziehung zu Taten für den Frieden. Taten für den Frieden aber – das heißt unter unseren Verhältnissen: Taten für die Stärkung des Sozialismus, denn weiterer Kraftzuwachs des Sozialismus ist die beste und sicherste Gewähr für einen dauerhaften Frieden.“ Bis Mitte April veröffentlichte die „Neue Zeit“ (das CDU-Organ) immer neue Tagungsbeiträge zum Verhältnis zur militärischen Verteidigung. Ein CDU-Mitglied, das Oberstleutnant der Reserve ist, bekannte: „Wenn ich mitunter gefragt werde, ob sich diese aktive Tätigkeit als Reservist der nationalen Volksarmee mit dem Selbstverständnis als christlicher Demokrat und Arzt verträgt, so kann ich das nicht nur vorbehaltslos bejahen, sondern meine, daß zwischen diesen drei Faktoren ein echter positiver Zusammenhang besteht.“

Ein Gefreiter der NVA: „Ich bin von mehreren Seiten gefragt worden, warum ich als Christ meinen Dienst nicht in einer Baueinheit ableiste ... Ich habe die Erkenntnis gewonnen, daß Pazifismus – wie er beispielsweise auch heute noch des öfteren von Christen und Kirchen vertreten wird – noch nie einen Krieg verhindern konnte.“

„Linke und nationale Kräfte müssen das Regime stürzen"

Interview mit Mohamed Arasy (Partei des Proletariats des Irans)

kvz. Der Genosse Arasy, mit dem wir letzte Woche das hier in Auszügen wiedergegebene Gespräch führten, hielt sich bis vor 4 Wochen im Iran auf. Unter dem Schah-Regime arbeitete er – wie er berichtet – mit verschiedenen marxistischen Organisationen zusammen; drei Jahre verbrachte er im Gefängnis.

Zur Partei des Proletariats schlossen sich 1979 ca. 10 linke Gruppen zusammen – die größte Gründerorganisation war die „Revolutionäre Tudeh-Partei", die sich vor 18 Jahren von den revisionistischen Tudehs abgespalten hatte. Nach Angaben Arasys gehört seine Partei heute neben der Volksfedajin/Minderheit und der Gruppe Peykar zu den drei bedeutendsten fortschrittlichen Kräften, die das Khomeiny-Regime *politisch* bekämpfen – im Unterschied zu anderen, die den bewaffneten Kampf dagegen aufgenommen haben. Hatte die Partei nach dem Sturz des Schah in ihrem „Programm zur Fortsetzung der Revolution" noch zur großen nationalen Einheit aller patriotischen, freiheitsliebenden und revolutionären Kräfte „unter Führung von Imam Khomeiny" aufgerufen, so tritt sie jetzt für eine Einheitsfront mit dem Ziel, den Imam zu *stürzen*, ein – als Voraussetzung für eine friedliche Lösung des Konflikts mit dem Irak wie vor allem für eine freiheitliche, unabhängige und blockfreie Entwicklung des Iran selbst.

Auf die Präsidentschaftswahl Khameinis, dessen 16 Mio. Stimmen der Einschätzung Arasys zu widersprechen scheinen, und auf Charakter und Programm einer „provisorischen Regierung der demokratisch-islamischen Republik Iran", das Bani Sadr und Rajavi in Paris vorgelegt haben, konnten wir noch nicht eingehen. Die wichtigsten Punkte dieses Programms sind:
– Politische, wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit,
– Verwaltung des Landes auf der Grundlage eines Rätesystems,
– Abschaffung der Herrschaft einer Gruppe über eine Gruppe innerhalb des islamischen Wirtschaftssystems; Durchführung der Landreform,
– Respektierung der politischen Freiheit; Abschaffung von Zensur und Folter,
– gleiche Rechte für alle nationalen Minderheiten, insbesondere der Kurden; innere Autonomie im Rahmen der territorialen Einheit des Landes,
– Gleichberechtigung von Mann und Frau
– Auflösung der Revolutionskomitees, -garden und -gerichte.

•

Wie meint ihr, ist es zu dem gestrigen Flugzeugabsturz gekommen, bei dem wichtige iranische Militärs ums Leben kamen?

Einschätzung Arasys zu widersprechen scheinen, und auf Charakter und Programm einer „provisorischen Regierung der demokratisch-islamischen Republik Iran", das Bani Sadr und Rajavi in Paris vorgelegt haben, konnten wir noch nicht eingehen. Die wichtigsten Punkte dieses Programms sind:
– Politische, wirtschaftliche und kulturelle Unabhängigkeit,
– Verwaltung des Landes auf der Grundlage eines Rätesystems,
– Abschaffung der Herrschaft einer Gruppe über eine Gruppe innerhalb des islamischen Wirtschaftssystems; Durchführung der Landreform,
– Respektierung der politischen Freiheit; Abschaffung von Zensur und Folter,
– gleiche Rechte für alle nationalen Minderheiten, insbesondere der Kurden; innere Autonomie im Rahmen der territorialen Einheit des Landes,
– Gleichberechtigung von Mann und Frau
– Auflösung der Revolutionskomitees, -garden und -gerichte.
•
Wie meint ihr, ist es zu dem gestrigen Flugzeugabsturz gekommen, bei dem wichtige iranische Militärs ums Leben kamen?

Ob dies ein Anschlag ist, den die Mudjahedin verübt haben, müssen sie selbst beantworten, aber ich kann dazu sagen, daß nach den Erfahrungen der letzten zwei Jahre die Mudjahedin versuchen, wichtige Teile der Armee auf ihre Seite zu ziehen, und deshalb würden sie solch einen Anschlag nicht durchführen. Vielmehr kann dies ein Attentat der Herrschenden selbst sein.

Was uns ein bißchen verwundert, ist, daß die Armee durch die jüngsten Ereignisse, besonders die Absetzung Bani Sadrs, offensichtlich nicht berührt worden ist. Im Gegenteil, den Nachrichten zufolge sind sogar Erfolge gegen den Irak erzielt worden. Wie kommt es dazu, daß die Armee doch relativ geschlossen ist?

Es ist nicht richtig, daß die Armee nicht berührt wurde. Nach der Absetzung von Bani Sadr hat sich in der Armee einiges getan. An der Front haben viele Offiziere gegen die Absetzung protestiert. In dem Gefängnis Djamschidabad in Teheran sitzen zur Zeit 500 Offiziere als politische Gefangene. Die Entlassungen aus der Armee steigen wieder an, diesmal aber aufgrund der Proteste der Armee gegen die Regierung. Der Stabschef der Luftwaffe wurde abgesetzt. Viele Offiziere der Luftwaffe wurden entlassen und durch regierungstreue Offiziere ersetzt. An der Front gab es Widerstand, aber er wurde nicht gut ausgenutzt. Aufgrund dieses Widerstands haben sich die Kriegsverluste in der letzten Zeit verdoppelt. Bani Sadr hat aber auch nach seiner Absetzung an die Armee appelliert, die Front nicht zu verlassen.

Welchen Charakter hat dieser Krieg und welches Interesse hat die IRP-Regierung an der Fortsetzung des Krieges?

Der Kriegsausbruch hat einige Pläne der Herrschenden für die Machtergreifung in allen Teilen des Landes durcheinandergebracht. Nach einiger Zeit, als das Volk und die Armee eine Reihe von Erfolgen erzielt hatten, war die Zeit für einen gerechten Frieden zwischen beiden Parteien reif. Bani Sadr hat auch davon gesprochen. Die herrschende Partei aber wußte, daß mit der Beendigung des Krieges ihre Macht zu wackeln beginnen würde, weil die unzufriedenen Massen nur aufgrund des Kriegszustandes nicht gegen die Regierung kämpften. Sie konnten den Krieg für alle ihre Probleme wie Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Inflation, politsche Krise usw. verantwortlich machen. Deshalb waren sie gegen die Beendigung des Krieges.

Unsere Partei hat ihre Kräfte und die Massen in dem Kriegsgebiet mobilisiert und gegen die äußere Aggression gekämpft. Jetzt ist uns aber klar, daß die Beendigung des Krieges, sei es durch einen Sieg über den Feind oder durch einen gerechten Friedensvertrag, nur möglich ist, wenn das herrschende Regime gestürzt wird.

Ruft ihr dazu auf, nicht zu kämpfen, sondern zu desertieren und alles darauf zu konzentrieren, das IRP-Regime zu stürzen?

Wir propagieren nicht, daß die Streitkräfte den Kampf gegen den Irak aufgeben sollten, weil dies zu einer Isolierung der Armee führen könnte. Wir versuchen aber zu propagieren, daß man das Land verteidigen soll, damit der Feind nicht weiter vorrückt. Um jedoch das iranische Territorium zurückzuerobern, muß man erst das herrschende Regime stürzen.

Uns scheint, daß dieses Regime noch immer viel Unterstützung unter den Massen genießt.

Es besteht kein Zweifel daran, daß dieses Regime eine Basis in der Bevölkerung hat. Sie können fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung in den schiitischen Gebieten mobilisieren. Ihre Art, die Massen zu mobilisieren, ist Gewaltanwendung. Z.B. in den Behörden fordern sie die Beamten und Angestellten namentlich auf, an dieser oder jener Demonstration teilzunehmen. Durch die Moscheen versuchen sie, an die Bevölkerung heranzukommen. Es gibt über 80000 Moscheen im Iran. Und sie schicken ihre Leute an die Haustüren

gime gestürzt wird.
Ruft ihr dazu auf, nicht zu kämpfen, sondern zu desertieren und alles darauf zu konzentrieren, das IRP-Regime zu stürzen?
Wir propagieren nicht, daß die Streitkräfte den Kampf gegen den Irak aufgeben sollten, weil dies zu einer Isolierung der Armee führen könnte. Wir versuchen aber zu propagieren, daß man das Land verteidigen soll, damit der Feind nicht weiter vorrückt. Um jedoch das iranische Territorium zurückzuerobern, muß man erst das herrschende Regime stürzen.
Uns scheint, daß dieses Regime noch immer viel Unterstützung unter den Massen genießt.
Es besteht kein Zweifel daran, daß dieses Regime eine Basis in der Bevölkerung hat. Sie können fünf bis zehn Prozent der Bevölkerung in den schiitischen Gebieten mobilisieren. Ihre Art, die Massen zu mobilisieren, ist Gewaltanwendung. Z.B. in den Behörden fordern sie die Beamten und Angestellten namentlich auf, an dieser oder jener Demonstration teilzunehmen. Durch die Moscheen versuchen sie, an die Bevölkerung heranzukommen. Es gibt über 80000 Moscheen im Iran. Und sie schicken ihre Leute an die Haustüren

und fordern die Menschen auf. Dazu kommen noch die Pasdaran und Armeeangehörigen, die Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet, die über 2 Millionen Menschen in Teheran und anderen Städten ausmachen und die finanziell sehr von der Regierung abhängig sind, und die afghanischen Flüchtlinge, deren Zahl über 1,5 Millionen beträgt, von denen 200 – 300000 von der Regierung zu mobilisieren sind.

In der westlichen Presse wird nicht nur das Khomeiny-Regime mit dem des Schah verglichen; oft wird behauptet, daß es sogar schlimmer sei als das des Schah.

Der Schah war ein Handlanger des Imperialismus und mußte gestürzt werden. Das unterdrückerische Regime ist keine Rechtfertigung für das Schah-Regime. Man kann sagen, daß das Schah-Regime sogar dazu beigetragen hat, daß ein Regime wie das Khomeinys an die Macht kam. Der Schah hat dem Volk jegliche freiheitliche Demokratie versagt und Tausende unserer Revolutionäre ins Gefängnis gesteckt, während er den fanatischen Religiösen freie Hand gelassen hat. Während der Besitz eines marxistischen Buches jahrelanges Gefängnis zur Folge hatte, konnten die fanatischen Religiösen in einer Größenordnung von 180000 Mullahs arbeiten. Da der Schah alle nationalen und revolutionären Organisationen verboten und zum Teil liquidiert hatte, hatten die Massen keine andere Alternative als die Religion. Außerdem ist es eine Tatsache, daß unter Khomeiny mehr Hinrichtungen durchgeführt werden, als es unter dem Schah der Fall gewesen ist. Innerhalb von drei Monaten wurden 1800 Demokraten hingerichtet. Diejenigen, die unter dem Schah zwei Jahre im Gefängnis saßen, sind aus demselben Grund unter dem Khomeiny-Regime hingerichtet worden. Die Revolutionäre, die den Gefängnissen des Schah lebendig entkommen waren, wurden vom Khomeiny-Regime ermordet.

Allein im Monat Ramadan (Fastenmonat) hat es mehr Hinrichtungen gegeben als unter der Schahherrschaft. Ich möchte hier noch einmal klarstellen, daß ich damit nicht meine, daß der Schah seine religiösen Gegner achtete und ihnen freie Hand ließ. Er unterdrückte sie auch. Der wichtige Punkt ist aber, daß die fanatischen Religiösen freie Hand hatten, die religiösen Gegner auch weniger verfolgt und gefoltert wurden als die anderen Schahgegner.

Ein Anzeichen dafür ist, daß Leute wie Beheschti, Bahonar oder Mussawi-Ardebili unter dem Schah frei waren und sagar über das Kultusministerium für die Schulen religiöse Bücher schrieben.

Ein anderer Punkt ist, daß Khomeiny auch gegen den Imperialismus ist. Aber alleine gegen den Imperialismus zu sein, ist nicht wichtig. Wichtig ist der richtige Kampf gegen den Imperialismus. Dieses Regime hat zu Beginn seiner Machtergreifung einige antiimperialistische Taten begonnen. Dann aber hat es durch seine Feindschaft zu den fortschrittlichen Kräften dem Imperialismus gedient. Sie sagten „Nieder mit dem Imperialismus", aber ermordeten die wahren Antiimperialisten wie die Mitglieder von Mudjahedin, Peykar und unserer Partei. Sie brüllen Parolen, halten aber 30000 Revolutionäre und Antiimperialisten im Gefängnis.

Wir bezeichnen einen Staat dann als antiimperialistisch, wenn er die Demokratie für das Volk gewährleistet. Ein Staat, der die Demokratie mit Füßen tritt und der Hälfte unseres Volkes, d.h. den Frauen, jegliches Recht entzieht, kann kein unabhängiger und an-



der richtige Kampf gegen den Imperialismus. Dieses Regime hat zu Beginn seiner Machtergreifung einige antiimperialistische Taten begonnen. Dann aber hat es durch seine Feindschaft zu den fortschrittlichen Kräften dem Imperialismus gedient. Sie sagten „Nieder mit dem Imperialismus", aber ermordeten die wahren Antiimperialisten wie die Mitglieder von Mudjahedin, Peykar und unserer Partei. Sie brüllen Parolen, halten aber 30000 Revolutionäre und Antiimperialisten im Gefängnis.
Wir bezeichnen einen Staat dann als antiimperialistisch, wenn er die Demokratie für das Volk gewährleistet. Ein Staat, der die Demokratie mit Füßen tritt und der Hälfte unseres Volkes, d.h. den Frauen, jegliches Recht entzieht, kann kein unabhängiger und an-



Frauen demonstrierten in Teheran gegen den Schah – das Khomeiny-Regime unterdrückte bald auch ihre Rechte

tiimperialistischer Staat sein.

Außerdem hat der Standpunkt von Khomeiny gegenüber den Sozialimperialisten jeden Tag an Stärke abgenommen. In Worten hat sein Regime den Sozialimperialismus beschimpft; ihre Agenten aber sitzen in den wichtigsten Posten des Landes. Khomeiny dient mit seinen Taten dem Imperialismus, ohne sein direkter Handlanger zu sein.

In bezug auf Wirtschaft und Kultur: Zur Zeit ist unsere Wirtschaft in einem miserablen Zustand. Nach den Angaben des Regimes ist die Produktion der wichtigsten Industriezweige eingestellt. Tausende von Fabriken sind unter dem Vorwand, die Besitzer seien nicht islamisch, geschlossen worden. Nach ihren eigenen Angaben hatte das Land eine Importrate von 41%, jetzt beträgt sie 83%. Vorher wurde Weizen importiert, jetzt jedoch sogar Brot.

Die Universitäten wurden geschlossen und damit die Chancen und Aussichten von 170000 bis 200000 Studenten vernichtet. Sie haben das Land in die Rückständigkeit getrieben mit diesen Handlungen. Besser kann man auch dem Imperialismus nicht dienen. Das Wichtigste aber ist, daß Khomeiny unserem Volk einen großen moralischen Schlag versetzt hat: Zumindest für eine gewisse Zeit hat das Volk seine Hoffnungen und sein Vertrauen in eine bessere Zukunft verloren.

Kannst du bitte noch etwas über die sozialen Kräfte im Land sagen?

Wenn wir die jetzige Lage beschreiben wollen, müssen wir die Veränderungen der letzten zwei Jahre berücksichtigen. In den 6 Monaten nach der Revolution gab es eine soziale Freiheit, da das Regime noch nicht gefestigt war. So wurden auf eigene Initiative Arbeiter- und Bauernräte gegründet, und die revolutionären Organisationen konnten einige Rechte für die Werktätigen erkämpfen.

Die Existenz einiger fortschrittlicher Kräfte in der Regierung hat auch dazu beigetragen. Aber nachdem die IRP die Macht monopolisiert hat, hat die Produktion insgesamt viel leiden müssen. Die Inflation, Arbeitslosigkeit und soziale Unsicherheit hat die Massen in die Armut getrieben. Die einzige Branche, in der noch produziert wird, ist die Öl- und Mineralölproduktion. Die Ölproduktion ist nach Angaben des Regimes von 3 Millionen Barrel auf 700000 Barrel herabgesetzt. Ein großer Teil des täglichen Bedarfes der Bevölkerung ist knapp. Die Ersatzteile für die Fabriken sind knapp. Sogar die Personenzüge fahren anstatt täglich nur einmal in der Woche. Die Freizeit- und Erholungseinrichtungen sind geschlossen. Es gibt 2,5 – 3 Millionen Arbeitslose.

Dies alles trägt dazu bei, daß diese Regierung, die zu Beginn 99% der Nation hinter sich hatte, jetzt von der großen Mehrheit isoliert ist.

Unter dem Schah-Regime gab es viele ausländische Investitionen. Wurden die ausländischen Firmen auch geschlossen oder arbeiten sie noch?

Zur Zeit des Schah-Regimes waren die ausländischen Investitionen ziemlich hoch. Jetzt wird aber nicht mehr von

700000 Barrel herabgesetzt. Ein großer Teil des täglichen Bedarfes der Bevölkerung ist knapp. Die Ersatzteile für die Fabriken sind knapp. Sogar die Personenzüge fahren anstatt täglich nur einmal in der Woche. Die Freizeit- und Erholungseinrichtungen sind geschlossen. Es gibt 2,5 – 3 Millionen Arbeitslose.
Dies alles trägt dazu bei, daß diese Regierung, die zu Beginn 99% der Nation hinter sich hatte, jetzt von der großen Mehrheit isoliert ist.
Unter dem Schah-Regime gab es viele ausländische Investitionen. Wurden die ausländischen Firmen auch geschlossen oder arbeiten sie noch?
Zur Zeit des Schah-Regimes waren die ausländischen Investitionen ziemlich hoch. Jetzt wird aber nicht mehr von

fremden Firmen investiert, nicht weil die Regierung dagegen ist, sondern weil diese Firmen kein Vertrauen in die wirtschaftliche Lage des Iran haben. Die meisten ausländischen Firmen haben ihre Werke im Iran geschlossen. Manche Projekte aus der Zeit des Schah waren nicht mit ausländischem Kapital finanziert, wie der Bau des Kernkraftwerkes Buscher, sondern z.B. mit der Bundesrepublik vertraglich vereinbart. Diese Projekte waren mit iranischem Kapital finanziert. Solche Werke sind auch lahmgelegt worden.

Andererseits hat die Regierung in den letzten 6 Monaten mehrere Verträge mit dem Ausland geschlossen, z.B. mit der englischen Firma Talbot, deren Charakter nicht weniger verräterisch ist als der der Verträge des Schah-Regimes. Dieser Vertrag wurde von den fortschrittlichen Kräften wie Bani Sadr scharf kritisiert. Er bringt die iranische Autoindustrie auf mehrere Jahre in die Abhängigkeit der Briten.

Gibt es außerhalb der IRP schiitische Geistliche, die sich gegen die Regierung stellen?

Ja, und zwar viele. Viele politische Gefangene stammen aus der Geistlichkeit. In Ghom besteht die Mehrheit der Geistlichkeit aus Schülern von Persönlichkeiten wie Ayatollah Schariatmadari. Ayatollah Lahuti und Ostad Teherani, die gegen das Regime sind, haben viele Anhänger. Besonders in Asarbeidjan ist die Mehrheit der Geistlichkeit gegen das Regime.

Was machen die Basaris?

Die Basaris sind zum großen Teil auch gegen die Regierung. Die IRP hat aber eine „Organisation der islamischen Wirtschaft" gebildet und kann dadurch die Wirtschaft im Basar kontrollieren. Ihre Anhänger im Basar machen nur 5% der Basaris aus, die in dieser Organisation arbeiten und große Vorteile daraus ziehen. Die Mehrheit der Basaris ist für die Opposition. Ein großer Teil der finanziellen Probleme der national-fortschrittlichen Kräfte wird von Basaris gelöst. Viele von ihnen sitzen jetzt im Gefängnis.

Wie sieht es auf dem Lande aus?

Man kann sagen, daß die Bauern weniger von dem Unheil dieses Regimes betroffen sind, obwohl sie 52% der Bevölkerung ausmachen. Am meisten betroffen sind die Viehzüchter und mittleren Bauern. Die Regierung hat die Landfrage ungelöst gelassen, deswegen ist die Lage für viele Bauern, die 20 – 100 Hektar Land besitzen, ungewiß. In vielen Branchen der Landwirtschaft gibt es eine Krise, und die Produktion ist gesunken. Der Anbau von Mohn ist verboten. Außerdem ist die Produktion durch den Krieg in 4 Provinzen des Landes enorm gesunken. Es gibt zur Zeit keine Klasse, die zufrieden ist.

Worin besteht die Opposition, wie sieht eure Partei die Opposition und welche Rolle spielt die Partei des Proletariats in ihr?

Zur Opposition: 90% der Bevölkerung sind gegen das Regime, aber ein geringer Prozentsatz bekämpft es. Die Opposition besteht aus linken, nationalen und national-religiösen Kräften. Die Last dieses Kampfes wird hauptsächlich von der Linken getragen, von Mudjahedin, Peykar, der Partei des Proletariats und anderen linken Gruppen. Wir versuchen, die Massen zu mobilisieren, Streiks in den Fabriken zu organisieren und Kämpfe in den Schulen. Die nationalen Kräfte sind vor allem in den Stammesgebieten des Südens und Westens des Landes tätig und haben teilweise die Kontrolle in diesen Gebieten, z.B. in der Provinz Fars oder im Westen. Das Regime konzentriert sich auf die Unterdrückung der linken Kräfte und der Mudjahedin. Es leidet unter einer antikommunistischen Hysterie. Es gibt ca. 10 linke Organisationen neben den Mudjahedin, die in den Städten und auf dem Lande

Produktion durch den Krieg in 4 Provinzen des Landes enorm gesunken. Es gibt zur Zeit keine Klasse, die zufrieden ist.
Worin besteht die Opposition, wie sieht eure Partei die Opposition und welche Rolle spielt die Partei des Proletariats in ihr?
Zur Opposition: 90% der Bevölkerung sind gegen das Regime, aber ein geringer Prozentsatz bekämpft es. Die Opposition besteht aus linken, nationalen und national-religiösen Kräften. Die Last dieses Kampfes wird hauptsächlich von der Linken getragen, von Mudjahedin, Peykar, der Partei des Proletariats und anderen linken Gruppen. Wir versuchen, die Massen zu mobilisieren, Streiks in den Fabriken zu organisieren und Kämpfe in den Schulen. Die nationalen Kräfte sind vor allem in den Stammesgebieten des Südens und Westens des Landes tätig und haben teilweise die Kontrolle in diesen Gebieten, z.B. in der Provinz Fars oder im Westen. Das Regime konzentriert sich auf die Unterdrückung der linken Kräfte und der Mudjahedin. Es leidet unter einer antikommunistischen Hysterie. Es gibt ca. 10 linke Organisationen neben den Mudjahedin, die in den Städten und auf dem Lande

gegen das Regime kämpfen. Die Tudeh-Partei und die Volksfedajin (Mehrheit) unterstützen das Regime und setzen ihre Spitzel überall ein, damit sie die Revolutionäre den Pasdaran anzeigen und ausliefern können.

Unsere Partei ist der Meinung, daß ohne eine Einheitsfront der linken und nationalen Kräfte ein Sieg über die herrschende Reaktion und die Bekämpfung des Einflusses der beiden Supermächte, USA und Sowjetunion, nicht möglich ist. Deshalb verbindet unsere Partei den Kampf gegen das Regime mit der Einheit der linken Kräfte einerseits und der Einheit der Linken mit Mudjahedin und nationalen Kräften andererseits. In bezug auf die Einheit mit den nationalen Kräften haben wir Erfolge erzielt; in manchen Gebieten gibt es Zusammenarbeit und auch gemeinsame Stellungnahmen. In bezug auf die Einheit der Linken gibt es leider noch keinen Erfolg, da Sektierertum in der linken Bewegung und die Sabotage der Tudeh-Partei und der Agenten der Sowjetunion diese Einheit bis jetzt verhindert haben. Wir sind der Meinung, daß ohne solche Einheit und ohne Zusammenarbeit mit den nationalen Kräften der Sturz des Khomeiny-Regimes und die Errichtung einer fortschrittlichen nationalen Regierung nicht möglich sein wird.

Wir sind der Meinung, daß dieses Regime nur durch Gewalt gestürzt werden kann. Deshalb meinen wir, daß die revolutionären Organisationen sich sowohl auf Massenaufstände in den Städten als auch auf den Bürgerkrieg vorbereiten sollten. Auf welche Weise aber das Regime gestürzt wird, ist eine Frage der Zukunft. Zur Zeit ist für uns die Vorbereitung des revolutionären Massenaufstandes sehr wichtig.

Grenzen der Wirtschaftsgemeinschaft

frb. Vergangenes Wochenende haben sich die Finanzminister der EG – auch die Minister der nicht am Europäischen Währungsverbund beteiligten Länder England und Griechenland – auf eine Änderung ihrer Wechselkurse geeinigt. Die Mark und der niederländische Gulden wurden um 5,5% aufgewertet, der französische Franc und die italienische Lira um 3% abgewertet.

Verschiedentlich wird jetzt natürlich wieder behauptet, da hätten die Franzosen wieder eine Quittung für ihr sozialistisches Experiment bekommen. Denn mit der Abwertung sind die französischen Waren fürs Ausland billiger geworden. Auch manche Linke haben Frankreich als treibende Kraft ausgemacht. Die Abwertung stehe sympolisch dafür, daß Frankreich im Gegensatz zu den anderen Ländern des Westens die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit über die Bekämpfung der Inflation stelle.

Wahr aber ist, daß Frankreichs Inflation etwa der westdeutschen schon lange vorauseilt. In einem System fester Wechselkurse, wie es die beteiligten Länder untereinander haben, ist aber eine Änderung der gegenseitigen Kurse bei unterschiedlicher Inflationsrate von Zeit zu Zeit unumgänglich. Wenn in Frankreich die Preise schneller steigen als in der BRD, so kann das Verhältnis der beiden nationalen Währungen zueinander nicht unberührt bleiben. 1974 und 1976 hatte Frankreich die damalige Währungsschlange sogar verlassen müssen, und die jetzige Abwertung war von der französischen Exportindustrie schon unter Giscard gefordert worden. Nun war ein Aufschieben nicht mehr möglich, denn die westdeutschen Exporte wurden auf dem französischen Markt immer billiger und die französischen auf dem westdeutschen Markt immer teurer. Mitterrand hat zugewartet, weil Abwertung höhere Einfuhrpreise und Inflation bringt. Außerdem wollte er noch die ausländischen Sommergäste zum alten Kurs abkassieren.

So ist die Kursanpassung kein Produkt Mitterrands neuer Wirtschaftspolitik. Aber sie zeigt ganz allgemein, daß die wirtschaftlichen Uhren in Westeuropa ungleich wie eh und je gehen.

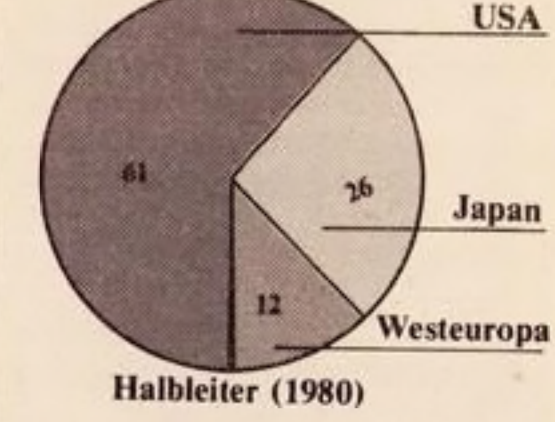
Anteile am Weltexport

1978 in Prozent

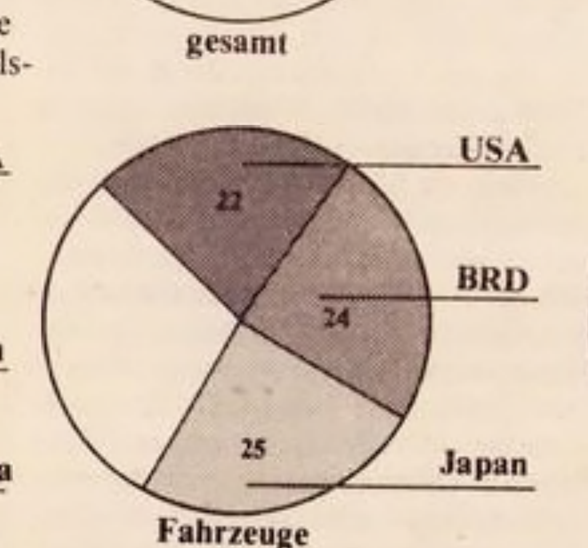
Die Angaben umfassen lediglich den Warenexport, die Auslandsproduktion durch Kapitalexport ist nicht berücksichtigt. Die 42% der weltweiten Auslandsinvestitionen aus den USA kommen, ist der wirkliche Marktanteil der USA in den Handelsstatistiken unterzeichnet.

gesamt: USA 13, BRD 11, Japan 7

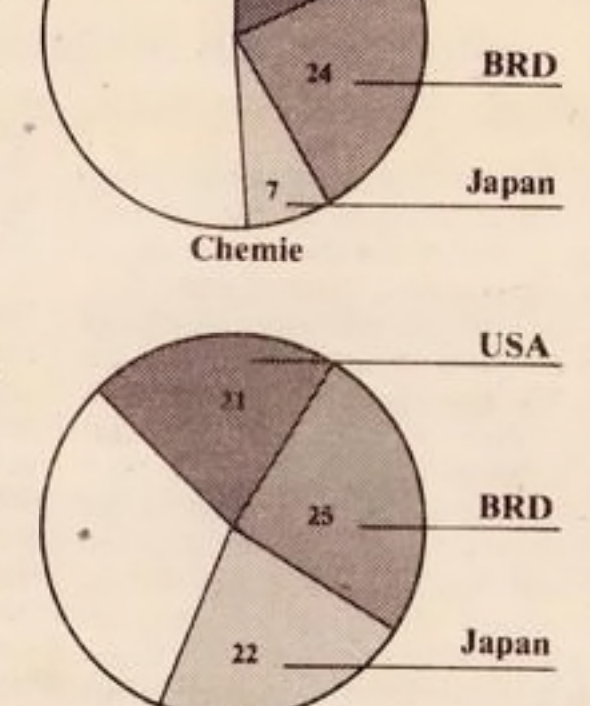
Chemie: USA 18, BRD 24, Japan 7



Halbleiter (1980)



Fahrzeuge



Elektro

Die Woche im Rückblick

Gut durch die Krise gekommen sind die Vergütungen der Top-Manager. Sie haben in diesem Jahr um schöne fette 10,7% gegenüber 1980 zugenommen. Das hat die Hay-Unternehmensberatung in Frankfurt durch Umfrage ermittelt. Die Gehälter im außertariflichen Bereich sind um 6,3% gestiegen, die Grundgehälter im oberen Tarifbereich um 5,1%. Dagegen sind die tariflichen Entgelte für 15,4 Millionen Lohnabhängige – wie das Wirtschaftsinstitut des DGB mitteilt – um durchschnittlich 4,9% gestiegen. Also weit weniger als die Inflationsrate von derzeit 6,6%. – **Die EG hat erheblich zur Steigerung des Handels unter den Mitgliedsländern beigetragen.** 1960 wurde für 16 Mrd. $ zwischen den heutigen neun EG-Staaten gehandelt, während sie 26 Mrd. $ an dritte Länder exportierten. Vergangenes Jahr wurden innerhalb der EG Waren im Wert von 349 Mrd. $ gehandelt. Die Exporte in die übrigen Länder beliefen sich auf 312 Mrd $. – **Westliche Banken und Polens Regierung** haben sich auf die Umschuldung der 1982 und 1983 zur Rückzahlung fälligen Schulden geeinigt. Es ging dabei um mehr als 4 Mrd. $. Zuvor war eine Einigung über die dieses Jahr zur Tilgung fälligen 2,4 Mrd. $ erzielt worden. – **Eine der größten Kupferminen der Welt** in Bougainville in Papua Neu-Guinea wurde von der örtlichen Bevölkerung vergangene Woche zum Stillstand gebracht. Gefordert wird ein höherer Anteil an den Steuereinnahmen für die Provinzregierung (vgl. KVZ 38, S. 9). – **Diesen Freitag will die Bundesregierung** - über die seit langem beabsichtigte Beschleunigung des Genehmigungsverfahrens für Kernkraftwerke beschließen. U.a. soll die Zahl der Teilerrichtungsgenehmigungen reduziert werden. – **Der Sport brauche die Wirtschaft als helfenden Verbündeten mehr denn je,** hat IOC-Mitglied und Krupp-Manager Berthold Beitz nach der Sitzung des IOC in Baden-Baden erklärt. „Dank seiner Ausstrahlung und seiner weltweiten Attraktion" sei der Sport zu „einem bedeutenden Faktor für die Wirtschaft geworden". – **Iran liefert ab 1982 mehr Öl als bisher an Rumänien.** Ein entsprechender Vertrag wurde jetzt unterzeichnet. Rumänien wird damit von sowjetischen Lieferungen unabhängiger, und es stellt im Gegenzug Iran Lokomotiven zur Verfügung. – **Die Arbeiten an der Gasleitung von Algerien nach Europa** gehen jetzt nach dreijähriger Bauzeit dem Ende zu. Algerien verlangt einen neuen Preis von 7$, nachdem früher 5 $ ausgehandelt worden waren. Der italienische Unterhändler von ENI erklärte sich erst nach langem Zögern mit dem neuen Preis einverstanden, obwohl auch alle anderen Produzenten ihre Preise mittlerweile erhöht haben. – **VW wird in Kanada ein weiteres Montagewerk bauen.** Der Konzern will hierfür rund 200 Mio. Mark aufwenden und strebt die Beschäftigung von 500 Arbeitern an. Neben dem Werk in Pennsylvania (USA) und dem im Bau befindlichen in der Nähe von Detroit ist dies der dritte Stützpunkt in Nordamerika. Von seinem 13 Mrd. Mark Investitionsprogramm will VW 3 Mrd. im Ausland ausgeben. – **Auch Irak mußte nun seinen Ölpreis** um 2$ pro barrel senken. Immer wieder hatten Ölexportländer in der letzten Zeit ihre Preise angesichts des überfüllten Marktes senken müssen. Am 10. Dezember werden die OPEC-Minister ihre nächste Preiskonferenz abhalten.

September: Arbeitslosigkeit weiter verschärft

kvz. Die Arbeitslosenzahl ging im vergangenen Monat zwar um 32549 auf jetzt 1,26 Mio. zurück. Dieser Rückgang ist aber unterdurchschnittlich im Vergleich zu den vergangenen Jahren im Monat September und, wie die Bundesanstalt für Arbeit betont, ausschließlich auf das Ende der Ferien zurückzuführen. Die laufende Zunahme der Arbeitslosenzahlen in diesem Jahr kennzeichnet auch die Entwicklung der Vierteljahresdurchschnitte: Im 1. Vierteljahr lag die Arbeitslosenzahl um 30% über der des Vorjahres, im 2. Vierteljahr um 41% und im 3. schon um 48%. Auch die Zahl der Kurzarbeiter steigt mittlerweile wieder und liegt mit 267986 fast doppelt so hoch wie vor einem Jahr. Über ein Viertel der arbeitslos Gemeldeten (27,4%) erhalten nach wie vor weder Arbeitslosengeld noch Arbeitslosenhilfe. Ausländer (+79% gegenüber Vorjahr) und Jugendliche unter 20 Jahren (+69%) haben die größten Zunahmen an Arbeitslosen.

Zwischenstation im Fischereistreit

kvz. Erstmalig ist es in der EG zu einer wenigstens teilweisen Einigung im seit 1978 andauernden Streit über die Fischereipolitik gekommen. Ausgeklammert bleiben die britisch-französischen Differenzen über die Fischerei in den jeweiligen Küstenzonen. Großbritannien wollte bislang keinerlei Abmachungen zustimmen, ehe dieses Problem nicht in seinem Sinne geregelt sei, und hatte damit den Abschluß verschiedener Verträge der EG mit Drittländern verhindert. Ohne diese Verträge aber konnte die westdeutsche Hochseeflotte nicht in ihre fernen Fanggebiete auslaufen. Nunmehr gaben die Agrarminister ihre Zustimmung zu den für die BRD wichtigen Verträgen mit Kanada, Schweden und den Faröer-Inseln. Außerdem wird dem Wunsch Frankreichs entsprochen, in Verhandlungen mit einigen westafrikanischen Staaten zu treten. In allen EG-Ländern steckt die Fischerei in einer Krise und den Fischern geht es schlecht. Hochgespielte nationale Gegensätze und auch die althergebrachte Mißachtung der Hoheitsrechte kleinerer Nationen haben eine Lösung bisher verhindert.

„Reagonomics" sollen international durchgesetzt werden

Jahrestagung von Weltbank und Weltwährungsfonds

Von Jürgen Schwemann

Der Jahrestagung der Weltbank und des Weltwährungsfonds in der vergan-
Wenn in Frankreich die Preise schneller steigen als in der BRD, so kann das Verhältnis der beiden nationalen Währungen zueinander nicht unberührt bleiben. 1974 und 1976 hatte Frankreich die damalige Währungsschlange sogar verlassen müssen, und die jetzige Abwertung war von der französischen Exportindustrie schon unter Giscard gefordert worden. Nun war ein Aufschieben nicht mehr möglich, denn die westdeutschen Exporte wurden auf dem französischen Markt immer billiger und die französischen auf dem westdeutschen Markt immer teurer. Mitterrand hat zugewartet, weil Abwertung höhere Einfuhrpreise und Inflation bringt. Außerdem wollte er noch die ausländischen Sommergäste zum alten Kurs abkassieren.
So ist die Kursanpassung kein Produkt Mitterrands neuer Wirtschaftspolitik. Aber sie zeigt ganz allgemein, daß die wirtschaftlichen Uhren in Westeuropa ungleich wie eh und je gehen.

ren Finanzminister Donald Regan in einem „Hintergrundgespräch" mit Pressevertretern den Inhalt einer „Ge-
mittelt. Die Gehälter im außertariflichen Bereich sind um 6,3% gestiegen, die Grundgehälter im oberen Tarifbereich um 5,1%. Dagegen sind die tariflichen Entgelte für 15,4 Millionen Lohnabhängige – wie das Wirtschaftsinstitut des DGB mitteilt – um durchschnittlich 4,9% gestiegen. Also weit weniger als die Inflationsrate von derzeit 6,6%. – Die EG hat erheblich zur Steigerung des Handels unter den Mitgliedsländern beigetragen. 1960 wurde für 16 Mrd. $ zwischen den heutigen neun EG-Staaten gehandelt, während sie 26 Mrd. $ an dritte Länder exportierten. Vergangenes Jahr wurden innerhalb der EG Waren im Wert von 349 Mrd. $ gehandelt. Die Exporte in die übrigen Länder beliefen sich auf 312 Mrd $. – Westliche Banken und Polens Regierung haben sich auf die Umschuldung der 1982 und 1983 zur Rückzahlung fälligen Schulden geeinigt. Es ging dabei um mehr als 4 Mrd. $. Zuvor war eine Einigung über die dieses Jahr zur Tilgung fälligen 2,4

blicken lassen, daß sie bei einer Auflage der geplanten 8 Mrd. Dollar Schuldverschreibungen der Weltbank Schwie-
den Steuereinnahmen für die Provinzregierung (vgl. KVZ 38, S. 9). – Diesen Freitag will die Bundesregierung - über die seit langem beabsichtigte Beschleunigung des Genehmigungsver-

Die Woche im Rückblick

fahrens für Kernkraftwerke beschließen. U.a. soll die Zahl der Teilerrichtungsgenehmigungen reduziert werden. – Der Sport brauche die Wirtschaft als helfenden Verbündeten mehr denn je, hat IOC-Mitglied und Krupp-Manager Berthold Beitz nach der Sitzung des IOC in Baden-Baden erklärt. „Dank seiner Ausstrahlung und seiner weltweiten Attraktion" sei der Sport zu „einem bedeutenden Faktor für die Wirtschaft geworden". – Iran liefert ab 1982 mehr Öl als bisher an Rumänien. Ein entsprechender Vertrag wurde jetzt unterzeichnet. Rumänien wird

den marktüblichen Zinssätzen und Rückzahlungsbedingungen kommt noch die Aufsicht der Bank über die Projekte, die mit den Darlehen finanziert werden, hinzu, denn es werden nur Gelder für bestimmte Projekte vergeben, die z.B. mindestens eine ökonomische Verzinsung von 10% erwarten lassen. Die Entwicklungsländer sind deshalb gezwungen, darauf zurückzugreifen, weil privaten Kapitalgebern diese Geschäfte zu riskant sind.
dreijähriger Bauzeit dem Ende zu. Algerien verlangt einen neuen Preis von 7$, nachdem früher 5 $ ausgehandelt worden waren. Der italienische Unterhändler von ENI erklärte sich erst nach langem Zögern mit dem neuen Preis einverstanden, obwohl auch alle anderen Produzenten ihre Preise mittlerweile erhöht haben. – VW wird in Kanada ein weiteres Montagewerk bauen. Der Konzern will hierfür rund 200 Mio. Mark aufwenden und strebt die Beschäftigung von 500 Arbeitern an. Neben dem Werk in Pennsylvania (USA) und dem im Bau befindlichen in der Nähe von Detroit ist dies der dritte Stützpunkt in Nordamerika. Von seinem 13 Mrd. Mark Investitionsprogramm will VW 3 Mrd. im Ausland ausgeben. – Auch Irak mußte nun seinen Ölpreis um 2$ pro barrel senken. Immer wieder hatten Ölexportländer in der letzten Zeit ihre Preise angesichts des überfüllten Marktes senken müssen. Am 10. Dezember werden die OPEC-Minister ihre nächste Preiskonferenz abhalten.

haben die USA vor der Tagung einen solchen geplanten Kredit in Höhe von 5,7 Mrd. $ an Indien wegen zu wenig restriktiver Bedingungen.
3. Während alle diese Kredite zu marktüblichen Konditionen vergeben werden, vergibt die Weltbanktochter IDA (International Development Association) Kredite, die nicht verzinst werden, Laufzeiten bis 50 Jahre haben, wovon bis zu 10 Jahre tilgungsfrei
1978 andauernden Streit über die Fischereipolitik gekommen. Ausgeklammert bleiben die britisch-französischen Differenzen über die Fischerei in den jeweiligen Küstenzonen. Großbritannien wollte bislang keinerlei Abmachungen zustimmen, ehe dieses Problem nicht in seinem Sinne geregelt sei, und hatte damit den Abschluß verschiedener Verträge der EG mit Drittländern verhindert. Ohne diese Verträge aber konnte die westdeutsche Hochseeflotte nicht in ihre fernen Fanggebiete auslaufen. Nunmehr gaben die Agrarminister ihre Zustimmung zu den für die BRD wichtigen Verträgen mit Kanada, Schweden und den Faröer-Inseln. Außerdem wird dem Wunsch Frankreichs entsprochen, in Verhandlungen mit einigen westafrikanischen Staaten zu treten. In allen EG-Ländern steckt die Fischerei in einer Krise und den Fischern geht es schlecht. Hochgespielte nationale Gegensätze und auch die althergebrachte Mißachtung der Hoheitsrechte kleinerer Nationen haben eine Lösung bisher verhindert.

„Reagonomics" sollen international durchgesetzt werden

Jahrestagung von Weltbank und Weltwährungsfonds

Von Jürgen Schwemann

Der Jahrestagung der Weltbank und des Weltwährungsfonds in der vergangenen Woche in Washington kam besondere Bedeutung zu, weil hier die neue US-Regierung das erste Mal in diesem Rahmen mit den Forderungen der Entwicklungsländer zur Politik dieser beiden Institutionen direkt konfrontiert wurde. Zudem war es die erste Jahrestagung unter dem neuen Weltbankpräsidenten Clausen, dem ehemaligen Chef der Bank of America, der im Juni Robert S. McNamara abgelöst hat. Das Entscheidende bei diesen Tagungen spielt sich vor der eigentlichen Eröffnung durch den US-Präsidenten Ronald Reagan ab.

Vorher tagen „die großen Fünf", die Finanzminister der USA, Großbritanniens, der BRD, Frankreichs und Japans; dann der Zehnerklub, neben den ebengenannten Italien, Kanada, Niederlande, Belgien, Schweden. Schließlich tagt als entscheidendes Gremium vor der Eröffnung der Versammlung aller Mitgliedsstaaten der Interimsausschuß. Maßgeblicher Einfluß kleinerer Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, ist durch die Stimmenverhältnisse von vorneherein ausgeschlossen: Die Weltbank wird geleitet durch ein Gremium aus 20 Exekutivdirektoren; von den „großen Fünf" wird je einer ernannt, die restlichen fünfzehn werden von den übrigen 127 Mitgliedsstaaten gewählt. Der von den USA ernannte Exekutivdirektor hat dann allein schon 25,33% der Stimmen, die Fünf zusammen 45,94% der Stimmen in diesem Gremium. Auf der Vollversammlung werden die Entscheidungen nur noch vertreten.

Die USA hatten schon vor der Tagung des Interimsausschusses durch ihren Finanzminister Donald Regan in einem „Hintergrundgespräch" mit Pressevertretern den Inhalt einer „Geheimstudie" in die Öffentlichkeit gebracht, mit der die Ausdehnung der neuen amerikanischen Wirtschafts- und Finanzpolitik auf die Beziehung zu den Entwicklungsländern gefordert wird. Im einzelnen heißt das: Die Weltbank soll weniger Kredite vergeben, und die Entwicklungsländer sollen sich direkt an die Banken der Industrieländer wenden, wenn sie Kredite brauchen; insbesondere sollen durch Darlehen der Weltbank weniger Projekte gefördert werden, die unter Regie staatlicher Stellen der Entwicklungsländer durchgeführt werden, und dafür mehr private Unternehmer in den Entwicklungsländern gefördert werden; es sollen weniger zinslose Kredite vergeben werden.

In der Eröffnungsrede wurde das noch einmal von US-Präsident Reagan bekräftigt. Mit seinem Hinweis, Amerika müsse zuerst an sich selbst denken und ein starkes Amerika sei der größte Vorteil für alle Beteiligten, zog er sich den Protest der Entwicklungsländer und einer Reihe kleinerer Industrieländer zu.

Schon vor der Konferenz standen die Positionen fest. Die Entwicklungsländer forderten ab 1982 die Ausgabe von jährlich 12 Mrd. Dollar neuen Sonderziehungsrechten, schnellere Auffüllung der Einzahlungen an die IDA, Ausschöpfung des Kreditrahmens der Weltbank durch Ausgabe neuer Anleihen. Die USA weigerten sich bei der Ausgabe neuer Sonderziehungsrechte über die schon festgelegten 4 Mrd. Dollar für 1982 hinaus mitzuziehen, die Einzahlungen an die IDA hatten sie schon gestoppt, und sie haben durchblicken lassen, daß sie bei einer Auflage der geplanten 8 Mrd. Dollar Schuldverschreibungen der Weltbank Schwierigkeiten machen könnten. Darüberhinaus forderten sie Verschärfung der Kondititonen für „Stand-by-Kredite" des Währungsfonds und generelle Neuordnung der Quoten beim Währungsfonds mit dem Ziel, die Anzahl der Kreditnehmerstaaten einzuschränken.

Das bedeutet im einzelnen:

1. Die *Weltbank* hat ein Stammkapital von jetzt 70 Mrd. Dollar und ist laut Satzung berechtigt, Kredite in dieser Höhe zu vergeben. Von den 70 Mrd., die von den verschiedenen Ländern in unterschiedlicher Höhe gezeichnet werden können, müssen aber nur 7,5% eingezahlt werden. D.h. in Händen der Bank befinden sich nur 5,25 Mrd. Der Rest wird aufgebracht durch die Ausgabe von Schuldverschreibungen auf den Kapitalmärkten der Mitgliedsländer. Will die Weltbank also, wie im kommenden Geschäftsjahr, 8 Mrd. Dollar an Schuldverschreibungen plazieren, so ist sie darauf angewiesen, daß 2–3 Mrd. davon in den USA plaziert werden können, wovon wiederum einen Teil die Zentralbank direkt abnimmt und der andere über Geschäftsbanken abgesetzt wird. Wird das von der US-Regierung blockiert, so hat die Weltbank zwar satzungsmäßig noch einen Teil des Kreditrahmens offen, hat aber nicht das Geld, die Kredite zu vergeben. Neben dem Einfluß über den Stimmenanteil des Exekutivdirektors können so die Aktivitäten der Bank direkt gesteuert werden.

Dabei handelt es sich bei den Krediten der Weltbank nicht um besonders günstige Konditionen, im Gegenteil; zu den marktüblichen Zinssätzen und Rückzahlungsbedingungen kommt noch die Aufsicht der Bank über die Projekte, die mit den Darlehen finanziert werden, hinzu, denn es werden nur Gelder für bestimmte Projekte vergeben, die z.B. mindestens eine ökonomische Verzinsung von 10% erwarten lassen. Die Entwicklungsländer sind deshalb gezwungen, darauf zurückzugreifen, weil privaten Kapitalgebern diese Geschäfte zu riskant sind.

2. Der *Weltwährungsfonds,* in dem Mitglied sein muß, wer Mitglied der Weltbank werden will, vergibt Kredite in der Form der Sonderziehungsrechte. Jedes Mitglied hat einen bestimmten Anteil (Quote) an dem Fonds, davon wiederum muß 25% eingezahlt werden. Als Kredit kann bis zu 200% dieser Quote plus dem Betrag, der tatsächlich eingezahlt ist, in Anspruch genommen werden. Aufgrund der besonderen Konstruktion geht es bei dieser Form des Kredites hauptsächlich darum, sich fremde Währung zu beschaffen, also ein Zahlungsbilanzdefizit bei Mangel an eigenen Devisenreserven auszugleichen. Werden neue Sonderziehungsrechte ausgegeben, wie von den Entwicklungsländern gefordert, so erhöht sich der Kreditspielraum jedes einzelnen Mitglieds. Da die ganze Konstruktion nur funktioniert, wenn die großen Industrieländer entsprechend einzahlen, also auch hohe Quoten haben, sich aber das Stimmrecht nach den Quoten richtet, ist die Kräfteverteilung im Fonds ähnlich wie in der Weltbank.

Bei der zweiten Tätigkeit des Fonds, der Vergabe von „Beistandskrediten", geht es auch um Währungskredite zum Ausgleich einer negativen Zahlungsbilanz. Anders als bei Weltbankkrediten werden damit nicht bestimmte Projekte gefördert, dafür sind die Bedingungen wesentlich rigider, die von einem Konsortium diktiert werden, das gebildet wird aus Vertretern der an der Kreditvergabe beteiligten Länder. So wird dann verlangt, z.B. die Landeswährung abzuwerten. Ins Gerede gebracht haben die USA vor der Tagung einen solchen geplanten Kredit in Höhe von 5,7 Mrd. $ an Indien wegen zu wenig restriktiver Bedingungen.

3. Während alle diese Kredite zu marktüblichen Konditionen vergeben werden, vergibt die Weltbanktochter *IDA (International Development Association)* Kredite, die nicht verzinst werden, Laufzeiten bis 50 Jahre haben, wovon bis zu 10 Jahre tilgungsfrei sind. Da diese Mittel aber wegen der langen Laufzeiten nur sehr langsam zurückfließen und die Kosten nicht gedeckt werden, ist die IDA für die Kreditvergabe auf Einzahlungen der Mitgliedsländer aus Steuermitteln angewiesen. Da diese Einzahlungen gegenwärtig von den USA und anderen Industrieländern verzögert werden, obwohl sie längst beschlossen sind, ist die IDA in die Lage geraten, daß sie mittlerweile ca. 800 Mio. Dollar Kredite zugesagt hat, die sie aber nicht auszahlen kann, weil die Einzahlungen nicht kommen.

Aufgrund der Mehrheitsverhältnisse war es keine Frage, daß die Entwicklungsländer sich bei der Jahrestagung von Weltbank und Weltwährungsfonds nicht würden durchsetzen können. Dennoch haben die USA mit ihrem restriktiven Kurs auch Widerspruch zu kleineren Industrieländern hervorgerufen. Insbesondere der schwedische Notenbankgouverneur Lars Wohlin, der für alle skandinavischen Länder sprach, und der französische Wirtschaftsminister Jacques Delors sprachen ausdrücklich gegen die restriktive Wirtschafts- und Währungspolitik der USA und setzten sich für neue Ausgabe von Sonderziehungsrechten ein. Sogar Bundesfinanzminister Matthöfer sprach sich für mehr Hilfe an die Länder der Dritten Welt bei Unterstützung von deren Unabhängigkeit und Blockfreiheit aus; konkret bedauerte er die zögernde Einzahlung der beschlossenen Gelder für die IDA. In allen Entscheidungen war sich die BRD allerdings vorher mit den USA einig.

Wohnungsbau

Verschleuderte Milliarden

Über 22 Mrd. Mark aus den öffentlichen Haushalten fließen in den Wohnungsbau. Doch das wenigste dient dem Bau von Mietwohnungen. Und jetzt wird auch noch das Wohngeld gekürzt, dafür die Kapitalbildung weiter prämiert.

Die von der Bundesregierung ausgearbeiteten und vom Bundestag kürzlich in erster Lesung verabschiedeten Gesetze zum Wohnungsbau geben Anlaß, die staatliche Förderung des Wohnungsbesitzes etwas genauer unter die Lupe zu nehmen. Über 60% der westdeutschen Haushalte wohnen zur Miete, doch weniger als ¼ der vielfältigen Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln kommen der Förderung von Mietwohnungen zugute oder werden als Wohngeld ausgezahlt. Die anderen ¾ dienen der Förderung der Eigentumsbildung, wobei die Zuschüsse um so höher sind, je höher das Einkommen ist.

Nicht, daß mit der gegenwärtigen Form des *Sozialen Wohnungsbaus* der besitzlosen Mehrheit der Bevölkerung viel gedient wäre. Vielmehr macht das Kostenmietenprinzip den Sozialen Wohnungsbau vor allem zu einer risikolosen Kapitalanlage, denn mit diesem Prinzip wird dem Vermieter die totale Überwälzung seiner „Kosten“ auf den Mieter dauerhaft garantiert. Der Vermieter muß lediglich 15% der Herstellkosten als Eigenkapital aufbringen, um ein ganzes Haus zu bauen, und diesem Eigenkapital wird von Anfang an eine Verzinsung von 4% garantiert. Zins und Tilgung für das aufgenommene Fremdkapital gelten in der Berechnungsverordnung des Sozialen Wohnungsbaus als „Kosten“ und müssen daher vollständig vom Mieter bezahlt werden. Der Wertzuwachs – im Durchschnitt der letzten 20 Jahre mit 6% pro Jahr anzusetzen – kommt trotzdem natürlich ganz dem Eigentümer zugute.

Die öffentlichen Zuschüsse im Sozialen Mietwohnungsbau bestehen im wesentlichen darin, daß ein Teil der Zinskosten übernommen wird. Dadurch kann die Miete unter der „Kostenmiete“ liegen, ohne daß die Verwertung des angelegten Kapitals gestört wird.

Wenn also das Mißverhältnis der Mittelverteilung zwischen Förderung des Mietwohnungsbaus und der Förderung des Wohnungseigentums kritisiert werden muß, so kann daraus nicht einfach die Alternative folgen: mehr Mittel für den Sozialen Wohnungsbau. Ohne ihre Kritik kann aber überhaupt keine Alternative entwickelt werden.

und diesem Eigenkapital wird von Anfang an eine Verzinsung von 4% garantiert. Zins und Tilgung für das aufgenommene Fremdkapital gelten in der Berechnungsverordnung des Sozialen Wohnungsbaus als „Kosten“ und müssen daher vollständig vom Mieter bezahlt werden. Der Wertzuwachs – im Durchschnitt der letzten 20 Jahre mit 6% pro Jahr anzusetzen – kommt trotzdem natürlich ganz dem Eigentümer zugute.

Die öffentlichen Zuschüsse im Sozialen Mietwohnungsbau bestehen im wesentlichen darin, daß ein Teil der Zinskosten übernommen wird. Dadurch kann die Miete unter der „Kostenmiete“ liegen, ohne daß die Verwertung des angelegten Kapitals gestört wird.

Wenn also das Mißverhältnis der Mittelverteilung zwischen Förderung des Mietwohnungsbaus und der Förderung des Wohnungseigentums kritisiert werden muß, so kann daraus nicht einfach die Alternative folgen: mehr Mittel für den Sozialen Wohnungsbau. Ohne ihre Kritik kann aber überhaupt keine Alternative entwickelt werden.

Die *ständige Verschiebung der Mittelvergabe zugunsten der Eigentumsförderung* hat vor allem zweierlei bewirkt. Erstens bedeutet sie eine gewaltige Umverteilung zugunsten der oberen Einkommensklassen. Zweitens hat sie dazu geführt, daß dem Mietwohnungsbau mehr und mehr das Wasser abgegraben wurde. Während die Zahl der neuerstellten Wohnungen in 1- und 2-Familienhäusern seit 20 Jahren um die 200000 pro Jahr schwankt, ist die Zahl der in Mehrfamilienhäusern erstellten Wohnungen von 1973 bis 1980 von 435000 Wohnungen auf 122000 Wohnungen gesunken. Und von diesen 122000 sind ebenfalls knapp die Hälfte Eigentumswohnungen, wovon wiederum 33000 von den Eigentümern weitervermietet wurden. So sind im vergangenen Jahr in Mehrfamilienhäusern lediglich 86000 Wohnungen der Vermietung zugeführt worden.

Dies ist das Ergebnis der Politik der letzten Jahre, und um so schlimmer ist es, daß die Bundesregierung ausgerechnet diesen Weg, der sich als Holzweg bereits erwiesen hat, nun noch deutlicher einschlagen will. Kürzungen beim Wohngeld stehen im Rahmen der „Haushaltssanierung 82“ kräftige Mehrausgaben im Rahmen des §7b und der degressiven Abschreibung im Wohnungsbau gegenüber.

Goldesel §7b

Für die Förderung des Wohneigentums aus öffentlichen Mitteln ist die Steuersubvention entscheidend. Wer bauen kann, zahlt weniger Steuern. Und da besser bauen kann, wer mehr verdient, spart die meisten Steuern, wer viel verdient.

So erlaubt der §7b des Einkommenssteuergesetzes dem Hauseigentümer, für den Zeitraum von acht Jahren jährlich 5% der Baukosten als Werbungskosten von seinen Einkünften abzusetzen. Danach können je 2% abgesetzt werden. Nicht berücksichtigt werden die Kosten für den Boden, der keiner Abnutzung unterliegt. Das Haus muß von seinem Besitzer selbst genutzt werden, und jeder Steuerpflichtige kann die Vergünstigung, die aus dieser Regelung resultiert, nur einmal in seinem Leben in Anspruch nehmen. Verheirateten stehen die Abschreibungsvorteile insgesamt zweimal zu.

Hat also ein Haus 100000 DM gekostet, so können jährlich 5% hiervon, also 5000 DM pro Jahr, von den ansonsten steuerpflichtigen Einkünften abgezogen werden. Mit andern Worten, für dies 5000 DM muß keine Einkommenssteuer gezahlt werden. Beliefen sich die Baukosten auf 150000 DM (die Durchschnittskosten für ein Einfamilienhaus liegen gegenwärtig bei 200000 Mark), so können jährlich 7500 DM als Werbungskosten von den Einkünften abgezogen werden. Und dies 8 Jahre lang.

Die Steuerersparnis ist also eimal abhängig von den Baukosten. Je höher die Baukosten, um so größer der steuerfreie Betrag. Allerdings sieht das Gesetz einen Höchstbetrag für die abschreibungsfähigen Baukosten vor, den *Abschreibungshöchstbetrag*. Er liegt derzeit bei 150000 DM für ein Einfamilienhaus und bei 200000 DM für ein Zweifamilienhaus. Und diese Höchstbeträge will die Bundesregierung rückwirkend zur Jahresmitte um je 50000 DM erhöhen. Für Hausbauer werden damit weitere 2500 DM ihres Einkommens pro Jahr steuerfrei, wenn sie die Höchstgrenze ausnutzen können. Dazu kommt eine neue „Kinderkomponente“.

Wie hoch nun die Steuerersparnis am Ende ist, hängt ab vom Grenzsteuersatz. Für Jahreseinkommen über 130000 DM (bzw. 260000 bei nicht arbeitender Ehefrau) beträgt dieser 56%. Für Einkommen unter rund 20000 DM liegt er bei 22%.

Bleiben nun – bei voller Ausnutzung der neuen Abschreibungshöchstgrenze – 10000 DM im Jahr steuerfrei, so spart der Spitzenverdiener 56% hiervon an Steuern, und das sind 5600 DM oder 467 DM im Monat. Dagegen

dies 8 Jahre lang.

Die Steuerersparnis ist also eimal abhängig von den Baukosten. Je höher die Baukosten, um so größer der steuerfreie Betrag. Allerdings sieht das Gesetz einen Höchstbetrag für die abschreibungsfähigen Baukosten vor, den *Abschreibungshöchstbetrag*. Er liegt derzeit bei 150000 DM für ein Einfamilienhaus und bei 200000 DM für ein Zweifamilienhaus. Und diese Höchstbeträge will die Bundesregierung rückwirkend zur Jahresmitte um je 50000 DM erhöhen. Für Hausbauer werden damit weitere 2500 DM ihres Einkommens pro Jahr steuerfrei, wenn sie die Höchstgrenze ausnutzen können. Dazu kommt eine neue „Kinderkomponente“.

Wie hoch nun die Steuerersparnis am Ende ist, hängt ab vom Grenzsteuersatz. Für Jahreseinkommen über 130000 DM (bzw. 260000 bei nicht arbeitender Ehefrau) beträgt dieser 56%. Für Einkommen unter rund 20000 DM liegt er bei 22%.

Bleiben nun – bei voller Ausnutzung der neuen Abschreibungshöchstgrenze – 10000 DM im Jahr steuerfrei, so spart der Spitzenverdiener 56% hiervon an Steuern, und das sind 5600 DM oder 467 DM im Monat. Dagegen

würde die Steurersparnis bei einem Einkommen, bei dem der Grenzsteuersatz 22% beträgt, lediglich 2200 DM oder 183 DM an Steuern ersparen. Freilich ist letzterer Fall bloß theoretisch, weil bei solchem Einkommen ohnehin kein Hausbau drin ist, aber es wird deutlich, wie stark die *Steuerersparnis mit der Höhe des Einkommens zunimmt*.

Ein weiterer Vorteil kommt zum §7b hinzu durch die sogenannte *Eigenmietenregelung* (§21a EStG). Sie besagt, daß als Mieteinkommen der eigengenutzten Wohnung ein bestimmter Prozentsatz des Einheitswertes der Wohnung – gegenwärtig 1,4% – anzusetzen ist. Diese für die Berechnung der Einkommensteuer angesetzte Mieteinnahme liegt weit unter der Marktmiete. Während der Mieter bekanntlich sein Einkommen voll zu versteuern hat, ehe er seine Miete zahlen kann, erspart die Eigenmietenregelung dem Eigentümer faktisch die volle Versteuerung seines Einkommens. Die Differenz zwischen Marktmiete und angesetzter Eigenmiete ist für ihn ein Freibetrag. Allerdings kann der Hauseigentümer Schuldzinsen nur bis zur maximalen Höhe der pauschalierten Eigenmiete von seinen steuerpflichtigen Einkünften absetzen. Dies ist von Nachteil im Vergleich zu anderen Modellen.

So gilt die Eigenmietenregelung nicht zwangsläufig beim Bau eines Zweifamilienhauses. Dann muß zwar eine marktgerechte Miete als Eigenmiete angesetzt werden, dafür können aber alle Kosten, also auch sämtliche Schuldzinsen, als Werbungskosten abgesetzt werden. Und ein Zweifamilienhaus läßt sich bereits dadurch herstellen, daß 25 m² etwa an die Tochter oder an die Oma vermietet werden.

Lang bekannt ist, daß der §7b kaum die Bautätigkeit anregt, sondern in erster Linie von jenen mitgenommen wird, die ohnehin bauen würden. Daß davon in erster Linie die höheren Einkommensklassen profitieren, ist mehrfach erwiesen. So fließen z.B. 16,3% der §7b-Subventionen an Haushalte mit einem Nettoeinkommen über 4400 DM. Die Ausschüttung erreicht solche Größenordnungen, daß die Steuerprogression dadurch zu einem erheblichen Teil aufgehoben wird.

Goldesel Bauherrenmodell

Das Bauherrenmodell ermöglicht den Bau eines Hauses *praktisch ohne Eigenkapital*. Dieses nämlich wird durch Steuerersparnis aufgebracht, während die Schuldzinsen für das aufgebrachte Fremdkapital durch Mieteinnahmen und teilweise durch weitere Steuerersparnisse aufgebracht werden. Allerdings muß, wer auf diese Weise gänz umsonst zu einem Haus kommen will, schon Großverdiener sein und dem *Spitzensteuersatz* unterliegen. Bei einem mittleren Einkommen jedenfalls lohnt sich die Sache kaum noch so richtig.

Auf drei Säulen ruht das Bauherren-

Lang bekannt ist, daß der §7b kaum die Bautätigkeit anregt, sondern in erster Linie von jenen mitgenommen wird, die ohnehin bauen würden. Daß davon in erster Linie die höheren Einkommensklassen profitieren, ist mehrfach erwiesen. So fließen z.B. 16,3% der §7b-Subventionen an Haushalte mit einem Nettoeinkommen über 4400 DM. Die Ausschüttung erreicht solche Größenordnungen, daß die Steuerprogression dadurch zu einem erheblichen Teil aufgehoben wird.

Goldesel Bauherrenmodell

Das Bauherrenmodell ermöglicht den Bau eines Hauses *praktisch ohne Eigenkapital*. Dieses nämlich wird durch Steuerersparnis aufgebracht, während die Schuldzinsen für das aufgebrachte Fremdkapital durch Mieteinnahmen und teilweise durch weitere Steuerersparnisse aufgebracht werden. Allerdings muß, wer auf diese Weise gänz umsonst zu einem Haus kommen will, schon Großverdiener sein und dem *Spitzensteuersatz* unterliegen. Bei einem mittleren Einkommen jedenfalls lohnt sich die Sache kaum noch so richtig.

Auf drei Säulen ruht das Bauherren-

modell. Erstens auf der Abzugsfähigkeit von Baubetreuungskosten, Treuhandgebühren und bestimmter Kreditbeschaffungskosten als *Werbungskosten* bei der Einkommenssteuer; zweitens auf der *Umsatzsteueroption;* drittens auf der *Grunderwerbssteuerbefreiung*.

Von der *Grunderwerbssteuer befreit* ist der Erwerb eines unbebauten Grundstücks zur Errichtung von steuerbegünstigtem Wohnraum. Der Bauherr, der ja nicht zum Zweck der eigenen Nutzung baut, kommt in den Genuß der Steuerbefreiung, wenn er einer „Bauherrengemeinschaft“ beitritt.

Weitere Vergünstigungen bietet die sogenannte *Umsatz(=Mehrwert)steueroption*. Sie soll allerdings nur noch für Gebäude gelten, die vor dem 31.12. 1983 fertiggestellt werden. 1985 rechnet die Bundesregierung dann mit Steuermehreinnahmen von 600 Mio. DM aus dem Wegfall dieser Subvention, was knapp ⅓ des heutigen Wohngeldes entspricht.

Die „Option“ ergibt sich aus der besonderen Konstruktion der Mehrwertsteuer. Gewöhnlich hat jeder Gewerbetreibende auf die von ihm verkauften Waren 13% Umsatzsteuer aufzuschlagen, um sie ans Finanzamt weiterzuleiten. Im Gegenzug kann er die Mehrwertsteuer, die er mit dem Kauf seiner Vorprodukte, Maschinen usw. seinerseits an seine Lieferanten zu zahlen hatte, als „Vorsteuer“ vom Finanzamt zurückfordern.

Die Ware Wohnung ist von der Umsatzsteuer befreit; das heißt, auf den Mietumsatz muß keine Mehrwertsteuer bezahlt werden. Diese Befreiung be-

Finanzielle Maßnahmen im Wohnungsbau im Rahmen der Haushaltssanierung
Haushaltsmehrbelastung (–); Entlastung (+); in Mio. DM

Maßnahmen	Entsteh.-jahr[1]	1982	1983	1984	1985
1. Erhöhung der degressiven Abschreibung von 3,5 auf 5% in den ersten 8 Jahren ab 30.7.81	–560[2]	–125	–345	–830	–1600
2. Anhebung der Abschreibungsgrenzen nach §7b EStG für Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen von 150000 auf 200000 DM, für Zweifamilienhäuser von 200000 DM auf 250000 DM ab 30.7.1981	–200[3]	–120	–300	–500	–700
3. Einführung einer Kinderkomponente bei Inanspruchnahme des §7b in Form eines Abzugs von der Steuerschuld von jährlich 600 DM pro Kind ab dem 2. Kind ab 30.7.1981	–105[4]	– 10	–105	–210	– 315
4. Ausdehnung der Einfamilienhausbesteuerung auf andere vom Eigentümer voll selbstgenutzte Häuser	+180	+ 75	+235	+460	+ 640
5. Streichung der Umsatzsteueroption ab 1.1.1984	+600	–	–	+450	+ 600
A. Insgesamt Eigentumsförderung	– 95[4]	–184	–525	–654	–1415
B. Wohngeldkürzung	·	+ 82	+164	+156	+ 148

1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit der Rechtsänderung – 2) Steigt in 8 Jahren auf über 4 Mrd. DM – 3) Steigt in 8 Jahren auf rund 1,6 Mrd. DM – 4) Zur Beurteilung beachte Anmerkungen 2 und 3.

Transfersummen in DM je Haushalt nach Einkommensklassen (1975)

	Haushaltseinkommen in DM monatlich					
	0-600	600-1000	1000-1500	1500-1800	1800-2500	2500 u.m.
Absetzung nach §7b	2	13	59	104	122	264
Soz. Wohnungsbau	212	215	217	196	140	71

Quelle: K. Mackscheidt, Effizienz und Effektivität bei Transferleistungen im Wohnungsbau. Diskussionspapier, Augsburg 1980, nach: ifo schnelldienst 22/81

wirkt allerdings auch, daß die dem Bauherrn in Rechnung gestellten Vorsteuern nicht vom Finanzamt zurückerstattet werden. Und dies ist eine ganze Menge, denn der Bauunternehmer

pital vom späteren Mieter zahlen.
Auch die Schuldzinsen sind in diesem Modell vollständig abzugsfähig bei der Ermittlung der Einkommenssteuer, wobei eben die Mieteinnahmen

bei Inanspruchnahme des §7b in Form eines Abzugs von der Steuerschuld von jährlich 600 DM pro Kind ab dem 2. Kind ab 30.7.1981 –105[4] – 10 –105 –210 – 315
4. Ausdehnung der Einfamilienhausbesteuerung auf andere vom Eigentümer voll selbstgenutzte Häuser +180 + 75 +235 +460 + 640
5. Streichung der Umsatzsteueroption ab 1.1.1984 +600 – – +450 + 600
A. Insgesamt Eigentumsförderung – 95[4] –184 –525 –654 –1415
B. Wohngeldkürzung · + 82 +164 +156 + 148
1) In den ersten 12 Monaten voller Wirksamkeit der Rechtsänderung – 2) Steigt in 8 Jahren auf über 4 Mrd. DM – 3) Steigt in 8 Jahren auf rund 1,6 Mrd. DM – 4) Zur Beurteilung beachte Anmerkungen 2 und 3.
Transfersummen in DM je Haushalt nach Einkommensklassen (1975)
Haushaltseinkommen in DM monatlich 0-600 600-1000 1000-1500 1500-1800 1800-2500 2500 u.m.
Absetzung nach §7b 2 13 59 104 122 264
Soz. Wohnungsbau 212 215 217 196 140 71
Quelle: K. Mackscheidt, Effizienz und Effektivität bei Transferleistungen im Wohnungsbau. Diskussionspapier, Augsburg 1980, nach: ifo schnelldienst 22/81

wirkt allerdings auch, daß die dem Bauherrn in Rechnung gestellten Vorsteuern nicht vom Finanzamt zurückerstattet werden. Und dies ist eine ganze Menge, denn der Bauunternehmer hat auf die gesamten Baukosten die Steuer aufgeschlagen. (Im Schnitt sind es 8 – 10% der Gesamtkosten, da nicht auf alles der volle Steuersatz von 13% erhoben wird.)

Nun bietet das Umsatzsteuergesetz eine Wahlmöglichkeit (eine Option), damit dem vermögenden Bauherrn dieser Nachteil erspart bleibt. Er kann nämlich unter Einschaltung eines gewerblichen Zwischenmieters auf die Steuerbefreiuung seines Vermietungsumsatzes verzichten. Er erklärt also einen Teil der verlangten Miete zur Mehrwertsteuer, und schon erstattet ihm das Finanzamt sämtliche ihm von seinem Bauunternehmer in Rechnung gestellten Vorsteuern zurück. Seine Baukosten ermäßigen sich um rund 10%, die Rendite blüht auf.

Doch der größte Brocken kommt erst noch, auch 1984 kann der Bauherr noch lachen. Entscheidend nämlich ist, daß er *einen Teil der Baukosten sofort als Werbungskosten von seinen Einkünften abziehen kann.*. Er kommt dann auf eine Steuerersparnis entsprechend der beim §7b, nur daß hier der Rubel erst richtig rollt.

Werbungskosten sind einmal Kosten, die bei der üblichen Kreditauszahlung entstehen. Die Banken nämlich zahlen gewöhnlich nicht den vollen Kreditbetrag aus, sondern nur z.B. 95%. Das Finanzamt hat Nachsicht und gesteht dem Bauherrn einen Steuerfreibetrag in Höhe dessen zu, was ihm die Bank verweigert.

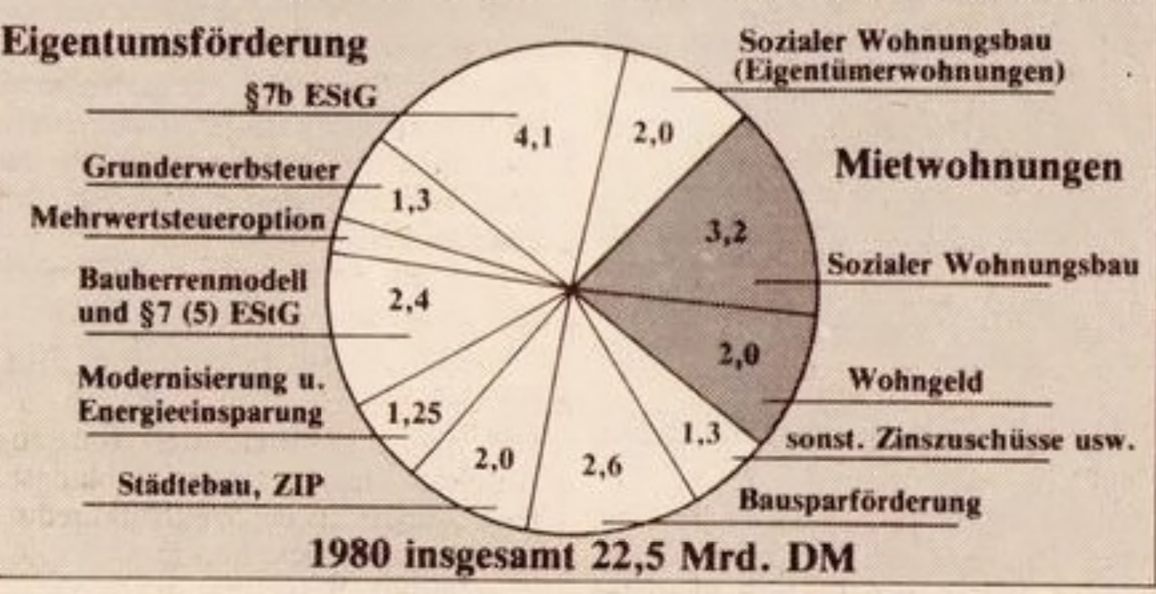
Zweitens sind Werbungskosten Baubetreuungs- und Treuhandkosten. Dazu schließt der Rendite suchende Großverdiener einen Vertrag mit einer Betreuungsfirma, die sich auf solche Geschäfte spezialisiert hat, ihm den ganzen Ärger eines Bauherrn abnimmt und dafür die nötigen Kosten produziert. Daß dadurch die Gesamtkosten des Bauwerks aufgebläht werden, stört wenig, mindern doch diese aufgeblähten Kosten das zu versteuernde Einkommen. Trotz einiger Bereinigungen in einem neuen „Bauherrenerlaß“ rechnen einschlägige Geschäftemacher nach wie vor mit der Möglichkeit, 25 bis 30% der Gesamtkosten eines Bauwerks als Werbungskosten steuerlich geltend zu machen. Bei einem Projekt von z.B. 300000 Mark können so 75000 bis 90000 Mark als steuerfreie Werbungskosten von den Einkünften abgezogen werden. Und ist der Mensch, der hier baut, richtig reich, so verschafft ihm das eine Steuererparnis von um die 50000 Mark. Und eben diese Ersparnis reicht aus, das notwendige Eigenkapital für den 300000 Mark-Bau aufzubringen. Mit anderen Worten, er selbst zahlt nichts und läßt sich die Bank-Zinsen für das geliehene Kapital vom späteren Mieter zahlen.

Auch die Schuldzinsen sind in diesem Modell vollständig abzugsfähig bei der Ermittlung der Einkommenssteuer, wobei eben die Mieteinnahmen wie gewöhnliche Einkünfte zu versteuern sind.

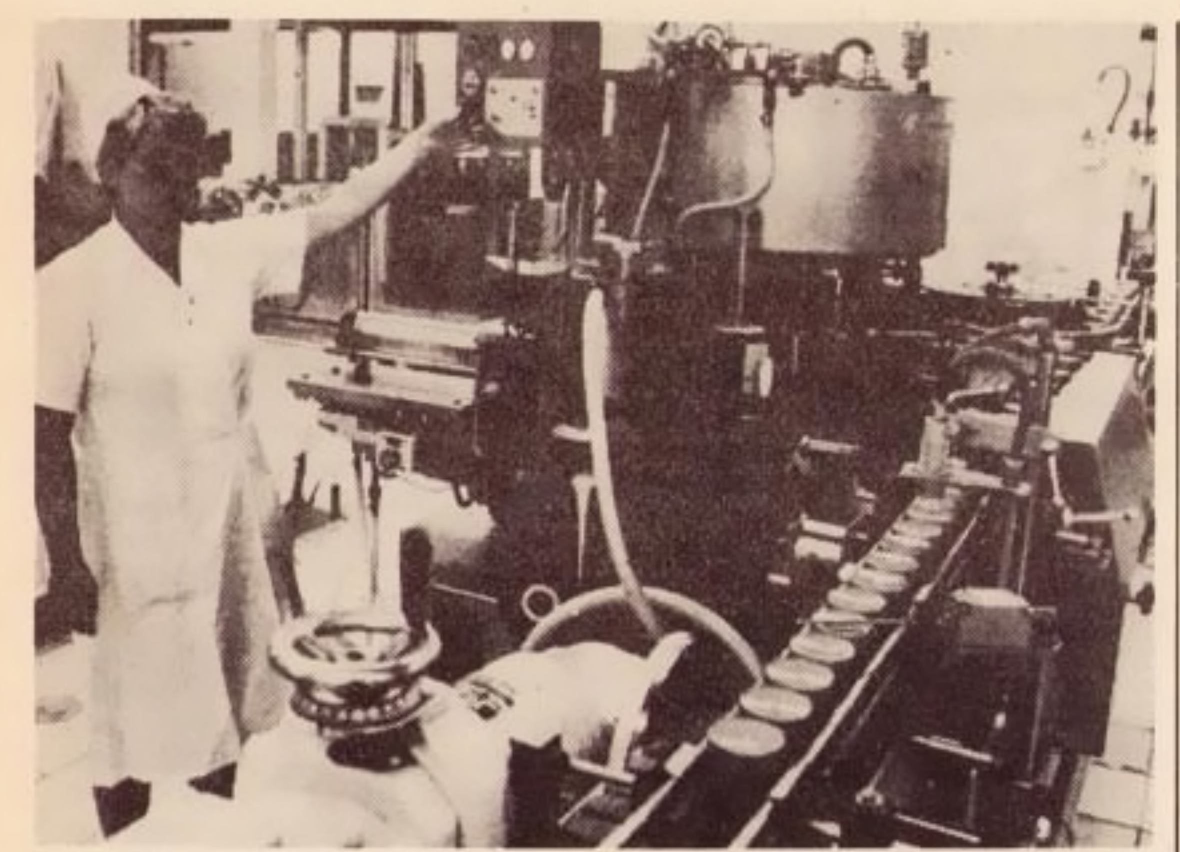
Schließlich, nicht zu vergessen sind auch hier die *degressiven Abschreibungen*, wie sie ohnehin für alle Bauten zugestanden werden. 3,5% der Baukosten können bislang jährlich abgeschrieben werden, Wirkung wie beim §7b. Künftig nun sollen acht Jahre lang jeweils 5% der Baukosten abgeschrieben werden können. Danach wird mit jährlich 2% abgeschrieben. Eine Maßnahme, mit der SPD und FDP den Beschlüssen des letzten CDU-Parteitages folgen. In acht Jahren werden daraus weitere 4 Mrd. DM Steuersubvention, wobei allerdings Wirtschaftsbauten eingeschlossen sind.

Der falsche Weg

Die zunehmende Konzentration der öffentlichen Mittel auf die Förderung des Eigentums im Wohnungsbau hat in die Sackgasse geführt. Zu einem großen Teil wurde lediglich das Vermögen der Vermögenden fetter. Die Leidtragenden sind die zur Miete Wohnenden, was die Mehrzahl ist, und am Ende auch jene, die sich ihr eigenes Häuschen durch Überstunden erschuftet haben und dabei auch etwas von der „Eigentumsförderung“ abbekommen haben. Die Tatsache, daß der „freifinanziert Wohnungsbau“ überhaupt nur deshalb funktioniert, weil Zig Milliarden aus den öffentlichen Haushalten zugesteckt werden, beweist, daß die „marktwirtschaftliche Lösung“ reine Heuchelei ist. Neue Wege müssen eingeschlagen werden, und dazu gehört auf jeden Fall die völlige Streichung der §7b-, Grunderwerbssteuer- und die Bauherrensubvention.



Quelle: DIW-Wochenbericht 50/80, zusätzlich wurde die Aufteilung des Sozialen Wohnungsbaus geschätzt aufgrund der Bewilligungen. Für die Ausgaben im Rahmen des Bauherrenmodells kann nur eine grobe Schätzung angegeben werden, da darüber so gut wie keine statistischen Angaben existieren. Eine Untersuchung des Roland Berger Forschungs-Instituts spricht von rund 20000 Neubauten für 6 Mrd. DM 1980. Die Angaben für die Mehrwertsteuer-Option beruhen auf Angaben der Bundesregierung anläßlich deren Abschaffung.



„Dies alles geschieht im Eiltempo – 200 Gläser sausen in der Minute an ihr vorbei. Und die Maschine läuft und läuft und läuft." Die Frauen an den Honig-Bandstraßen des Diaona-Abfüllbetriebs in Bargteheide arbeiten wegen des besonderen Stresses im Job-Rotations-System. Nach vorausgegangener Klage gegen die Einstufung in „leichte Arbeit" haben sie jetzt in einem Tarifvertrag die Eingruppierung in „Tätigkeiten schwieriger Art" erreicht und bekommen bis zu 1,50 DM mehr pro Stunde.

Erste Lohnforderungen des niederländischen Gewerkschaftsbundes FNV

rof. Der Angestelltenbund des FNV will in die Lohnverhandlungen für 1982 mit der Forderung 2% mehr als die gesetzlich festgelegte Preissteigerungskompensation gehen. Die Lohnforderung soll den ersten Platz einnehmen, vor Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die 2% mehr als der Preisausgleich werden begründet mit der zu erwartenden Produktivitätssteigerung. Der Vorstand des FNV wird in den nächsten Tagen seine Vorschläge den Mitgliedern zur Diskussion vorlegen. Auf dem gerade abgeschlossenen Fusionsgewerkschaftstag wurde die Diskussion darüber, ob erneut zentral eine Forderung aufgestellt wird, oder ob die einzelnen Gewerkschaftsbünde dezentral ihre Forderungen festlegen, nicht zu einem abschließenden Ergebnis gebracht.

Die Gewerkschaftsfusion von NVV und NKV zum einheitlichen Gewerkschaftsbund FNV ist der erfolgreiche Abschluß einer sechsjährigen Zusammenarbeit und von erheblicher Bedeutung für die niederländische Arbeiterbewegung. Bis auf den Christlichen Niederländischen Gewerkschaftsverband CNV und den katholischen Bund für leitende Angestellte vereinigt der FNV die niederländischen Gewerkschaftsbünde unter einer Organisation und umfaßt jetzt ca. 1 Million Mitglieder. Erstmalig wurde ein Frauenbund in die Gewerkschaft aufgenommen, der die Belange der Hausfrauen und heimarbeitenden Frauen vertritt und 12000 Mitglieder zählt.

Der FNV-Vorsitzende Wim Kok machte dem anwesenden neuen Arbeitsminister den Uyl deutlich, welche Haltung die Gewerkschaften gegenüber der neuen Regierung haben. Die angekündigte Politik zur Schaffung neuer Arbeitsplätze müsse deutliche und konkrete Vorschläge enthalten, „mit einem Blankoscheck der Gewerkschaften solle er nicht rechnen". Unter großem Beifall wurden den Uyl's Pläne zur Einführung von unbezahlten Karenztagen im Krankheitsfall angegriffen, ein Abbau der Krankenversicherung wird durch den FNV nicht hingenommen. Die neue Regierung, das zweite Kabinett van Agt (CDA) unter Mitarbeit der Partei der Arbeit (PvdA) und der Demokraten '66 gebildet, wird am 13. Oktober seine Regierungserklärung abgeben.

Am Samstag machten in Amsterdam einige Tausende deutlich, was sie fordern. „Ein neuer Anfang ist notwendig, für Arbeit, soziale Sicherheit und Lebensstandard" war das Leitmotto einer Demonstration und Kundgebung, zu der Gewerkschaften, Parteien und Vertretungsorganisationen von Rentnern, Beamten und Studenten, Komitees gegen die Gaspreiserhöhung und viele andere Initiativen aufgerufen hatten.

In dem Aufruf heißt es:

„Jahrelang ist auf sozial-ökonomischem Gebiet als höchste Weisheit gepriesen worden, daß mit Einsparungen und Lohnsenkung den Problemen entgegengetreten werden könne. Damit sollte unter anderem die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Aber wie sah das aus? Die Niederlande sind auf dem Weg nach einer halben Million Arbeitslosen. Nicht einmal nach dem Krieg war die Zukunft für die Jugend, die Alten, für Frauen und für Minderheiten so aussichtslos. Derweil die Einkommen für viele faktisch fallen, steigen die Preise, Tarife und vor allem die Mieten noch stets stärker. Ein anderer Anfang ist notwendig. Darüber gibt es viele Ideen. Ideen für tagtägliche Krisenbekämpfung, ausgehend von einer Wende, die national zu beeinflussen ist, gegen Kräfte, die die Krisis verursachen, von der Steuerung von Kapitalströmen in eine Richtung, die dem Volk dient. Ideen von Demokratisierung sowohl in den staatlichen Betrieben als im privaten Betriebsleben, von mehr Bestimmung und von Verteidigung genommener Rechte, als Bedingung für eine rechtmäßige Einkommensverteilung. Auch die Belange der Völker der Dritten Welt werden durch die heutige ökonomische Politik geschädigt ..."

Angeschlossen hatten sich den Demonstrationen auch die Studenten von Hochschulen und Universitäten, die gegen die Einführung eines Kolleggeldes von 650 Gulden bzw. 750 Gulden (Universitätsstudenten) kämpfen, das die alte Regierung beschlossen hatte und das von der neuen Regierung übernommen wird.

Auf der abschließenden Kundgebung berichtete der Sekretär des Ford-Betriebsrates, daß sich die Belegschaft in ihrem Kampf gegen die drohende Schließung auch durch die Drohungen des Ford-Vizepräsidenten McDougall: „kein niederländisches Gericht oder Gesetz kann uns zwingen, Geld zu bezahlen" nicht einschüchtern ließe. Ab dem 30. November soll Ford-Amsterdam kein Geld mehr erhalten und so der Konkurs erzwungen werden. „Wenn es nach Ford ginge, säßen wir seit drei Tagen auf dem Arbeitsamt, wir werden um den Betrieb weiter kämpfen", schloß er unter Beifall.



und umfaßt jetzt ca. 1 Million Mitglieder. Erstmalig wurde ein Frauenbund in die Gewerkschaft aufgenommen, der die Belange der Hausfrauen und heimarbeitenden Frauen vertritt und 12000 Mitglieder zählt.

Der FNV-Vorsitzende Wim Kok machte dem anwesenden neuen Arbeitsminister den Uyl deutlich, welche Haltung die Gewerkschaften gegen-

gegengetreten werden könne. Damit sollte unter anderem die Arbeitslosigkeit bekämpft werden. Aber wie sah das aus? Die Niederlande sind auf dem Weg nach einer halben Million Arbeitslosen. Nicht einmal nach dem Krieg war die Zukunft für die Jugend, die Alten, für Frauen und für Minderheiten so aussichtslos. Derweil die Einkommen für viele faktisch fallen, stei-

„kein niederländisches Gericht oder Gesetz kann uns zwingen, Geld zu bezahlen" nicht einschüchtern ließe. Ab dem 30. November soll Ford-Amsterdam kein Geld mehr erhalten und so der Konkurs erzwungen werden. „Wenn es nach Ford ginge, säßen wir seit drei Tagen auf dem Arbeitsamt, wir werden um den Betrieb weiter kämpfen", schloß er unter Beifall.



Abschlußdemonstration in Arnhem für die Aktionswoche „Dodewaard gat dicht". Die Schließung des Kernkraftwerkes wurde verlangt, sowie gegen das Auftreten der Mobilen Einheit bei den Blockadeaktionen zu Beginn der Aktionswoche demonstriert. An der Demonstration nahmen über 50000 teil.

„Gewerkschafter entrüstet Euch!"

mid. Der diesjährige Jugendtag der IG Metall in Stuttgart, veranstaltet von den IG Metall-Verwaltungsstellen des Bezirks Stuttgart in Zusammenarbeit mit DGB-Gewerkschaften stand unter dem Motto: „Wir kämpfen für unsere Zukunft – Wir kämpfen für Frieden." Ca. 3000 Jugendliche nahmen daran teil. Beherrschend war dabei die Diskussion über den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, die Demonstration am 10.10. in Bonn nicht zu unterstützen. Hunderte von Jugendlichen trugen sich in Unterschriftenlisten ein, die den DGB-Bundesvorstand auffordern seinen Beschluß zu widerrufen. Eine Erklärung von 39 Betriebsräten, Jugendvertretern, Vertrauensleuten und anderen Gewerkschaftsmitgliedern wurde verteilt in der es heißt: „Gewerkschafter entrüstet Euch! Am 10.10. zur Friedensdemonstration nach Bonn ... Wir bemühen uns im Rahmen der DGB-Aktion ‚Frieden durch Abrüstung' um eine möglichst breite Unterstützung der Aktivitäten und der Unterschriftensammlung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften in den Betrieben. Deshalb ist es für uns klar, daß wir an dieser Demonstration teilnehmen und dafür mobilisieren." Der DGB-Landesvorsitzende Zimmermann wurde während seiner Ansprache mehrfach durch die massiv vorgetragene Parole „Auf nach Bonn" unterbrochen.

Manteltarifvertrag gekündigt und Forderungen beraten

kvz. Die zentrale Tarifkommission und der Tarifausschuß Angestellte der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbei-

Zukunft – Wir kämpfen für Frieden." Ca. 3000 Jugendliche nahmen daran teil. Beherrschend war dabei die Diskussion über den Beschluß des DGB-Bundesvorstandes, die Demonstration am 10.10. in Bonn nicht zu unterstützen. Hunderte von Jugendlichen trugen sich in Unterschriftenlisten ein, die den DGB-Bundesvorstand auffordern seinen Beschluß zu widerrufen. Eine Erklärung von 39 Betriebsräten, Jugendvertretern, Vertrauensleuten und anderen Gewerkschaftsmitgliedern wurde verteilt in der es heißt: „Gewerkschafter entrüstet Euch! Am 10.10. zur Friedensdemonstration nach Bonn ... Wir bemühen uns im Rahmen der DGB-Aktion ‚Frieden durch Abrüstung' um eine möglichst breite Unterstützung der Aktivitäten und der Unterschriftensammlung des DGB und seiner Einzelgewerkschaften in den Betrieben. Deshalb ist es für uns klar, daß wir an dieser Demonstration teilnehmen und dafür mobilisieren." Der DGB-Landesvorsitzende Zimmermann wurde während seiner Ansprache mehrfach durch die massiv vorgetragene Parole „Auf nach Bonn" unterbrochen.

Manteltarifvertrag gekündigt und Forderungen beraten

kvz. Die zentrale Tarifkommission und der Tarifausschuß Angestellte der Papier, Pappe und Kunststoffe verarbei-tenden Industrie hat die pünktliche Kündigung des Manteltarifvertrages für den gewerblichen Bereich zum 31.12.81 beschlossen. Den Landesbezirken wird empfohlen zu kündigen und ihre Tarifhoheit auf den Hauptvorstand zu übertragen, um einen zentralen Manteltarifvertrag auch für die Angestellten verhandeln und abschließen zu können. Die Forderungen enthalten u.a. folgende Schwerpunkte: – arbeitsverkürzende Maßnahmen mit dem Vorrang der Verkürzung der Wochenarbeitszeit – 6 Wochen Jahresurlaub für alle – zusätzliches Urlaubsgeld in Höhe von 50% des Urlaubsentgelts – Teilzeitarbeit mit weniger als 20 Stunden in der Woche und Leiharbeit sollen nicht mehr zulässig sein – Neuregelung der Zuschläge für Mehr-, Sonntags- und Feiertagsarbeit mit der Maßgabe, daß diese vorrangig in bezahlter Freizeit abgegolten werden.

Ergebnisse der Gewerkschaftstags Holz- und Kunststoff

kvz. Am Sonntag, den 4.10. wurde in Lübeck/Travemünde der 11. ordentliche Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Holz und Kunststoff vor 156 Delegierten und zahlreichen Gästen aus dem In- und Ausland eröffnet. Im Mittelpunkt der Eröffnungsreden stand die Kritik an den Sparplänen der Bundesregierung und die wachsende Kriegsgefahr. Kurt Georgi, der am 6.10. ausgeschiedene 1. Vorsitzende der GHK kritisierte, daß die Rüstung keinem einzigen Menschen mehr Sicherheit gebracht habe. Daß die militärische Sicherheit auf Kosten der sozialen Sicherheit finanziert werde, und warf die Frage auf: „Muß sich nicht derjenige, der soziale Sicherheit gegen die militärische austauschen will, fragen lassen, bei welchem Stand der Dinge er diesen Verschiebebahnhof überhaupt noch für verteidigenswert hält?" Er betonte, daß von der GHK ein Abbau der erkämpften sozialen Leistungen nicht hingenommen werde. Der DGB-Vorsitzende Vetter rief zur Unterstützung des DGB-Friedensaufrufes auf und betonte, daß die Kriegsgefahr von beiden Großmächten ausgehe. In der Tarifpolitik dürften sich die Gewerkschaften nicht beirren lassen. „Nicht die Senkung, sondern die Erhöhung der Realeinkommen der Arbeitnehmer ist das Gebot der Stunde," und „es geht darum, den bereits eingeschlagenen Weg zur Verkürzung der Arbeitszeit konsequent fortzusetzen. Hierdurch kann ein wirksamer Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Lebensqualität geleistet werden." Abraham Buys, Präsident des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter, betonte die Wichtigkeit von freien Gewerkschaften und deren Aufbau auch in Ländern der Dritten Welt. Infolge der Wirtschaftskrise versuchten Unternehmer und Regierungen überall in der Welt, die Gewerkschaften zu knebeln. Er rief zum Kampf auf, zur Beseitigung von Hunger, Ausbeutung und Krieg, für eine neue Wirtschaftsordnung. Dr. Henning Schwarz, CDU-Minister in Schleswig/Holstein, wurde von den Delegierten ausgebuht, als er Lohnzurückhaltung forderte, bessere Rahmenbedingungen für das Kapital und gegen Arbeitszeitverkürzung auftrat. Die Wahl des Hauptvorstandes am Dienstag stand unter der Fragestellung, soll die GHK eine fortschrittliche Gewerkschaft bleiben oder wird sie sich viel-

DGB-Vorsitzende Vetter rief zur Unterstützung des DGB-Friedensaufrufes auf und betonte, daß die Kriegsgefahr von beiden Großmächten ausgehe. In der Tarifpolitik dürften sich die Gewerkschaften nicht beirren lassen. „Nicht die Senkung, sondern die Erhöhung der Realeinkommen der Arbeitnehmer ist das Gebot der Stunde," und „es geht darum, den bereits eingeschlagenen Weg zur Verkürzung der Arbeitszeit konsequent fortzusetzen. Hierdurch kann ein wirksamer Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der Lebensqualität geleistet werden." Abraham Buys, Präsident des Internationalen Bundes der Bau- und Holzarbeiter, betonte die Wichtigkeit von freien Gewerkschaften und deren Aufbau auch in Ländern der Dritten Welt. Infolge der Wirtschaftskrise versuchten Unternehmer und Regierungen überall in der Welt, die Gewerkschaften zu knebeln. Er rief zum Kampf auf, zur Beseitigung von Hunger, Ausbeutung und Krieg, für eine neue Wirtschaftsordnung. Dr. Henning Schwarz, CDU-Minister in Schleswig/Holstein, wurde von den Delegierten ausgebuht, als er Lohnzurückhaltung forderte, bessere Rahmenbedingungen für das Kapital und gegen Arbeitszeitverkürzung auftrat. Die Wahl des Hauptvorstandes am Dienstag stand unter der Fragestellung, soll die GHK eine fortschrittliche Gewerkschaft bleiben oder wird sie sich viel-leicht zu einer Kanzler-Gewerkschaft entwickeln? Kurt Georgi kandidierte aus Altersgründen nicht mehr. Mit Peter Riemer, dem Redakteur der Holzarbeiterzeitung, wurde von Delegierten ein Kandidat für den Hauptvorstand vorgeschlagen, der die kritische Haltung der GHK auch gegenüber der SPD-Politik fortführen wird. Der Beirat hatte den Bezirksleiter aus Niedersachsen zur Wahl vorgeschlagen. Peter Riemer wurde mit 85 gegen 71 Stimmen in den Hauptvorstand gewählt. Ein Initiativantrag zur Unterstützung der Friedensdemonstration am 10.10. in Bonn und zur Unterstützung des Redners Georg Benz hat bereits die notwendigen Unterschriften.

Kurzmeldungen:

Zu einem landesweiten Generalstreik in allen British-Leyland-Betrieben haben Gewerkschaftsvertreter aufgerufen. Dies betrifft rund 58000 Beschäftigte. Die Gewerkschaft hatte in den Lohn- und Gehaltstarifverhandlungen ein Angebot von 3,8% Gehaltserhöhung abgelehnt.

Der Streik der Arbeiter in den Kupferberwerken Perus ist erfolgreich beendet worden. Die Wiedereinstellung von 108 entlassenen Bergarbeitern konnte durchgesetzt werden.

Der Betriebsrat von Philips (Werk Stadskanaal) hat die Gespräche mit der Geschäftsleitung abgebrochen. Philips wollte die Zahl der Entlassungen von 290 auf 220 zurückschrauben. Der Betriebsrat tritt gegen die Sanierung des Werkes auf. Unterstützung geben der FNV und die Christliche Gewerkschaft CNV.

„Dafür gibt sich die Gewerkschaft ÖTV nicht her"

Lohnkürzungen bei PanAm von ÖTV und Belegschaft zurückgewiesen

Die amerikanische Fluggesellschaft PanAm hat ihre Angestellten in einem Brief aufgefordert, eine freiwillige Lohnkürzung von 10% hinzunehmen sowie auf das 13. Monatsgehalt, das Urlaubsgeld und eine Gehaltserhöhung für 1982 zu verzichten. Dieser ungewöhliche Schritt wäre notwendig, da die Gewerkschaft ÖTV sich geweigert habe, einen tarifpolitischen Beitrag zur Erhaltung der Arbeitplätze zu leisten. Die rund 1500 Angestellten haben dankend abgelehnt.

Die ÖTV erklärt dazu, daß selbst wenn sie bereit gewesen wäre, dem Wunsch nach Gehaltskürzung nachzukommen, hätte das die Arbeitsplätze nicht gesichert. PanAm habe es abgelehnt, eine Zusage über sichere Arbeitsplätze zu geben. Außerdem könne erst, wenn das Problem der Überkapazität im amerikanischen Luftverkehrsmarkt geklärt ist, auch wieder Sicherheit bei den Beschäftigten einkehren. Die Ursache der Misere würde durch Gehaltskürzungen nicht beseitigt. Mit PanAm konkurrierende Luftverkehrsgesellschaften wären geradezu eingeladen, gleichfalls Forderungen auf Gehaltsverzicht zu stellen. Ergebnis wäre, die Arbeitsbedingungen verschlechtern sich, ohne daß sich an der Lage der einzelnen Unternehmen grundsätzlich etwas änderte.

Verurteilt wird von der ÖTV auch das Vorgehen der Fluggesellschaft, sich direkt an die Belegschaft zu wenden und durch Verbreitung von Unwahrheiten Druck auszuüben. Ursprünglich hieß es, der Gehaltsverzicht sei Voraussetzung dafür einen Bankkredit in Höhe von 200 Mio $ zu erhalten. Tatsächlich betraf diese Bedingung nur die amerikanischen Gewerkschaften und nicht die ÖTV. PanAm hat versucht, die Situation auszunutzen, um auch hier in der BRD die Gehälter zu kürzen.

Die ÖTV weist ausdrücklich darauf hin, daß laut Tarifvertragsgesetz ein Verzicht auf entstandene tarifliche Rechte nur in einem von den Tarifvertragsparteien gebilligten Vergleich zulässig ist. Diese gesetzliche Schutzvorschrift soll verhindern, daß der einzelne Beschäftigte unter Druck gesetzt werden kann, vom Tarifvertrag abweichende Einzelvereinbarungen zu treffen. Der einzelne tarifgebundene Beschäftigte kann deshalb auf Tarifansprüche gar nicht verzichten. Das gleiche gilt auch für die allgemeinen Arbeitsbedingungen, auf tarifvertraglich festgelegte Flugzeiten, Arbeitszeiten oder Flugdienstzeiten kann nicht verzichtet werden. So war der Brief der PanAm an die Belegschaft mit der Aufforderung auf freiwilligen Verzicht von vorneherein gegen die gesetzlichen Schutzfestlegungen. Der Versuch, die Belegschaft gegen die ÖTV auszuspielen, ist auch fehlgeschlagen. Viele bisher nicht organisierte traten der ÖTV bei.

„Angesichts der Preissteigerungen dieses Jahres muß die Sicherung des Reallohnes unbedingt Priorität haben“

So die drei Großen Tarifkommissionen der IG Metall Baden-Württembergs auf ihrer Sitzung am 29. September in Esslingen. Erst wenn der Reallohn gesichert sei, könne danach die Frage einer tarifvertraglichen Herabsetzung des Rentenalters angegangen werden. Am 12./13. Oktober wird der IG Metall-Vorstand erneut über den Kurs der Tarifbewegung 1981/82 beraten. Im folgenden ein Interview mit einem Betriebsrat der IG Metall in Baden-Württemberg, das wir einige Tage nach der Tarifkommissionssitzung führten.

KVZ: Der IG Metall-Vorstand hat auf der jüngsten Klausur-Tagung erste Punkte für die nächsten Tarifkämpfe beschlossen. Eine Lohnpause käme nicht in Frage, und es soll zum nächstmöglichen Termin eine Verringerung des Rentenalters auf 60 Jahre per Tarifvertrag durchgesetzt werden. Nach den ersten Debatten in den Betrieben und der Gewerkschaft: Wie sind diese Zielsetzungen, die ja in den Gewerkschaften nach dem Willen des Vorstands intensiv debattiert werden sollen, einzuschätzen?

Antwort: Möchte einen Punkt eurer Fragestellung korrigieren: Nach Darstellung und Information durch unsere Tarifkommissionsmitglieder hat der Vorstand auf seiner jüngsten Klausurtagung abschließend noch keine Forderung für die Tarifrunde beschlossen. Beschlüsse sollen erst am 12. Oktober, an dem die nächste Vorstandssitzung stattfindet, gefaßt werden. Allerdings lassen die von Loderer und Janßen gegenüber der Presse am 23. September gemachten Äußerungen den Schluß zu, daß die Mehrheit des IG Metall-Vorstands neben Lohn- und Gehaltsforderungen die Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre verlangen will.

Dies wäre auch schon der erste Kritikpunkt, denn was soll das ganze Schauspiel von wegen breiter Debatte in der Mitgliedschaft, wenn der IG Metall-Vorstand abschließend formulierte Stellungnahmen zum Inhalt der nächsten Tarifbewegung abgibt?

Zur Forderung nach Senkung des Rentenalters per Tarifvertrag ist festzustellen, daß sie in den Betrieben spontan auf großen Widerhall stößt, und zwar nicht nur bei den älteren Kollegen, sondern auch bei den jüngeren. Und diese spontane Zustimmung kommt ja nicht von ungefähr, sondern beruht darauf, daß erstens die Metaller sich davon versprechen, daß über diesen Weg die Zahl der Arbeitslosen gesenkt werden kann. Zweitens haben die älteren Kolleginnen und Kollegen ein unmittelbar persönliches Interesse daran, sobald als möglich aus dem ihre Gesundheit ruinierenden Arbeitsprozeß auszuscheiden. Und drittens hat

stattfindet, gefaßt werden. Allerdings lassen die von Loderer und Janßen gegenüber der Presse am 23. September gemachten Äußerungen den Schluß zu, daß die Mehrheit des IG Metall-Vorstands neben Lohn- und Gehaltsforderungen die Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre verlangen will.

Dies wäre auch schon der erste Kritikpunkt, denn was soll das ganze Schauspiel von wegen breiter Debatte in der Mitgliedschaft, wenn der IG Metall-Vorstand abschließend formulierte Stellungnahmen zum Inhalt der nächsten Tarifbewegung abgibt?

Zur Forderung nach Senkung des Rentenalters per Tarifvertrag ist festzustellen, daß sie in den Betrieben spontan auf großen Widerhall stößt, und zwar nicht nur bei den älteren Kollegen, sondern auch bei den jüngeren. Und diese spontane Zustimmung kommt ja nicht von ungefähr, sondern beruht darauf, daß erstens die Metaller sich davon versprechen, daß über diesen Weg die Zahl der Arbeitslosen gesenkt werden kann. Zweitens haben die älteren Kolleginnen und Kollegen ein unmittelbar persönliches Interesse daran, sobald als möglich aus dem ihre Gesundheit ruinierenden Arbeitsprozeß auszuscheiden. Und drittens hat
die Arbeiterklasse immer für die Verkürzung der Lebensarbeitszeit gekämpft, weil dies eine Verbesserung des Verkaufs der Ware Arbeitskraft bedeutet.

Deshalb gibt es, wie schon ausgeführt, eine spontane Zustimmung in den Betrieben. Hier wird es deshalb um so dringender, einige andere Fakten in den Betrieben zur Diskussion zu stellen. Tatsache ist eben, daß es heute nach offiziellen Angaben über 1,2 Millionen Arbeitslose gibt – die tatsächliche Zahl liegt ja noch bedeutend höher, und der DGB geht davon aus, daß sich bis 1985 diese Zahl auf an die 3 Millionen erhöhen kann. Andererseits können nach Berechnungen der IG Metall durch die Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre im besten Fall ca. 140000 Arbeitsplätze „frei“ werden. Wenn man nur einmal beide Zahlen gegenüberstellt, wird nach meiner Meinung deutlich, daß wir das Schwergewicht auf eine andere Forderung legen müssen: auf die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit auf 7 Stunden, auf die 35-Stunden-Woche.

KVZ: Einige Andeutungen E. Loderers lassen darauf schließen, daß bei einem Abschluß zur Rente die IG Metall dies beim Lohnabschluß berücksichtigen will.

Antwort: E. Loderer hat – nach Verlautbarungen der Presse – die Aussage gemacht, daß „angesichts des kleinen Verteilungsspielraums materielle Abstriche bei den quantitativen Forderungen gemacht werden müssen“.

Diese Aussage und die dahinterstehende Absicht kann nicht anders verstanden werden, als daß Loderer die Zielsetzung einer Reallohnsicherung bereit ist aufzugeben. Es sei nur bemerkt, daß sich Loderer mit dieser Absicht nicht mal mehr auf dem Boden der Gewerkschaftstagsbeschlüsse bewegt. Auf dem letzten Gewerkschaftstag 1980 in Berlin wurde ausdrücklich in der Entschließung Nr. 12 die Zielsetzung der Sicherung der Löhne und Gehälter fixiert. Darüberhinaus wird in dieser Entschließung gar von Umverteilung gesprochen. Ganz offensichtlich gibt es gegen diese zweifellos nicht im Interesse der Arbeiterklasse stehende und versöhnlerische Politik auch Widerstand. Nach Berichten von Tarifkommissionsmitgliedern hat die Große Tarifkommission Baden-Württemberg in einer Sitzung Ende September die Absichten Loderers kritisiert, sich gegen die Aufwägung des Lohnes mit einer Senkung des Rentenalters ausgesprochen und die Meinung vertreten, daß die Sicherung der Reallöhne nicht aufgegeben werden kann und darf. Dies – so die Tarifkommission – gelte auch für die Tarifbewegung 1982.

KVZ: Ebenfalls soll Janßen laut überlegt haben, daß bei einer Verkürzung der Lebensarbeitszeit durch Senkung des Rentenalters auf 60 Jahre der Tarifvertrag über die 40 Stundenwoche verlängert werden könnte?

Antwort: Ja, Janßen soll das laut überlegt haben. Und es ist ihm dies auch zuzutrauen. Ich erinnere nur an seine Rolle im 78er-Streik der Stahlkumpel für die Einführung der 35-Stunden-Woche. Schon damals hat er als zuständiges Vorstandsmitglied für Tarifpolitik entscheidend dazu beigetragen, daß ein Abschluß durchgedrückt wurde, der nicht nur kein Schritt wenigsten in Richtung 35-Stunden-Woche war, sondern die 40-Stunden-Woche bis 1983 festgeschrieben hat. Dies war ja dann auch einer der Punkte, die zu massiven Protesten durch Mitglieder und Funktionäre geführt haben. Zu recht, wie ich meine. Es gab dann zum Gewerkschaftstag in Berlin als Reaktion Anträge, die den Vorstand verpflichten wollten, daß dieser keiner erweiterten Festschreibung der 40-Stunden-Woche zustimmen darf. Offensichtlich interessiert das Leute vom Schlag Janßen keinen Deut.

Ich selbst sehe in einer weiteren und längerfristigen Festschreibung mit die größte Gefahr. Ganz einfach deshalb, weil dann der Kampf für die Verkürzung der täglichen bzw. wöchentlichen Arbeitszeit offiziell für die nächsten Jahre – auch über 1983 hinaus – auf Eis gelegt werden kann bzw. wird. Dies kann nicht im Interesse von uns Arbeitern und Angestellten sein, allein schon deshalb, weil Rationalisierung, Leistungsdruck, Arbeitslosigkeit rapide wachsen. Deshalb meine ich, müssen wir im Betrieb in der Gewerkschaft offen und scharf gegen Pläne nach einer weiteren Fortschreibung der 40-Stunden-Woche auftreten.

Am Rande sei noch vermerkt, daß ich den Eindruck habe, daß die Kapitalisten und ihre Verbände einem Kuhhandel: Senkung des Rentenalters bei gleichzeitiger Festschreibung der Wochenarbeitszeit, gar nicht ablehnend gegenüberstehen.

KVZ: Gibt es im Gegensatz zu den Überlegungen, die E. Loderer anklingen ließ, eine Strategie, die in diesem Jahr den Reallohn sichern könnte? Wie würde eine solche aussehen und auf welche Kräfte könnten sie sich stützen und auf welche anderen positiven Faktoren?

Antwort: Als gangbare Strategie würde ich zumindest ansehen, daß im kommenden Frühjahr das Schwergewicht auf einer Lohn- und Gehaltsforderung liegt, und zwar ohne Nebenforderungen. Wir sollen und müssen uns darauf konzentrieren, nur so haben wir eine Chance, den Reallohn auch sichern zu können. Tatsache ist doch, daß wir zumindest 1980 und 81 Reallohnverluste schlucken mußten. Dies kann nur druch Konzentration aller Kräfte auf dieses Ziel 1982 verhindert werden. Unter Konzentration aller Kräfte muß auch verstanden werden, daß alle zur Verfügung stehenden Mittel – einschließlich Streiks – eingesetzt werden müssen, um die Reallöhne zu sichern.

Vorher Gesagtes heißt allerdings nicht, daß es nicht möglich wäre bzw. sein könnte, neben dem Lohnkampf im weiteren Verlauf von 1982 auch die Auseinandersetzung um die Verkürzung der Arbeitszeit anzupacken.

Allerdings muß man sich darüber im klaren sein, daß die kapitalistische Propaganda von wegen „Gürtel enger schnallen“, von wegen „Lohnverzicht“ u.a. nicht spurlos an den Kolleginnen und Kollegen vorübergegangen ist. Nicht wenige sind zu solchen Zugeständnisssen bereit. Um also eine breite Bewegung – wie teilweise dieses Jahr – entwickeln zu können, muß jetzt schon die inhaltliche Diskussion in den Betrieben – über Notwendigkeit, Ziel, Aktionen zur Sicherung der Reallöhne – angepackt werden. Es dürfte doch unbestreitbar sein, daß die Arbeiterklasse selbst die entscheidende Kraft in dieser Auseinandersetzung sein muß.

„Qualität und Quantität zusammen werden das Volumen ausmachen“

Hans Janßen, IG Metall-Vorstand, in einem Interview mit dpa

(aus: Sozialpolitische Nachrichten, 28. September 1981)

Der Vorstand der IG Metall sieht erschwerte wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen für die gewerkschaftliche Tarifpolitik. Anhaltend steigende Arbeitslosenzahlen, zusätzliche Rationalisierungsanstrengungen in den Unternehmen und parallel dazu ein Abschmelzen der Realeinkommen. Mit welcher Tarifpolitik will Ihre Gewerkschaft dieser Entwicklung begegnen?

Janßen: Unseren Mitgliedern ist nach wie vor außerordentlich wichtig, daß sich die materiellen Verhältnisse für sie nicht verschlechtern. Schon das wird schwierig genug für uns sein. Daneben kommen Rationalisierungsschübe auf uns zu, nicht zuletzt durch die milliar-

Lohn- und Gehaltserhöhungen verbunden waren. Dies wird auch in Zukunft nicht anders sein. Mit anderen Worten, Qualität und Quantität zusammen werden das Volumen ausmachen, das wir durchzusetzen in der Lage sind. Eine Herabsetzung der Altersgrenze wird auch eine materielle Belastung für die Industrie darstellen. Diesen materiellen Preis müssen wir mit den Arbeitgebern in der Tarifrunde aushandeln.

Unsere Mitglieder werden aber bereit sein, einen angemessenen Preis dafür bei der Lohn- und Gehaltserhöhung zu zahlen. Nicht nur die unmittelbar betroffenen Jahrgänge, also die 60 bis 62jährigen Arbeitnehmer, sondern auch die 56 bis 59jährigen, die in eine solche Regelung hineinwachsen, werden dies dankbar begrüßen. Da-

daß der Arbeitnehmer als weiterbeschäftigt gilt und von seinem Bruttoverdienst nach wie vor Sozialversicherungsbeiträge und Steuern abführt. Dies würde auch nicht zu einer Verringerung der Rentenansprüche führen. Das wäre wahrscheinlich unserer Forderungsvariante, wenn wir mit diesem Komplex in die Tarifbewegung hineingehen sollten. Ein fertiges Konzept wird aber erst nach einer Grundsatzentscheidung des IG-Metall-Vorstandes erstellt.

Können Sie aber jetzt schon sagen, wieviel Beschäftigte in der Metallindustrie von einer solchen Regelung betroffen wären?

Janßen: Nach den Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit wären augenblicklich in der Metallindustrie 131710 Personen von 60 bis 62 Jahren betroffen. Darin sind allerdings auch jene enthalten, die über die sogenannte 59er Regelung – also über Sozialpläne mit Abfindung und einjähriger Arbeitslosigkeit – aus dem Betrieb ausscheiden.

letzten Jahre hätten wir ohne den damals vereinbarten Stufenplan die Urlaubsverlängerung in diesem Ausmaß nicht zustande gebracht.

Ich leugne also nicht, daß eine Forderung nach Herabsetzung der Lebensarbeitszeit bei den Arbeitgebern das Vorhaben wachwerden läßt, die 40-Stunden-Woche abermals festzuschreiben. Nur darf der politische Preis, den Gesamtmetall zweifelsfrei abverlangen wird, nicht so hoch ausfallen, daß der Abschluß eines Tarifvertrages dadurch unseren Mitgliedern gegenüber unvertretbar wird.

Ist bei aller noch ausstehender Diskussion in den Entscheidungsgremien für die Tarifrunde 1982 bereits mit einem Forderungspaket zu rechnen, das neben einer Prozentzahl auch eine Herabsetzung der Lebensarbeitszeit beinhaltet?

Janßen: Das vermögen wir frühestens zu sagen, wenn die angekündigten Diskussionen innerhalb der Organisation abschätzbar werden. Wir sind tatsächlich in diesem Punkt noch unentschlos-

ne nicht aufgegeben werden kann und | dann auch einer der Punkte, die zu | Faktoren? | dieser Auseinandersetzung sein muß.

„Qualität und Quantität zusammen werden das Volumen ausmachen“

Hans Janßen, IG Metall-Vorstand, in einem Interview mit dpa

(aus: Sozialpolitische Nachrichten, 28. September 1981)

Der Vorstand der IG Metall sieht erschwerte wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen für die gewerkschaftliche Tarifpolitik. Anhaltend steigende Arbeitslosenzahlen, zusätzliche Rationalisierungsanstrengungen in den Unternehmen und parallel dazu ein Abschmelzen der Realeinkommen. Mit welcher Tarifpolitik will Ihre Gewerkschaft dieser Entwicklung begegnen?

Janßen: Unseren Mitgliedern ist nach wie vor außerordentlich wichtig, daß sich die materiellen Verhältnisse für sie nicht verschlechtern. Schon das wird schwierig genug für uns sein. Daneben kommen Rationalisierungsschübe auf uns zu, nicht zuletzt durch die milliardenschweren Investitionen in der Automobilbranche, die uns zunehmend vor eine tarifpolitische Herausforderung stellt.

Wir bedauern sehr, daß sich die Bundesregierung nicht zu einem beschäftigungspolitischen Programm hat durchringen können. Mit unserer Tarifpolitik sind wir aber nicht imstande, die Belastungen der Bonner Sparbeschlüsse auszugleichen. Wir haben deswegen bei den Beratungen im Vorstand der IG Metall auch die mittelfristigen tarifpolitischen Perspektiven erörtert.

Dazu gehört ein größerer Schutz vor den Auswirkungen der Rationalisierung und Technisierung. Durch eine neue Entgeltdifferenzierung für Arbeiter und Angestellte müssen wir dafür Sorge tragen, daß nicht blindlings abgruppiert wird und Veränderungen am Arbeitsplatz automatisch mit Verdienstminderungen einhergehen. Wegen der zu erwartenden weiteren Zunahme der Arbeitslosen haben wir in der Klausurtagung des Vorstands überlegt, ob es gut wäre, neben dem Versuch, die Realeinkommen zu halten, auch eine arbeitsmarktpolitische Komponente mit einzubringen. Im Mittelpunkt stand dabei eine Herabsetzung der Lebensarbeitszeit. Allerdings ist dies noch nicht entschieden.

Eine starke Berücksichtigung von qualitativen Forderungen bedeutet aber den Zwang zu Zugeständnissen bei der reinen Geldseite. Glauben Sie, daß Ihre Mitglieder angesichts der eher steigenden Inflationsrate diesen Weg mitgehen werden?

Janßen: Wir wissen auch, daß Arbeitszeitverkürzungen in der Vergangenheit sehr wohl mit geringeren effektiven Lohn- und Gehaltserhöhungen verbunden waren. Dies wird auch in Zukunft nicht anders sein. Mit anderen Worten, Qualität und Quantität zusammen werden das Volumen ausmachen, das wir durchzusetzen in der Lage sind. Eine Herabsetzung der Altersgrenze wird auch eine materielle Belastung für die Industrie darstellen. Diesen materiellen Preis müssen wir mit den Arbeitgebern in der Tarifrunde aushandeln.

Unsere Mitglieder werden aber bereit sein, einen angemessenen Preis dafür bei der Lohn- und Gehaltserhöhung zu zahlen. Nicht nur die unmittelbar betroffenen Jahrgänge, also die 60 bis 62jährigen Arbeitnehmer, sondern auch die 56 bis 59jährigen, die in eine solche Regelung hineinwachsen, werden dies dankbar begrüßen. Dadurch bekämen sie die Möglichkeit, würdig über eine tarifvertragliche Regelung aus dem Betrieb entscheiden zu können.

Zweitens werden alle jüngeren Arbeitnehmer mit einer solchen Forderung sich solidarisieren, weil sie wissen, daß ihr Arbeitsplatz durch das Ausscheiden älterer Arbeitnehmer sicherer wird. Drittens wäre es ein Akt der Solidarität gegenüber den Beschäftigungslosen, denn mancher Arbeitsplatz müßte ja neu besetzt werden.

Können Sie die bislang gemachten Überlegungen in Richtung auf eine Herabsetzung der Lebensarbeitszeit präzisieren und die den Unternehmen entstehenden Kosten beziffern?

Janßen: Die Kosten möchte ich im vorhinein nicht beziffern. Das Ausscheiden der älteren Jahrgänge hat aber eine Herabsetzung des Durchschnittsalters der verbleibenden Belegschaften zur Folge. Da die jüngeren Arbeitskräfte leistungsfähiger sind, erwächst hieraus ein Produktivitätsvorteil für die Unternehmen. Wir werden uns mit den Arbeitgebern in Verhandlungen darüber auseinandersetzen müssen, welchen Produktivitätseffekt eine solche Verjüngung der Belegschaft zur Folge hat.

Der Gedanke, tarifvertraglich eine Herabsetzung der Altersgrenze herbeiführen zu wollen, ist schon vor Jahren im Zusammenhang mit der Diskussion um die Vermögensbildung geboren worden. Damals gingen wir davon aus, daß die 60 bis 63jährigen unter Fortzahlung des Bruttoverdienstes von 90 Prozent vorzeitig in den Ruhestand treten sollten. Davon ist in den Beratungen der Klausurtagung ausgegangen worden. Das hätte auch zur Folge, daß der Arbeitnehmer als weiterbeschäftigt gilt und von seinem Bruttoverdienst nach wie vor Sozialversicherungsbeiträge und Steuern abführt. Dies würde auch nicht zu einer Verringerung der Rentenansprüche führen. Das wäre wahrscheinlich unserer Forderungsvariante, wenn wir mit diesem Komplex in die Tarifbewegung hineingehen sollten. Ein fertiges Konzept wird aber erst nach einer Grundsatzentscheidung des IG-Metall-Vorstandes erstellt.

Können Sie aber jetzt schon sagen, wieviel Beschäftigte in der Metallindustrie von einer solchen Regelung betroffen wären?

Janßen: Nach den Zahlen der Bundesanstalt für Arbeit wären augenblicklich in der Metallindustrie 131710 Personen von 60 bis 62 Jahren betroffen. Darin sind allerdings auch jene enthalten, die über die sogenannte 59er Regelung – also über Sozialpläne mit Abfindung und einjähriger Arbeitslosigkeit – aus dem Betrieb ausscheiden.

Eine tarifliche Regelung wäre ehrlicher. Falls es dazu kommen sollte, dürften selbstverständlich Sozialpläne mit einer „59er Regelung“ nicht mehr zustanden kommen ...

Glauben Sie, daß die recht geringe Zahl von zunächst rund 131000 Betroffenen tatsächlich einen beschäftigungspolitischen Effekt bewirken kann?

Janßen: Wenn nur ein Teil davon ersetzt würde, wären das schon einige zehntausend Arbeitsplätze. Das ist ja nicht wenig. Wenn ich dann daran denke, daß jede Regelung in der Metallindustrie auch Auswirkungen auf alle anderen Branchen hat, könnte ein derartiger Schrittmacherdienst zu einer spürbaren Entlastung des Arbeitsmarktes führen.

Wäre Ihre Gewerkschaft bereit, sich die Beibehaltung der 40-Stunden-Woche, die bis Ende 1983 tarifvertraglich festgeschrieben ist, durch eine andere Form der Arbeitszeitverkürzung abhandeln zu lassen?

Janßen: Dazu sind wir selbstverständlich nicht bereit. Ich gebe aber zu, daß Arbeitszeitverkürzungen welcher Art auch immer im Zusammenhang zueinander stehen. Als wir den Urlaub verlängert und damit die jährliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer ganz erheblich verkürzt haben, wurde die Festschreibung der 40-Stunden-Woche vorgenommen. Rückblickend möchte ich sagen, dieser Tarifvertrag war einer der besten, den wir jemals zustandebrachten, obwohl er zunächst in Mitglieder- und Funktionärskreisen auf erhebliche Kritik gestoßen ist. In den wirtschaftlich schwierigeren Zeiten der letzten Jahre hätten wir ohne den damals vereinbarten Stufenplan die Urlaubsverlängerung in diesem Ausmaß nicht zustande gebracht.

Ich leugne also nicht, daß eine Forderung nach Herabsetzung der Lebensarbeitszeit bei den Arbeitgebern das Vorhaben wachwerden läßt, die 40-Stunden-Woche abermals festzuschreiben. Nur darf der politische Preis, den Gesamtmetall zweifelsfrei abverlangen wird, nicht so hoch ausfallen, daß der Abschluß eines Tarifvertrages dadurch unseren Mitgliedern gegenüber unvertretbar wird.

Ist bei aller noch ausstehender Diskussion in den Entscheidungsgremien für die Tarifrunde 1982 bereits mit einem Forderungspaket zu rechnen, das neben einer Prozentzahl auch eine Herabsetzung der Lebensarbeitszeit beinhaltet?

Janßen: Das vermögen wir frühestens zu sagen, wenn die angekündigten Diskussionen innerhalb der Organisation abschätzbar werden. Wir sind tatsächlich in diesem Punkt noch unentschlossen. Eine endgültige Entscheidung wird von den Beratungen und Ergebnissen an der Basis abhängen.

Die soeben angelaufene Diskussion über ein qualitatives Forderungselement hat sich bereits auf eine Herabsetzung der Lebensarbeitszeit konzentriert. Sind daneben für die nächste Tarifrunde noch andere qualitative Forderungen denkbar?

Janßen: Damit haben wir uns auf der Klausurtagung des Vorstandes lange und intensiv beschäftigt. Dabei ist ja dann das mit der Lebensarbeitszeit als in die nächste Tarifbewegung am ehesten einbringbar herausgearbeitet worden. Mittelfristig haben wir selbstverständlich qualitative Aufgaben zu lösen, die durch Rationalisierung und Technisierung uns vor die größten Probleme der 80er Jahre stellen.

Ich denke an die Minderung oder sogar Beseitigung der Diskrepanz zwischen Angestellten- und Arbeitereinkommen. Durch eine neue Entgeltdifferenzierung werden wir zu verhindern haben, daß Veränderungen am Arbeitsplatz unmittelbar Verdienstminderungen auslösen. Eine neue Entgeltdifferenzierung muß die Arbeitnehmer schützen vor Qualifikationsverfall und Abguppierung.

Das sind Fragen, die mittelfristig so bedeutsam sind wie Arbeitszeitverkürzungen. Bei den Beratungen haben wir aber festgestellt, daß dies für die kommende Tarifbewegung verfrüht wäre, weil das in unserer Mitgliedschaft noch nicht allgemein erkannt ist. Wir werden in den nächsten Jahren noch eine Menge Aufklärungsarbeit zu leisten haben, damit das von den Mitgliedern auch entsprechend getragen wird (...)

Fortsetzung der Beratungen zu den Haushalts- und Versicherungskürzungen

vol. Die Beratungen über die Kürzungen der Bundesregierung befinden sich in der zweiten Runde. Der Bundestag und der Bundesrat jeweils entsprechend den Mehrheiten von SPD/FDP einerseits und CDU/CSU andererseits haben ihren Kurs festgelegt, bis zu den Bundestagsberatungen im November soll und wird wahrscheinlich ein relativ einheitliches Programm daraus entstehen. Wir dokumentieren diesmal die Vorschläge der CDU/CSU aus dem Bundesrat, die insbesondere in der Bildungspolitik, durch weitgehende Streichungen des BAföG für Schüler und bei allen drei Versicherungen und der Sozialhilfe wesentliche zusätzliche Verschlechterungen verlangen. Ebenso scheint die Bundesregierung zumindest bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall bei der zu erwartenden Verschlechterung der wirtschaftlichen Entwicklung in diesem Winter nachstoßen zu wollen.

In dem Forum der Wochenzeitung „Zeit" werden Ansätze für die „Einkommenspolitik" der Bundesregierung und das Sachverständigengutachten, das im November herausgegeben wird, deutlich. Ob die Regierung tatsächlich sich so engagiert, wie Klasen und Roth vorschlagen, und hinter dem Deckmäntelchen der Ergänzungsabgabe und evtl. einem Beschäftigungsprogramm zur „Zurückhaltung" bei den Löhnen direkt aufruft, wird nicht unwesentlich von den Aktionen der Gewerkschaften, den Beratungen in den Betrieben und auf Belegschaftsversammlungen abhängen. Die Lohnsenkung im öffentlichen Dienst von 1%, die die Bundesregierung beschlossen hat, soll dabei offensichtlich als Probeballon dienen. Es kommt also ziemlich viel darauf an, wie die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten gegen diese Kürzung, die auf jeden Fall für Beamte und Angestellte gilt, den Kampf organisieren.

Stellungnahme des Bundesrates für weitere Einsparungen (mit der Mehrheit der CDU/CSU-Länder verabschiedet und für die Verhandlungen im Vermittlungsausschuß)

... Der Bundesrat unterbreitet in Abschnitt B seiner Stellungnahme konkrete weitere Sparvorschläge zur Entla-

wicklung in diesem Winter nachstoßen zu wollen.

In dem Forum der Wochenzeitung „Zeit" werden Ansätze für die „Einkommenspolitik" der Bundesregierung und das Sachverständigengutachten, das im November herausgegeben wird, deutlich. Ob die Regierung tatsächlich sich so engagiert, wie Klasen und Roth vorschlagen, und hinter dem Deckmäntelchen der Ergänzungsabgabe und evtl. einem Beschäftigungsprogramm zur „Zurückhaltung" bei den Löhnen direkt aufruft, wird nicht unwesentlich von den Aktionen der Gewerkschaften, den Beratungen in den Betrieben und auf Belegschaftsversammlungen abhängen. Die Lohnsenkung im öffentlichen Dienst von 1%, die die Bundesregierung beschlossen hat, soll dabei offensichtlich als Probeballon dienen. Es kommt also ziemlich viel darauf an, wie die Gewerkschaften in den öffentlichen Diensten gegen diese Kürzung, die auf jeden Fall für Beamte und Angestellte gilt, den Kampf organisieren.

Stellungnahme des Bundesrates für weitere Einsparungen (mit der Mehrheit der CDU/CSU-Länder verabschiedet und für die Verhandlungen im Vermittlungsausschuß)

... Der Bundesrat unterbreitet in Abschnitt B seiner Stellungnahme konkrete weitere Sparvorschläge zur Entla-

stung auch der Länder und Gemeinden: – Bei der Ausbildungsförderung wird eine wesentliche Einschränkung der Schülerförderung, eine Erhöhung der Darlehensförderung sowie ein Abbau der Förderung für die nicht zwingend erforderliche Unterbringung außerhalb der Familie für geboten erachtet; – im öffentlichen Dienst soll u.a. die Bezahlung von jungen Anwärtern um im Durchschnitt rund 10 v.H. gesenkt werden; – für den Bereich der Sozialhilfe schlägt der Bundesrat eine große Zahl von Einschränkungen vor, ohne den Kernbereich zu gefährden, insbesondere eine geringere Steigerung der Regelsätze für die nächsten zwei Jahre, die Herabsetzung der Mehrbedarfszuschläge sowie die Beseitigung der Besserstellung der eheähnlichen Gemeinschaften gegenüber den Familien; – er hält ferner Maßnahmen in folgenden Bereichen für notwendig: – die dringend notwendige Konsolidierung im Bereich der Bundesanstalt für Arbeit macht Einschränkungen beim Arbeitslosengeld und bei der Arbeitslosenhilfe durch Veränderung der Bemessungsgrundlage (Arbeitsentgelt im engeren Sinne unter Ausschluß von Überstundenentgelt (was sowieso nicht berechnet wird, Red.) und wiederkehrenden Leistungen wie Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld, Urlaubsabgeltung, 13. und weitere Gehälter) unvermeidbar ...; – die Regelungen für Zumutbarkeit einer neuen Arbeitsaufnahme sind mit dem Ziel größerer Mobilität zu verändern; – die Zahlungen der Bundesanstalt für Arbeit an die Sozialversicherung müssen sich künftig an der Höhe des Arbeitslosengeldes und nicht mehr am letzten Bruttoeinkommen orientieren; – der Bundesrat hält die baldige Verabschiedung einer gesetzlichen Regelung (mit frühestmöglichem Inkrafttretungstermin über einen systemkonformen und sozial ausgestalteten Krankenversicherungsbeitrag der Rentner für dringlich ... In das Rentenanpassungsgesetz 1982 sollte deshalb eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach die Träger der Rentenversicherung einen Betrag in Höhe von zunächst 2 bis 3 v.H. des Zahlbetrags der Rente ohne Kinderzuschuß und Rententeile aus der Höherversicherung als Anteil des Rentners an den Aufwendungen der Krankenversicherung der Rentner einzubehalten haben. Ein Abzug soll unterbleiben, soweit der Rentenzahlbetrag den Betrag unterschreitet, der der Rente nach Mindesteinkommen entspricht; – die begonnenen Tarifverhandlungen zum Abbau der Überversorgung im öffentlichen Dienst müssen beschleunigt zum Abschluß gebracht werden; – ... ist es nunmehr dringend erforderlich, den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens ... unverzüglich zu verabschieden; – die Praxis bei der Anwendung des Schwerbehindertengesetzes zeigt, daß der erfaßte und damit begünstigte Personenkreis z.T. weit über das Maß hinausgeht, das der Gesetzgeber gewollt hat ...;

Bundestagsdebatte vom 16. bis 19.9.1981 zum Haushalt 1982

Lambsdorff: ... Ich will noch ein von Herrn Strauß gestern angetipptes Thema ansprechen, das sensibel und heikel ist und über das es Meinungsverschiedenheiten gibt, nämlich die Frage der Karenztage bei der Lohnfortzahlung. Hier gibt es einen Kabinettsbeschluß – Herr Genscher hat das in seiner Zwischenfrage gestern deutlich gemacht – die verfassungsrechtlichen und rechtlichen Probleme, die mit der Einführung von Karenztagen für Beamte, Angestellte und Arbeiter – niemals ist von irgend jemand etwas anderes vorgeschlagen worden, als dies für alle zu tun – verbunden sind, bis zum 31.

desteinkommen entspricht; – die begonnenen Tarifverhandlungen zum Abbau der Überversorgung im öffentlichen Dienst müssen beschleunigt zum Abschluß gebracht werden; – ... ist es nunmehr dringend erforderlich, den Gesetzentwurf des Bundesrates zur Änderung des Zweiten Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens ... unverzüglich zu verabschieden; – die Praxis bei der Anwendung des Schwerbehindertengesetzes zeigt, daß der erfaßte und damit begünstigte Personenkreis z.T. weit über das Maß hinausgeht, das der Gesetzgeber gewollt hat ...;

Bundestagsdebatte vom 16. bis 19.9.1981 zum Haushalt 1982

Lambsdorff: ... Ich will noch ein von Herrn Strauß gestern angetipptes Thema ansprechen, das sensibel und heikel ist und über das es Meinungsverschiedenheiten gibt, nämlich die Frage der Karenztage bei der Lohnfortzahlung. Hier gibt es einen Kabinettsbeschluß – Herr Genscher hat das in seiner Zwischenfrage gestern deutlich gemacht – die verfassungsrechtlichen und rechtlichen Probleme, die mit der Einführung von Karenztagen für Beamte, Angestellte und Arbeiter – niemals ist von irgend jemand etwas anderes vorgeschlagen worden, als dies für alle zu tun – verbunden sind, bis zum 31.

März 1982 zu prüfen. Dann kommt das Prüfungsergebnis auf den Tisch des Bundeskabinetts.

Müller (Remscheid, CDU): ... Herr Ehrenberg, Sie suchen Kostendämpfungsmöglichkeiten im Gesundheitswesen. Ich frage Sie, warum entlasten Sie nicht endlich die Krankenversicherung von den versicherungsfremden Leistungen wie Schwangerschaftsabbrüche und Sterilisation? Diese kosten die Kassen 250 Mio. DM im Jahr und haben mit Krankheit rein gar nichts zu tun.

Forum der „Zeit", Den Sozialstaat durch die Krise retten

(Forumsteilnehmer: Gaddum, CDU-Minister Rheinland-Pfalz, W. Roth, SPD-Wirtschaftspolitischer Sprecher, K. Klasen, Bundesbankpräsident im Ruhestand, K. Schiller, ehemaliger Wirtschafts- und Finanzminister)

Roth: ... Einen Punkt möchte ich hier betonen. Die SPD hat in dieser Diskussion immer gesagt: Wir wollen die Grundlagen oder die Säulen des sozialen Sicherungssystems erhalten. Aber auf der anderen Seite haben wir auch die Debatte über Mißbrauchstatbestände im Sozialsystem sehr positiv aufgenommen ... Für SPD und Gewerkschaften war diese Debatte deshalb sehr nützlich, weil dieser Sachverhalt dadurch erstmals wirklich bewußt gemacht wurde. Der Konsens, der auch jetzt hier erzielt wurde, läßt hoffen, daß wir in Zukunft in dieser Hinsicht bei neuen Gesetzen schärfer aufpassen und daß bestehende Gesetze auf Mißbrauchsmöglichkeiten durchforstet werden.

Zeit: Gilt das auch für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall?

Roth: Es hat leider bei der Debatte über Karenztage bei der Lohnfortzahlung Mißverständnisse gegeben. Es war nicht die Position des Parteivorsitzenden der SPD, der darüber die Verhandlungen geführt hat, Karenztage rundweg abzulehnen, auch wenn man Mißbrauch bei der Inanspruchnahme von bezahlten Krankheitstagen feststellt. Wir haben ja in manchen Industriezweigen zur Zeit 12,5% Krankenstand. Das hat garantiert nichts mit der Gesundheitssituation allein zu tun ...

Klasen: ... Deswegen finde ich es sehr erfreulich, daß Herr Roth in der Frage der Mißbrauchsbeseitigung für eine Diskussion offen ist. Ähnlich müßte es auch in anderen Fragen sein ... Nehmen wir den Wohnungsbau. Der deutschen Versicherungswirtschaft stehen jährlich etwa drei Milliarden DM zur Verfügung, die sie gern im freien Wohnungsbau investieren würde. Es kommt gar nicht so sehr auf Abschreibungen oder andere finanzielle Vergünstigungen an, sondern auf eine Begrenzung der staatlichen Hindernisse. Man müßte sagen: Für Wohnungen, die in den nächsten drei Jahren gebaut werden, gelten alle diese Hemmnisse nicht. Man könnte gern zusätzlich die Vorschrift erlassen, daß über Mietverträge in solchen Häusern dick geschrieben stehen muß: Diese Wohnungen unterliegen nicht den Mieterschutzgesetzen. Denn warum wollen wir Leute, die bereit und in der Lage sind, mehr zu zahlen, eigentlich schützen? Die wollen keinen Schutz, sondern eine Wohnung.

Roth: ... Da sind wir bei der nächsten Steuerreform jedenfalls in einem Punkt gemeinsamer Auffassung: Die Grundfreibeträge müssen erhöht werden.

Klasen: Um den Gewerkschaften eine Zurückhaltung bei den Löhnen zu erleichtern, würde ich sogar eine Ergänzungsabgabe hinnehmen und sie sogar am liebsten nur auf die höheren Einkommen beschränken. Das würde den Konsens der gesamten Bevölkerung nach außen klar zum Ausdruck bringen. Es ist eine ganz großartige Chance, um aus dem Schlamassel herauszukommen.

... Damit es zu keinem Mißverständnis kommt, möchte ich zugeben, daß rein ökonomisch betrachtet, eine Ergänzungsabgabe vielleicht wenig Sinn hat. Aber ich habe das Gefühl, daß man einen gemeinsamen großen Konsens herbeiführen muß. Und da wäre ich gern bereit, aus psychologischen Gründen auch eine Ergänzungsabgabe zu akzeptieren, wenn man anders die Zustimmung der Gewerkschaften nicht bekommt ...

Roth: Ich sehe es genauso, was den sozialen Konsens und Frieden anbetrifft. Das war auch bei unseren Auseinandersetzungen mit der FDP der springende Punkt.

Daß wir ein höheres Investitionsniveau am Sozialprodukt brauchen, ist unbestreitbar. Daß ein höheres Sozialprodukt in Beziehung steht mit Gewinn, ist unbestreitbar. Damit ein Gewerkschafter solche Sachgesetzlichkeiten mittragen kann, muß man ihm Hilfestellung geben.



5000 Beschäftigte der Stadt Frankfurt demonstrierten am Dienstag zum Römer auf Aufruf der ÖTV, um gegen die Kürzungspolitik von Bund, Land und Stadt zu protestieren. „Der Abbau sozialer Leistungen ... die Wiedereinführung von Karenztagen bei Krankheit, die Beschneidung der Renten, die Verringerung der Ausbildungsförderung, die Kürzung der Einkommen wird von uns entschieden abgelehnt. Die Absicht der Bundesregierung, die Einkommen aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 1 Prozent zu kürzen, ist ein Angriff auf die Tarifautonomie. Sollte die Bundesregierung dieses Vorhaben nicht in der von ihr selbstgewählten Frist bis Anfang November 1981 aufgeben, muß die ÖTV ihre Mitglieder über eine Urabstimmung zum Streik führen", sagte der Kreisvorsitzende Jungmann auf der Kundgebung. Außer ihm sprachen der Betriebsratsvorsitzende der Adler-Werke und der DGB-Kreisvorsitzende Kiesewetter, die die ÖTV unterstützten. – Am 7.11. findet in Stuttgart eine DGB-Demonstration gegen die Pläne der SPD/FDP-Koalition zur Haushaltsanierung statt.

Keine Feierstunde

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der GEW

ugt. Außerordentlicher Bundeskongreß der GEW am 3./4. Oktober in Frankfurt, in der Presse im wesentlichen behandelt unter dem Gesichtspunkt des spektakulären Interesses am vorzeitigen Rücktritt des Vorsitzenden

an der Demonstration am 10.10. teilzunehmen und dazu zu mobilisieren. Inhaltlich ist der Antrag nicht sehr weitgehend. Sicher stellt er einen Kompromiß dar zwischen der Tendenz zur Unterstützung des Krefelder Appells, die

dem Bereich der Medizin oder der Psychologie mehr sind. Es geht um den Fall der Profitrate."
Die Phrasen von „sozial ausgewogenen Sparmaßnahmen", wo jeder sein Scherflein zum allgemeinen Wohl bei-



5000 Beschäftigte der Stadt Frankfurt demonstrierten am Dienstag zum Römer auf Aufruf der ÖTV, um gegen die Kürzungspolitik von Bund, Land und Stadt zu protestieren. „Der Abbau sozialer Leistungen ... die Wiedereinführung von Karenztagen bei Krankheit, die Beschneidung der Renten, die Verringerung der Ausbildungsförderung, die Kürzung der Einkommen wird von uns entschieden abgelehnt. Die Absicht der Bundesregierung, die Einkommen aller Beschäftigten im öffentlichen Dienst um 1 Prozent zu kürzen, ist ein Angriff auf die Tarifautonomie. Sollte die Bundesregierung dieses Vorhaben nicht in der von ihr selbstgewählten Frist bis Anfang November 1981 aufgeben, muß die ÖTV ihre Mitglieder über eine Urabstimmung zum Streik führen", sagte der Kreisvorsitzende Jungmann auf der Kundgebung. Außer ihm sprachen der Betriebsratsvorsitzende der Adler-Werke und der DGB-Kreisvorsitzende Kiesewetter, die die ÖTV unterstützten. – Am 7.11. findet in Stuttgart eine DGB-Demonstration gegen die Pläne der SPD/FDP-Koalition zur Haushaltsanierung statt.

Keine Feierstunde

Außerordentlicher Gewerkschaftstag der GEW

ugt. Außerordentlicher Bundeskongreß der GEW am 3./4. Oktober in Frankfurt, in der Presse im wesentlichen behandelt unter dem Gesichtspunkt des spektakulären Interesses am vorzeitigen Rücktritt des Vorsitzenden Erich Frister, der eigentlich bis zum 1. November trotz seines Amtsantrittes als Arbeitsdirektor der Neuen Heimat die Geschäfte noch hatte führen wollen (siehe zum Anlaß auch S. 1). In Wirklichkeit war dieses Ereignis weder zeitlich noch sachlich das herausragende Moment des Kongresses. (Die Debatte um diesen Punkt, Antrag zur Politik der Neuen Heimat und den Hausbesetzungen dauerte nicht länger als eine ¾ Stunde.) Allerdings, insofern war dies Ereignis ein ziemlich beredter Ausdruck davon, daß es offensichtlich nicht mehr möglich ist, einen ganzen Kongreß aus Anlaß der Verabschiedung eines bisherigen ersten Vorsitzenden im Charakter einer Feierstunde abzuhalten und aus diesem Anlaß auch noch die Harmonie zu wahren. Im Gegenteil ist es offensichtlich so, daß wenn die Harmonie und die Notwendigkeit, zu gesellschaftlichen Fragen Stellung zu nehmen, gegeneinander stehen, zugunsten des letzteren entschieden wird. Wahrscheinlich meinte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" das, als sie schrieb, die Lehrer hätten sich nicht so benommen, wie man es von Erziehern hätte erwarten können.

Der Wille, sich die Zeit nicht für Unwichtiges stehlen zu lassen, war durchgängig vorhanden. So wurde von Beginn an auf Erweiterung der Tagesordnung um den Punkt Anträge gedrängt, was ursprünglich überhaupt nicht vorgesehen war. Die Anträge, die dann schwerpunktmäßig beraten wurden, nehmen tatsächlich zu wesentlichen Fragen Stellung. Die Delegierten verabschiedeten einmütig einen Beschluß, an der Demonstration am 10.10. teilzunehmen und dazu zu mobilisieren. Inhaltlich ist der Antrag nicht sehr weitgehend. Sicher stellt er einen Kompromiß dar zwischen der Tendenz zur Unterstützung des Krefelder Appells, die zweifellos vorhanden war, und Anträgen, die sich gegen beide Supermächte richteten. Aber diese Diskussion gibt es in den Gewerkschaften überall, wenn es um den Frieden geht, und es ist zumindest erstmal eine wünschenswerte Voraussetzung, *daß* sie geführt wird.

Kennzeichnend für die Stimmung ist allerdings, daß so gut wie von jedem Landesverband ein Antrag zur Teilnahme an der Demonstration vorlag, so daß es gar keine Frage mehr war, den Sachverhalt zu behandeln. Überhaupt ist die „Stimmung", d.h. das politische Bewußtsein des Kongresses über die Schärfe des Klassengegensatzes, wie es in Anträgen und Reden zum Ausdruck kam, das Auffällige an diesem Gewerkschaftstag. Das ist vor allem wichtig, wenn man weiß, daß traditionell in der GEW (wie wahrscheinlich auch in anderen Gewerkschaften) die Bundeskongresse die Ebenen waren, auf denen kaum Fortschrittliches durchzusetzen war, vielmehr eher abgeblockt wurde, so gut es ging. Seit dem letzten ordentlichen GEW-Kongreß 1980 in Mainz hat sich diese Tendenz geändert. So heißt es in der Einführung zum Antrag zu den gewerkschaftlichen Aktionsmöglichkeiten: „Was wir haben, ist eine Krise. Lassen wir uns von den verschiedenen Metaphern nicht irre machen. Es geht nicht um eine ‚gesunde' oder ‚kranke' Wirtschaft. Es geht nicht um ‚überzogenes Anspruchsdenken'. Es geht nicht um ‚geschwundene Leistungsbereitschaft, um ‚fehlende Selbstverantwortung', ‚verlorenes Vertrauen', um ‚Ölschock' oder was dergleichen Vokabeln aus dem Bereich der Medizin oder der Psychologie mehr sind. Es geht um den Fall der Profitrate."

Die Phrasen von „sozial ausgewogenen Sparmaßnahmen", wo jeder sein Scherflein zum allgemeinen Wohl beiträgt, hatten auf dem Kongreß keine Chance: Der verabschiedete Antrag zum Bundeshaushalt lehnt diese ausgewogenen Sparmaßnahmen ausdrücklich ab und verlangt „ein Haushaltssanierungsprogramm, das durch eine Änderung der Steuergesetze die Spitzeneinkommen zusätzlich belastet ... und ein beschäftigungspolitisches Programm finanziert ..." Entsprechend wurden auch Lage und Aufgabe der Beamten bestimmt: selbständig um ihre Interessen kämpfen.

Es ist klar, daß man sich auf noch so richtigen und radikalen Reden und Beschlüssen von Gewerkschaftskongressen nicht ausruhen kann. Ebenso deutlich sind natürlich auch die Schwierigkeiten im Kampf um die Durchsetzung der 40-Stundenwoche geworden. Angesichts der Haushaltsfestlegungen wurde die Priorität des Kampfes dagegen festgestellt, und die auslaufenden Tarifverträge der DGB-Gewerkschaften zur Arbeitszeit sollen zum Anlaß eines erneuten Vorstoßes gemacht werden.

Beschlüsse setzen keine Forderungen durch. Aber es ist ebenso sicher, daß die „Stimmung" auf dem Kongreß nicht von ungefähr kommt, sondern Ausdruck von veränderten Kräfteverhältnissen in der Lehrergewerkschaft ist. Im Kampf gegen die reaktionäre Haushaltspolitik der Regierung kann sich der Kongreß als nützlicher Ausgangspunkt erweisen. Für die Beseitigung vorhandener Spaltungslinien zwischen Gewerkschaften und Hausbesetzern und der Friedensbewegung ist er es auf jeden Fall schon gewesen.

Gesamtschule ja, aber nicht so! Oder überhaupt nicht?

jup. ,,Wenn in Berlin über die Notwendigkeit der Schließung von Gesamtschulen ... unter Protest der Eltern nachgedacht wird, so kommt doch kaum einer auf den Gedanken, der SPD/FDP-regierte Senat rüttle damit an diesem Schultyp. In Rheinland-Pfalz und in der CDU ist das nicht anders.'' Diese Vermutung, die Hanna Renate Laurien, seinerzeit noch als rheinland-pfälzische Kultusministerin im Amte, in einem Interview mit der GEW äußerte, entspricht zwar nicht den Gedanken, die sich viele Lehrer gerade in der GEW machen, aber sie trifft einen wunden Punkt in der Auseinandersetzung über den weiteren Gang der Schulreform. Nämlich den, daß Gesamtschule, so wie sie läuft, nicht laufen kann. Diese fast schon zum Gemeinplatz gewordene Feststellung ermöglicht Frau Laurien, inzwischen Senatorin für Schulwesen in Westberlin, den christlich-demokratischen Zugriff auf das allgemeinbildende Schulwesen aus der Position der Kritik an bestehenden Mißständen zu führen. Schmerzlich muß der Zugriff gerade deshalb treffen, weil auf seiten der Lehrer keine Klarheit besteht über den weiteren Gang der Schulreform noch über die Möglichkeit geeigneter Maßnahmen zur Durchsetzung.

M.E. spielt die Haltung zur Gesamtschule eine wesentliche Rolle in der geplanten ,,bildungspolitischen Offensive'' der GEW. Die CDU hat sich für ihren Parteitag Anfang November die ,,Zukunftschancen der jungen Generation'' aufs Panier geschrieben. Der Vorbereitungskommission gehört auch Frau Laurien an, die sich ,,nicht nur der kleineren Gemeinde, sondern auch dem Wohl des größeren Landes verpflichtet'' fühlt und dabei doch keineswegs das Individuum aus dem Blick verliert. ,,Junge Menschen haben ein Anrecht auf qualifizierte Schulbildung, die ihnen verschiedene Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten offenhält. Wer nicht herausgefordert wurde, wer nicht der Freude am Lernen in Erfolgserlebnissen erfuhr, bleibt als Erwachsener dem konkreten Lebensalltag die Antwort schuldig. Die Differenzierung in Lernniveaus antwortet auf die Unterschiedlichkeit der Menschen. Durchlässigkeit und Wechsel zwischen den Schularten müssen möglich sein, aber sie sind nicht das erste Prinzip einer Schule, die ja den einzelnen in seiner Eigenart und in seinem sozialen Umfeld fördern will.''

Das CDU-Diskussionspapier geht gar so weit: ,,Wer es aus finanziellen Gründen unterläßt, kleine Gruppen anzustreben, unterläßt eine zukunftsbestimmende und der Menschlichkeit in unserem Lande dienende Investition.'' Weiter sollen Schulen in freier Trägerschaft ,,rechtlich einen Freiraum zur Erprobung neuer pädagogischer Konzepte haben''. Es wird wenig nützen, der CDU zu unterstellen, sie meine gar nicht, was sie sagt: eine menschlichere Schule, für die sie auch noch die finanziellen Mittel zur Verfügung stellen will. Erscheint es nicht geradezu realistisch, unter dem sachlichen Zwang eingeschränkter Haushaltsmittel Überlegungen anzustellen, wie z.B. die Hauptschulen wieder den Charakter von Ausbildungsstätten bekommen können, wo sie gegenwärtig kaum mehr als ,,Restaufbewahranstalten'' sind? Die anstehende Zurückstellung bzw. Streichung von Schulneubauten würde weniger ins Gewicht fallen, folgte man den Vorstellungen der CDU, ,,den Inhalten den Vorrang vor der Organisation'' zu geben und den Hauptschulabschluß als Zugangsvoraussetzung für Ausbildungsberufe anzubieten, die jetzt nur mit der Bescheinung der mittleren Reife offenstehen? Wäre über eine solche Abschlußregelung nicht auch ein Teil des Gesamtschuldilemmas beseitigt, das u.a. darin besteht, daß die Qualifikationsnachweise der Gesamtschule sich an denen des gegliederten Schulwesens messen lassen müssen? Reicht es aus, die Kritik an der von der CDU proklamierten ,,Elite-Förderung'' auf die Folgen der verstärkten Aussonderung, Erhöhung von Leistungsdruck und Konkurrenzdenken und (circulus vitiosus) die Stabilisierung des dreigliedrigen Schulsystems zu richten? (Vgl. Vorlage des Geschäftsführender Landesvorstandes auf der a.o. Landesvertreterversammlung am 9.9.81).

Was um so problematischer wird, als die CDU auch nicht mehr so dumm ist, sich auf ominöse Hochbegabte zu kaprizieren. ,,Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland ist auf Eliten angewiesen, und hierzu gehören gut ausgebildete Facharbeiter ebenso wie gute Ingenieure und Spitzenleistungen in der Wissenschaft.'' (CDU-Papier).

Während die CDU Bildungskonzepte für die Zukunft entwirft, wird in der ,,berliner lehrerzeitung'' über die Einschätzung der Gesamtschule gestritten. Bestritten wird die Aussage ,,die Entscheidung für die Gesamtschule sei immer eine politische Entscheidung gewesen'', die gegen den Widerstand der Befürworter der dreigliedrigen Ausleseschule habe durchgesetzt werden müssen. Bestritten wird dies unter Hinweis auf die rückläufigen Schülerzahlen an vielen Gesamtschulen sowie die

Daten zur Gesamtschule in Westberlin

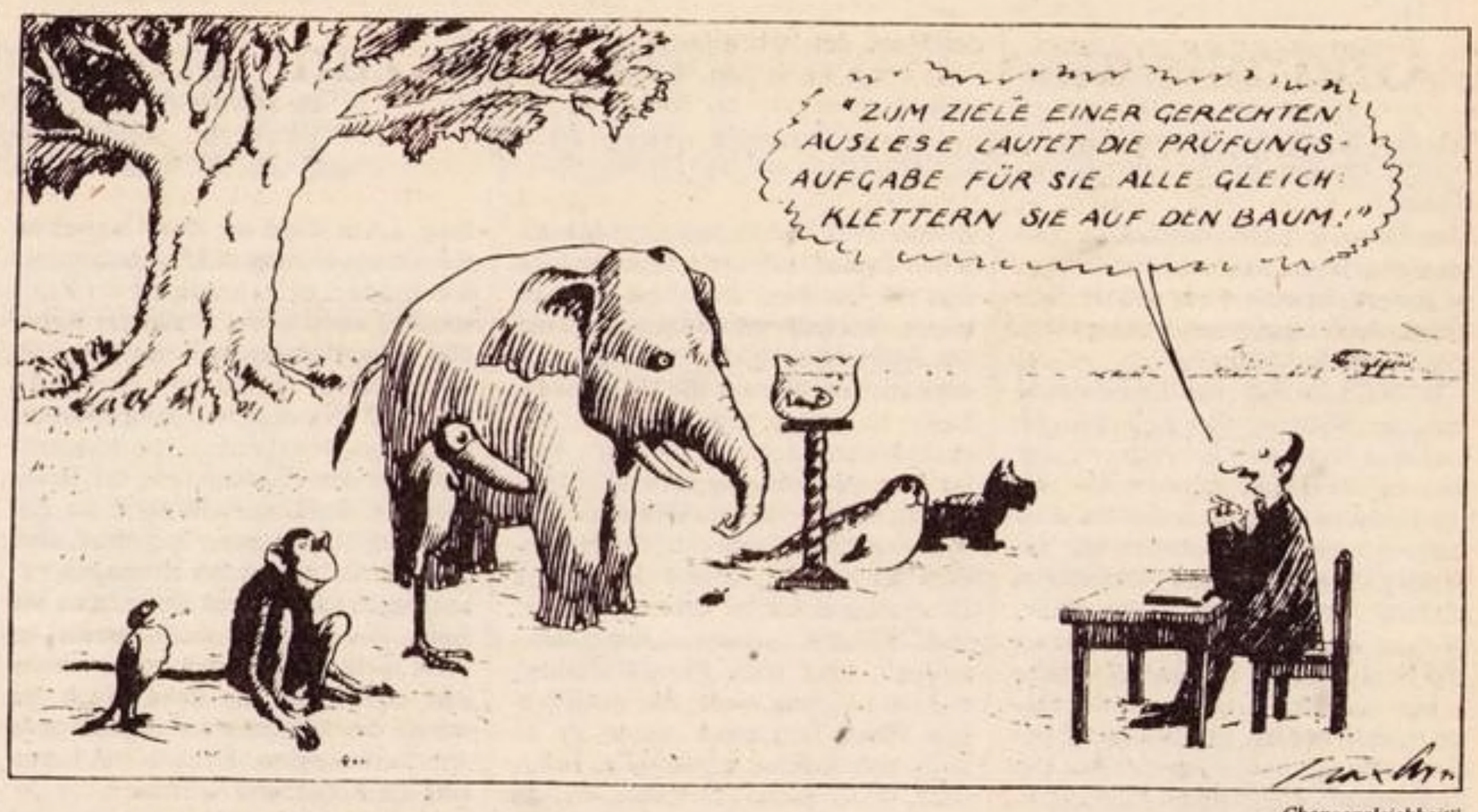
schule eine wesentliche Rolle in der geplanten ,,bildungspolitischen Offensive'' der GEW. Die CDU hat sich für ihren Parteitag Anfang November die ,,Zukunftschancen der jungen Generation'' aufs Panier geschrieben. Der Vorbereitungskommission gehört auch Frau Laurien an, die sich ,,nicht nur der kleineren Gemeinde, sondern auch dem Wohl des größeren Landes verpflichtet'' fühlt und dabei doch keineswegs das Individuum aus dem Blick verliert. ,,Junge Menschen haben ein Anrecht auf qualifizierte Schulbildung, die ihnen verschiedene Berufs- und Weiterbildungsmöglichkeiten offenhält. Wer nicht herausgefordert wurde, wer nicht der Freude am Lernen in Erfolgserlebnissen erfuhr, bleibt als Erwachsener dem konkreten Lebensalltag die Antwort schuldig. Die Differenzierung in Lernniveaus antwortet auf die Unterschiedlichkeit der Menschen. Durchlässigkeit und Wechsel zwischen den Schularten müssen möglich sein, aber sie sind nicht das erste Prinzip einer Schule, die ja den einzelnen in seiner Eigenart und in seinem sozialen Umfeld fördern will.''

Das CDU-Diskussionspapier geht gar so weit: ,,Wer es aus finanziellen Gründen unterläßt, kleine Gruppen anzustreben, unterläßt eine zukunfts-

müssen? Reicht es aus, die Kritik an der von der CDU proklamierten ,,Elite-Förderung'' auf die Folgen der verstärkten Aussonderung, Erhöhung von Leistungsdruck und Konkurrenzdenken und (circulus vitiosus) die Stabilisierung des dreigliedrigen Schulsystems zu richten? (Vgl. Vorlage des Geschäftsführender Landesvorstandes auf der a.o. Landesvertreterversammlung am 9.9.81).

Was um so problematischer wird, als die CDU auch nicht mehr so dumm ist, sich auf ominöse Hochbegabte zu kaprizieren. ,,Ein Land wie die Bundesrepublik Deutschland ist auf Eliten angewiesen, und hierzu gehören gut ausgebildete Facharbeiter ebenso wie gute Ingenieure und Spitzenleistungen in der Wissenschaft.'' (CDU-Papier).

Während die CDU Bildungskonzepte für die Zukunft entwirft, wird in der ,,berliner lehrerzeitung'' über die Einschätzung der Gesamtschule gestritten. Bestritten wird die Aussage ,,die Entscheidung für die Gesamtschule sei immer eine politische Entscheidung gewesen'', die gegen den Widerstand der Befürworter der dreigliedrigen Ausleseschule habe durchgesetzt werden müssen. Bestritten wird dies unter Hinweis auf die rückläufigen Schülerzahlen an vielen Gesamtschulen sowie die



„Chancengleichheit"

Tatsache, daß die Gesamtschule ihr Versprechen der Chancengleichheit nicht eingehalten habe, Sitzenbleiber hervorbringe und Abbrecher in der gymnasialen Oberstufe. Als Manko wird ihr ferner angelastet, daß sie auf Qualifikationsnachweise nicht verzichten konnte.

Die Vertreter dieser Position plädieren für eine ,,Perspektivplanung'', ,,die einerseits eine Konsolidierung der Gesamtschule ermöglicht, andererseits zu einer gerechten Verteilung der vorhandenen Ressourcen führt. Unter diesem Aspekt scheint die Forderung nach einer ,weiteren personellen und materiellen Verbesserung' gegenüber dem gegliederten Schulsystem unvertretbar''.

Meines Erachtens muß man zwischen zwei Ebenen unterscheiden: der Absicherung von Unterricht unter ,,normalen'' Bedingungen, wozu es einen Vorschlag der GEW-Bund gibt, der eine Art ,,Minimalprogramm'' darstellt. Zum anderen muß geklärt werden, ob und wie die Gesamtschule für eine Vereinheitlichung der Ausbildung genutzt werden kann. Die Mehrzahl der Westberliner Gesamtschulen wird nicht einmal äußerlich ihrem Namen gerecht, da sie nur die 7. bis 10. Klasse integrieren. Die Fritz-Karsen-Schule und die Walter-Gropius-Schule erlauben jedoch Rückschlüsse auf die Bedeutung der durchgehenden Integration (1. bis 13. Klasse), die die lapidare Kritik entkräften können, Gesamtschule sei dreigliedriges Schulsystem unter einem Dach. An der Fritz-Karsen-Schule beschränkt sich, die äußere Fachleistungsdifferenzierung auf 2 Niveaus (gegenüber 4 bei FEGA) in nur 2 Fächern. Die Bedeutung des ,,sozialen Lernens'' kommt unter diesen Bedingungen besser zum Tragen, nämlich daß miteinander und voneinander gelernt werden kann. Lehrer unterrichten innerhalb eines Halbjahrganges mehr Fächer in weniger Lerngruppen. Die engere Lehrer-Schüler-Beziehung bietet Möglichkeiten, der ,,Unterschiedlichkeit der Menschen'' (s.o.) gerecht zu werden, die sogenannten starken bzw. schwachen Schüler entsprechend zu fördern.

Warum an der Gesamtschulform festhalten, wenn die Lernbedingungen entscheidend sind?

wbl., Westberlin

1. Die Gesamtschuldiskussion ist wieder stärker aufgeflammt, sie trägt heute defensiven Charakter und nimmt merkwürdige Wendungen. In der KVZ wurde bisher über die Entwicklung in Bayern (26/81) und in NRW (32/81) berichtet, in beiden Berichten wurden schon eine Reihe von Einwänden vorgebracht, aber dennoch die Gesamtschule verteidigt mit solch widersprüchlichen Positionen wie: ,,Gesamtschule ja – aber nicht so''. In der ,,berliner lehrerzeitung'' der GEW ist in den letzten Jahren dreimal ausführlich auf die Gesamtschule eingegangen worden (2/79, 12/80 und 7–8/81). Die Position läßt sich vielleicht durch die gewählte Überschrift ,,Gesamtschule verteidigen – Gesamtschule verbessern!'' kennzeichnen. Was ,,verbessern'' heißt, ist dabei umstritten. Die Meinungen gehen dabei von ,,bau-

handenen Ressourcen führt. Unter diesem Aspekt scheint die Forderung nach einer ,weiteren personellen und materiellen Verbesserung' gegenüber dem gegliederten Schulsystem unver-

schaffen werden sollte, die Haupt- und Realschule umfaßt.

3. Die Hoffnung, über die Gesamtschule zu einem einheitlichen Schulwesen zu kommen, beruht letztendlich auf dem Faktum eines einheitlichen Schulgebäudes. In dem KVZ-Artikel über NRW wird festgestellt, daß bei den jetzigen und geplanten Gesamtschulen ,,bitter wenig'' von den gewerkschaftlichen Forderungen bleibt. Das ,,Wenige'', das bleibt, und offensichtlich die Position ,,Gesamtschule ja – aber nicht so'' rechtfertigen soll, ist, ,,daß die Schüler gemeinsam unter einem Dach sitzen sollen.'' (32/81, S. 6) Könnte man nicht dann mit genau so guten Argumenten die Positionen vertreten ,,Hauptschule oder Realschule ja – aber nicht so''?

Um zu einem einheitlichen Schulwesen zu kommen, ist es entscheidend, die Lernbedingungen anzugleichen

Klasse integrieren. Die Fritz-Karsen-Schule und die Walter-Gropius-Schule erlauben jedoch Rückschlüsse auf die Bedeutung der durchgehenden Integration (1. bis 13. Klasse), die die lapidare

chend seinen individuellen Fähigkeiten. Förderung statt Auslese und Chancengleichheit wurden die Leitlinien, für die ich in struktureller und didaktischer Hinsicht nach einer neuen Schule suchte. Zudem hätte das Wort ,Einheitsschule' Gelegenheit zu jeder böswilligen Unterstellung und vernichtenden Polemik geboten.'' (Evers, Modelle moderner Bildungspolitik, Frankfurt 1969, S. 4 f.)

Ergebnis der Ablehnung des traditionellen Schulwesens wie der Einheitsschule war die ,,demokratische Leistungsschule'', in der der Widerspruch von Förderung *und* Auslese institutionalisiert wurde. Er ist in der Gesamtschule wie den anderen Schularten unaufhebbar, in der Gesamtschule aber am deutlichsten spürbar und daher wird auch dort von den Lehrern am heftigsten gegen die Tendenz zur Aus-

tet Möglichkeiten, der ,,Unterschiedlichkeit der Menschen'' (s.o.) gerecht zu werden, die sogenannten starken bzw. schwachen Schüler entsprechend zu fördern.

Warum an der Gesamtschulform festhalten, wenn die Lernbedingungen entscheidend sind?

wbl., Westberlin

1. Die Gesamtschuldiskussion ist wieder stärker aufgeflammt, sie trägt heute defensiven Charakter und nimmt merkwürdige Wendungen. In der KVZ wurde bisher über die Entwicklung in Bayern (26/81) und in NRW (32/81) berichtet, in beiden Berichten wurden schon eine Reihe von Einwänden vorgebracht, aber dennoch die Gesamtschule verteidigt mit solch widersprüchlichen Positionen wie: ,,Gesamtschule ja – aber nicht so''. In der ,,berliner lehrerzeitung'' der GEW ist in den letzten Jahren dreimal ausführlich auf die Gesamtschule eingegangen worden (2/79, 12/80 und 7–8/81). Die Position läßt sich vielleicht durch die gewählte Überschrift ,,Gesamtschule verteidigen – Gesamtschule verbessern!'' kennzeichnen. Was ,,verbessern'' heißt, ist dabei umstritten. Die Meinungen gehen dabei von ,,bauliche und organisatorische Veränderungen im Rahmen der Gesamtschule'' bis hin zu ,,einheitliche Schule ohne Auslese''. Dabei wird auf die bildungspolitischen Vorstellungen des DGB ,,Schule für alle'', ,,einheitlicher Schulabschluß (Abitur)'' Bezug genommen. Dieses Ziel ist nicht umstritten, umstritten ist der Weg. Umstritten ist, ob dieses Ziel sinnvollerweise über die Gesamtschule erstrebt wird, ob es *nur* über die Gesamtschule erreichbar ist, wie dies auch das neue Grundsatzprogramm des DGB vorsieht.

2. Ausgehend von den Erfahrungen mit den Westberliner Gesamtschulen
– mit ihren unerträglichen baulichen Bedingungen,
– mit ihren unübersehbaren bürokratisch-hierarchischen Aufblähungen,
– mit ihrem affirmativen Wahl- und Differenzierungssystem, das gerade schwächere Schüler heillos überfordert,
kann man (zumindest hier) kaum erwarten, daß diese Schule für breite Teile der Bevölkerung ,,die Schule für alle'' wird. Die im nebenstehenden Kasten wiedergegebenen Zahlen zeigen den aktuellen Rückgang der Anmeldungsquote (1980: 23,8%), vor allem aber das Ausbleiben von Schülern mit einer Übergangsempfehlung zum Gymnasium (1980: 8,0%). Dies sollte Anlaß sein zu überlegen, ob nicht zumindest für einen Teil der Gesamtschulen der ,,gymnasiale'' Anspruch aufgegeben werden sollte und bei Abschaffung aller Formen der äußeren Leistungsdifferenzierung, bei Bildung kleinerer Klassen usw. eine neue Form der modernen Mittelstufenschule geschaffen werden sollte, die Haupt- und Realschule umfaßt.

3. Die Hoffnung, über die Gesamtschule zu einem einheitlichen Schulwesen zu kommen, beruht letztendlich auf dem Faktum eines einheitlichen Schulgebäudes. In dem KVZ-Artikel über NRW wird festgestellt, daß bei den jetzigen und geplanten Gesamtschulen ,,bitter wenig'' von den gewerkschaftlichen Forderungen bleibt. Das ,,Wenige'', das bleibt, und offensichtlich die Position ,,Gesamtschule ja – aber nicht so'' rechtfertigen soll, ist, ,,daß die Schüler gemeinsam unter einem Dach sitzen sollen.'' (32/81, S. 6) Könnte man nicht dann mit genau so guten Argumenten die Positionen vertreten ,,Hauptschule oder Realschule ja – aber nicht so''?

Um zu einem einheitlichen Schulwesen zu kommen, ist es entscheidend, die Lern*bedingungen* anzugleichen, nicht die Schulform:
– curricular durch gemeinsame Elemente der Verbindung von allgemeiner und beruflicher Bildung,
– materiell durch Angleichung der Klassenfrequenzen, Ausstattung usw.,
– organisatorisch durch die Berücksichtigung der unterschiedlichen Lernvoraussetzungen der einzelnen Schüler.

Der wesentliche Knackpunkt liegt aber überhaupt nicht in den jetzigen allgemeinbildenden Schulen, sondern danach. *Ein einheitliches Schulwesen wird es nur geben, wenn mit jedem Schulabschluß das Recht und die Möglichkeit einer qualifizierten beruflichen Ausbildung gegeben ist.*

Solange dies nicht im Mittelpunkt der schulpolitischen Forderungen der Gewerkschaften steht, wird es kein Schritt hin zu einer einheitlichen Schule ohne Auslese geben. Knappe Lehrstellen oder Hochschulplätze werden bei jeder noch so gut gemeinten Reform letztendlich Auslese und Konkurrenz wieder hervortreiben.

4. Der Versuch, ,,fortschrittliche'' Elemente der Gesamtschule zum Ausgangspunkt des Wegs zur einheitlichen Schule zu machen, berücksichtigt wesentliche historische und strukturelle Bedingungen nicht. Einer der Väter der Gesamtschule, der ehemalige Berliner Schulsenator Carl-Heinz Evers, begründete diese Schulform wie folgt: ,,Eine ,Einheitsschule' schwebte mir bei dem neuen Ansatz allerdings nicht vor: Nicht Gleichmacherei sollte die Schule leisten, sondern bestmögliche Förderung jedes einzelnen entsprechend seinen individuellen Fähigkeiten. Förderung statt Auslese und Chancengleichheit wurden die Leitlinien, für die ich in struktureller und didaktischer Hinsicht nach einer neuen Schule suchte. Zudem hätte das Wort ,Einheitsschule' Gelegenheit zu jeder böswilligen Unterstellung und vernichtenden Polemik geboten.'' (Evers, Modelle moderner Bildungspolitik, Frankfurt 1969, S. 4 f.)

Ergebnis der Ablehnung des traditionellen Schulwesens wie der Einheitsschule war die ,,demokratische Leistungsschule'', in der der Widerspruch von Förderung *und* Auslese institutionalisiert wurde. Er ist in der Gesamtschule wie den anderen Schularten unaufhebbar, in der Gesamtschule aber am deutlichsten spürbar und daher wird auch dort von den Lehrern am heftigsten gegen die Tendenz zur Auslese gewirkt. Die Entwicklung zeigt aber, daß auf Dauer die Lehrer sich gegen die verlangte Tendenz, über Leistungsdifferenzierung Auslese zu betreiben, nicht widersetzen können. Sie können sie aber verzögern. So ist bisher für alle Gesamtschulen noch mehr oder minder typisch, daß der Unterricht in der 7. Klasse kaum und in der 8. Klasse wenig leistungsdifferenziert ist. Insofern ist es richtig, als ein Positivum der Gesamtschule herauszustellen, daß die Festlegung des Abschlußniveaus um ein oder zwei Jahre hinausgeschoben wird. Ab der 9. Klasse aber prägt die äußere Leistungsdifferenzierung die Organiation der Gesamtschule, gibt ihr ihre innere Gliederung. In diesem Sinne ist die Gesamtschule als eine Fortentwicklung *innerhalb* des gegliederten Schulwesens zu verstehen. *Die Gesamtschule ist ein besonderer Teil des gegliederten Schulwesens und kein erster Schritt zu einem einheitlichen Schulwesen.*

5. Das letzte Argument für die Gesamtschule ist das höhere Abschlußniveau. Abgesehen davon, daß die Vergleichbarkeit durch Abschlüsse zwischen den Schularten erhebliche Schwierigkeiten aufwirft, ist überhaupt nicht ausgemacht und untersucht, ob nicht die Schüler, die jetzt auf die Gesamtschule gehen, ähnlich hohe Abschlüsse erreicht hätten, wenn sie auf Hauptschulen gegangen wären, die eine vergleichbar gute materielle Ausstattung hätten wie die Gesamtschulen, oder auf Realschulen, die eine ähnlich niedrige Schüler-Lehrer-Frequenz hätten wie die Gesamtschulen (vgl. nebenstehenden Kasten).

Daten zur Gesamtschule in Westberlin

1) Entwicklung der Schülerzahlen

Jahr	SEK I	OH	OR	OG	O		Anzahl der Gesamtschulen
1970	58891	31,5%	27,1%	29,5%	3115	5,3%	5
1975	94660	23,6%	24,1%	31,0%	15121	16,0%	19
1978	102312	18,9%	21,9%	30,5%	24753	24,2%	25
1980	103278	16,2%	22,2%	32,0%	24597	23,8%	26

SEK I = Sekundarstufe 1 (7.–10. Klasse)
OH = Hauptschule (Volksschule)
OR = Realschule (Mittelschule)
OG = Gymnasium
O = Gesamtschule

2) Verteilung der Oberschulempfehlungen an der Gesamtschule

Jahr	OH	OR	OG
1975	41,6%	43,6%	14,9%
1978	47,0%	42,1%	10,9%
1980	58,9%	33,5%	8,0%

(Zur Erklärung: Die Grundschullehrer geben am Ende der 6. Klasse eine Empfehlung für den Übergang auf die Oberschule, eine besondere Gesamtschulempfehlung gibt es nicht.)

4) Schüler-Lehrer-Relationen im Schuljahr 1980/81

insges.	G	OH	OR	O	OG
23,3:1	26,8:1	23,0:1	30,4:1	24,9:1	19,5:1

G = Grundschule, (OG-SEK I = 30,3:1, OG-SEK II = 11,4:1)

3) Abschlüsse der Schulabgänger

Schuljahr	Insgesamt ohne	OH	OR	Abitur	An der Gesamtschule ohne	OH	OR	Abitur
1970/71	2811	4554	4375	2809	9	79	288	59
	19,6%	31,4%	30,0%	19,0%	2,1%	18,2%	66,2%	13,6%
1975/76*	2508	5813	7359	6427	175	309	683	611
	11,6%	26,0%	33,4%	29,0%	9,7%	17,4%	38,5%	34,4%
1978/79	2906	4690	9480	1646	505	1109	3307	191
	15,5%	25,0%	50,6%	8,8%	9,9%	21,7%	64,8%	3,7%

* Im Schuljahr 1975/76 gab es zwei Abschlußtermine wegen Schuljahresumstellung

,,Und uns zum Trost! Und euch zum Trotz ...“

Walter Mehring zur Erinnerung / Von Bernd Wagner

Man braucht nicht vertuschen, daß Menschen leben, von denen erst, wenn sie sterben, bewußt wird, daß sie noch lebten. Am vergangenen Montag starb 85jährig Walter Mehring.

In der Literatur des Expressionismus, der Weimarer Republik und der Exiljahre findet sich der Name Walter Mehring oder Walt Merin, wie er sich zur Dadazeit nannte, immer in einer Reihe mit bekannten Namen wie Tucholsky, Brecht, Kästner, Ringelnatz, Klabund, Walden, Hermann-Neiße, Weinert usw. Nicht viele der Dichter und Schriftsteller, die das literarische Leben der Weimarer Republik prägten, überlebten das Exil und den Zweiten Weltkrieg, und wenigen dieser Generation, die überlebten, gelang es nach dem Ende des Faschismus, literarisch wieder Fuß zu fassen. Etwa Brecht in der DDR oder Kästner in Westdeutschland, und einige wenige, die nicht überlebten, wurden mit einigem Erfolg wieder aufgelegt, etwa Tucholsky oder Ringelnatz. Für eine Mehrzahl der linken und liberalen Schriftsteller und Künstler, die vom Faschismus aus Deutschland vertrieben worden waren, bedeutete die Ausbürgerung und die Verbrennung ihrer Bücher 1933 den Beginn ihres literarischen Todes . Mit der Länge des Exils und der ständigen Zunahme von Stationen des Exils schwanden nicht nur die Möglichkeiten zu schreiben, sondern auch zunehmend die Möglichkeit, Leser zu finden. Sie schrieben, wie auch Walter Mehring, für den ,,Koffer“, in der Hoffnung auf eine spätere Publizierung – und für sich selbst zum Trost und zum Trotz. Mit der Niederlage des Faschismus und der Teilung Deutschlands hatten viele der Dichter und Künstler, deren ,,Herz links schlug“, aber nach Parteiauffassung nicht links genug, weder hier noch drüben Platz. Den einen waren sie zu links, den anderen waren sie zu rechts oder, besser gesagt, zu unbequem, als daß man sich um sie bemüht hätte. Und so gerieten viele von den wenigen, die überlebten, zwischen die Stühle und in Vergessenheit. Walter Mehring war einer von ihnen, O.M. Graf, I. Keun, P. Zech andere.

,,Hier steht ein Mann und singt ein Lied / Am Rand der Zeit“. Diese Gedichtzeile stellte Mehring im ,,Neuen Ketzerbrevier“, einer der wenigen Neuveröffentlichungen nach dem Zweiten Weltkrieg (1962), an den Anfang. ,,Am Rand der Zeit“ war er im Nachkriegsdeutschland, unbemerkt und unbeachtet. ,,Am Rand der Zeit“ stand er auch in der Weimarer Republik, allerdings beachtet und in einem anderen Sinn. Er war ein Ketzer, Satiriker und Parodist. Sein Milieu war die Kritik des Bestehenden, des Militarismus und des Teutonischen, der Reaktion und der Ungerechtigkeit der Zustände in der Weimarer Republik, aber er war kein literarischer Propagandist, auch nicht im positiven Sinne, etwa wie Erich Weinert oder auch Brecht, er focht nicht für ein konkretes positives Ziel und stand von daher auch am Rande des Kampfes der organisierten Arbeiterbewegung. Er blieb sein Leben lang ein Ketzer und Satiriker.

Und als solcher war er bekannt und verdient, in der Erinnerung zu bleiben. Und nicht wenige der Erscheinungen, die er in seinen Liedern und Gedichten satirisch beschreibt und angreift, gibt es noch heute und trifft der Spott Mehrings auch weiter. Als Lyriker und Satiriker steht er in der Reihe der Villon, Heine, Weerth, Tucholsky und heute vielleicht Biermann. Es gab kaum eine bekannte satirische Zeitschrift in der Weimarer Republik, wie etwa ,,Der Gegner“ von G. Grosz und W. Herzfelde oder die satirische Arbeiterzeitung ,,Der Knüppel“, in der W. Mehring nicht seine Gedichte, Balladen, Lieder oder Sketche veröffentlichte. Vor allem schrieb er auch in Ossietzkys ,,Weltbühne“, wo seine Warngedichte vor dem aufkommenden Faschismus abgedruckt waren.

Walter Mehrings Leistung liegt neben seinen satirischen Gedichten auf zwei künstlerischen Gebieten, die sich in der Weimarer Republik herausbildeten und u.a. dank seiner Tätigkeit ihre erste Blütezeit hatten – dem literarischen Kabarett und dem, was man damals als Songs bezeichnete und was heute vielleicht unter die weitgefaßte Rubrik ,,Liedermacher“ fallen würde. Es sind nur selten direkt ,,politische Songs“, aber es sind immer Songs, die einen Inhalt haben, der sie über den Schlager hebt. Vertonte Gedichte und Balladen, eine Mischung zwischen französischen Chansons, Vagabunden- und Seemannsliedern mit Elementen von Liedern der Arbeiterbewegung und der bürgerlichen Revolution, vielleicht kann man so Mehrings Songs umschreiben und beschreiben. Mit Brechts Dreigroschenoper und seinem Mahagonny und mit Tucholsky und Mühsam sind diese Art von Songs heute für uns verknüpft, gelernt haben es Brecht und Tucholsky aber vor allem von Walter Mehring.

Walter Mehring war ein streitbarer Ketzer, der seine Auffassungen in Gedichten und Balladen, Theaterstücken und Kabarettsketchen, Romanen und autobiographischen Erzählungen verfocht. Daß er im Nazideutschland nicht zu Hause sein konnte, war klar; unter der Überschrift ,,An den Galgen“ hatte Goebbels 1933 im ,,Angriff“ einen Artikel gegen W. Mehring geschrieben. Mehring konnte gerade noch rechtzeitig fliehen, aber im Exil, durch viele Länder getrieben, wurde das standhafte ,,Euch zum Trotz“ mit der Zeit abgelöst von einer Lyrik, die zwar weiterhin unbeugsam war, aber keine Hoffnung mehr sah, wie es zu Beginn der ,,12 Briefe aus der Mitternacht“ (1937–41) heißt: ,,nie abgesandt – / verfaßt / vor Untergängen, / in Gefangenenlagern / von Flucht zu Flucht / durch vier landlose, lieblose / Zwischenzeiten (1937–41), / in denen es keinen Aufenthalt / gab – keine Adressen – und keine Empfängerin“.

Es bleibt nachzutragen, daß seit 1979 im Claassen Verlag eine Gesamtausgabe der Werke Mehrings herausgegeben wird, in deren Rahmen in diesem Herbst eine zweibändige Ausgabe sei-

umschreiben und beschreiben. Mit Brechts Dreigroschenoper und seinem Mahagonny und mit Tucholsky und Mühsam sind diese Art von Songs heute für uns verknüpft, gelernt haben es Brecht und Tucholsky aber vor allem von Walter Mehring.

Walter Mehring war ein streitbarer Ketzer, der seine Auffassungen in Gedichten und Balladen, Theaterstücken und Kabarettsketchen, Romanen und autobiographischen Erzählungen verfocht. Daß er im Nazideutschland nicht zu Hause sein konnte, war klar; unter der Überschrift ,,An den Galgen“ hatte Goebbels 1933 im ,,Angriff“ einen Artikel gegen W. Mehring geschrieben. Mehring konnte gerade noch rechtzeitig fliehen, aber im Exil, durch viele Länder getrieben, wurde das standhafte ,,Euch zum Trotz“ mit der Zeit abgelöst von einer Lyrik, die zwar weiterhin unbeugsam war, aber keine Hoffnung mehr sah, wie es zu Beginn der ,,12 Briefe aus der Mitternacht“ (1937–41) heißt: ,,nie abgesandt – / verfaßt / vor Untergängen, / in Gefangenenlagern / von Flucht zu Flucht / durch vier landlose, lieblose / Zwischenzeiten (1937–41), / in denen es keinen Aufenthalt / gab – keine Adressen – und keine Empfängerin“.

Es bleibt nachzutragen, daß seit 1979 im Claassen Verlag eine Gesamtausgabe der Werke Mehrings herausgegeben wird, in deren Rahmen in diesem Herbst eine zweibändige Ausgabe sei-ner Gedichte von 1918 bis 1974 erscheint. Im Ullstein Verlag erscheint eine Werkausgabe in Taschenbüchern, in der ein Teil seiner Prosaarbeiten wieder zugänglich wird.

Auftakt

Hier steht ein Mann und singt ein Lied
Am Rand der Zeit,
Die außer Rand und Band geriet –
Macht Rast! Ihr habt's noch weit ...

Legt nieder Eure schwere Last
Am Rand der Zeit ...
Singt mit, was Ihr gemeinsam haßt –
Und singt vom Einzelleid!

Tut aus dem Buche einen Trunk
Am Rand der Zeit ...
Stärkt auch das Herz zur Wanderung,
In die Ihr eingereiht ...

Mag mancher Sang die Ruhe stör'n
Am Rand der Zeit:
Sie sollen es da drüben hör'n,
Daß Ihr vorhanden seid ...

Doch trat ich außer Reih und Glied –
Ja, dann verzeiht!
Hier steht ein Mann und singt ein Lied
Zum Trotz – am Rand der Zeit ...

1919

Wir schaffen Ordnung frohgemut
Und ohne Federlesen
Und zahlt das Volk mit seinem Blut –
Der Bürger zahlt die Spesen.
Wenn die Kerl's auch rebellier'n –
Nur nicht gleich den Kopf verlier'n.
Feste druff, wo sich was regt,
Bis sich keine Hand bewegt.
Ja, da staunen sie,
Wie die Straße reingefegt

Auftakt

Hier steht ein Mann und singt ein Lied
Am Rand der Zeit,
Die außer Rand und Band geriet –
Macht Rast! Ihr habt's noch weit ...

Legt nieder Eure schwere Last
Am Rand der Zeit ...
Singt mit, was Ihr gemeinsam haßt –
Und singt vom Einzelleid!

Tut aus dem Buche einen Trunk
Am Rand der Zeit ...
Stärkt auch das Herz zur Wanderung,
In die Ihr eingereiht ...

Mag mancher Sang die Ruhe stör'n
Am Rand der Zeit:
Sie sollen es da drüben hör'n,
Daß Ihr vorhanden seid ...

Doch trat ich außer Reih und Glied –
Ja, dann verzeiht!
Hier steht ein Mann und singt ein Lied
Zum Trotz – am Rand der Zeit ...

1919

Wir schaffen Ordnung frohgemut
Und ohne Federlesen
Und zahlt das Volk mit seinem Blut –
Der Bürger zahlt die Spesen.
Wenn die Kerl's auch rebellier'n –
Nur nicht gleich den Kopf verlier'n.
Feste druff, wo sich was regt,
Bis sich keine Hand bewegt.
Ja, da staunen sie,
Wie die Straße reingefegt
Von meiner Kompanie.

Aber biste Spartakiste.
Kommste auf die schwarze Liste.
Heute wirst du des Mords bezichtigt:
Bist du tot, dann wird berichtet:

Jeder Mensch kann sich mal irren –
Schuld sind nur die ,,Spartakus“-
Wirren.
Mörder mit und ohne Tresse –
Alles findste in der Presse.

... Und Euch zum Trotz – *Paris 1934*

Daß diese Zeit uns wieder singen lehre
Die guten Lieder eines bösen Spotts
– Selbst wenn uns Herz und Sinn
danach nicht wäre –
Nur Euch zum Trotz!
(Nur Euch zum Trotz ...!)
Und singen, bis es wider Euch sich
kehre –
Und einen Keil treib in den groben
Klotz!
Und daß es etwas uns die Brust
entschwere!
Und uns zum Trost! Und Euch zum
Trotz ...

aus: 12 Briefe aus der Mitternacht

(Marseille, Silvester 1940/41,
in Memoriam)

An meine Kammer, wo ich welk,
Pocht zwölfmal an das Neue Jahr,
Spricht zugig hohl: Es war ... es war
...

Hängt seinen Jahrkranz ans Gebälk,
Verblüht – von Lügenluft erstickt –
Erschlagen – von der Not geknickt:
Der beste Jahrgang deutscher Reben

Jeder Mensch kann sich mal irren –
Schuld sind nur die ,,Spartakus“-
Wirren.
Mörder mit und ohne Tresse –
Alles findste in der Presse.

... Und Euch zum Trotz – Paris 1934

Daß diese Zeit uns wieder singen lehre
Die guten Lieder eines bösen Spotts
– Selbst wenn uns Herz und Sinn
danach nicht wäre –
Nur Euch zum Trotz!
(Nur Euch zum Trotz ...!)
Und singen, bis es wider Euch sich
kehre –
Und einen Keil treib in den groben
Klotz!
Und daß es etwas uns die Brust
entschwere!
Und uns zum Trost! Und Euch zum
Trotz ...

aus: 12 Briefe aus der Mitternacht

(Marseille, Silvester 1940/41,
in Memoriam)

An meine Kammer, wo ich welk,
Pocht zwölfmal an das Neue Jahr,
Spricht zugig hohl: Es war ... es war
...

Hängt seinen Jahrkranz ans Gebälk,
Verblüht – von Lügenluft erstickt –
Erschlagen – von der Not geknickt:
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Mühsam: Poet und Promethid,
Erdrosselt wie ein räudiger Hund –
Ossietzky, den man so zerschund,
Daß er voltairisch lächelnd schied ...

Als man den Friedenspreis ihm bot,
Schloß er grad Frieden mit dem Tod
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Es weht ein Blatt – kaum leserlich:
,,Die Dummheit, die wir persifliert ...
Die macht Geschichte. Die regiert ...
Herzlichst *Tucholsky* ... Ohne mich!“
In Schweden, krank, doch unbekehrt,
Hat er den Schierlingstrank geleert ...
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Ernst Toller, Freund aus Jugendland,
Bestimmt, um Bühnen, Meetings,
Zelln
Mit ernster Tollheit zu erhelln,
Löschte sich aus mit eigner Hand ...
In Übersee, weitab der Schlacht –
Warum hat er sich umgebracht ...?
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Wo in der Welt wächst nun die Art
Von Stammtisch, nah dem
Luxembourg
Rechtspolitik und Linkskultur,
Die *Joseph Roth* um sich geschart ...?
Von dessen Bart Weissagung troff,
Sich weise drum zu Tode soff ...
Welch edler Jahrgang reicher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Kurz vor dem Fall der Stadt Paris,
Wo ich nach langer Haft Dich fand,
Besucht uns oft der Emigrant
Ernst Weiss, der dort sein Leben ließ
...

Als man den Friedenspreis ihm bot,
Schloß er grad Frieden mit dem Tod
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Es weht ein Blatt – kaum leserlich:
,,Die Dummheit, die wir persifliert ...
Die macht Geschichte. Die regiert ...
Herzlichst Tucholsky ... Ohne mich!“
In Schweden, krank, doch unbekehrt,
Hat er den Schierlingstrank geleert ...
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Ernst Toller, Freund aus Jugendland,
Bestimmt, um Bühnen, Meetings,
Zelln
Mit ernster Tollheit zu erhelln,
Löschte sich aus mit eigner Hand ...
In Übersee, weitab der Schlacht –
Warum hat er sich umgebracht ...?
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Wo in der Welt wächst nun die Art
Von Stammtisch, nah dem
Luxembourg
Rechtspolitik und Linkskultur,
Die Joseph Roth um sich geschart ...?
Von dessen Bart Weissagung troff,
Sich weise drum zu Tode soff ...
Welch edler Jahrgang reicher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Kurz vor dem Fall der Stadt Paris,
Wo ich nach langer Haft Dich fand,
Besucht uns oft der Emigrant
Ernst Weiss, der dort sein Leben ließ
...

Arzt, Dichter: mischt er Giftarznei,
Nahm sie beim ersten Hunnenschrei
...
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

Theodor Lessing, Fehm-gekillt ...
Und *Hasenclever*, einst vernarrt
In den esprit – im Camp verscharrt
Von Frankreich ... Welch
Komödienbild!

Carl Einstein: auf der Flucht erhenkt
...

Olden, vor Kanada versenkt ...
Ein edler Jahrgang deutscher Reben
Nutzlos verschüttet, ließ sein Leben.

Doch *Horvath*, den ein Baum
erschlug,
Damit solch Kleinod im Exil
Den Säuen nicht zum Fraße fiel,
Starb ganz er selbst: ein Satyr-Spuk
...

Die Türe knarrt ... zwölfmal pocht's
an:
Die tote Elf – der Sensenmann ...
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

In dieser Kammer, wo ich, welk,
– ich in Marseille, Du in New York –
Wo ausgejätet und auf Borg
Und fruchtlos in Erinnerung schwelg
Drauf wartend, daß die Freundes-Elf
Gelinde mir hinüberhelf ...
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

... wär mir ein Etwas noch vergönnt,
Weil Neu-Jahr ist, so sei's: ich könnt
Sturmläutend jeden Nervenstrang
Dich hautdicht, duftnah
herbeschwörn,
Dich atmen, tasten, schauen, hörn

Theodor Lessing, Fehm-gekillt ...
Und Hasenclever, einst vernarrt
In den esprit – im Camp verscharrt
Von Frankreich ... Welch
Komödienbild!

Carl Einstein: auf der Flucht erhenkt
...

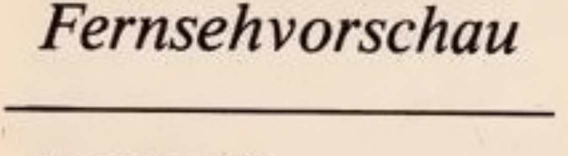
Olden, vor Kanada versenkt ...
Ein edler Jahrgang deutscher Reben
Nutzlos verschüttet, ließ sein Leben.

Doch Horvath, den ein Baum
erschlug,
Damit solch Kleinod im Exil
Den Säuen nicht zum Fraße fiel,
Starb ganz er selbst: ein Satyr-Spuk
...

Die Türe knarrt ... zwölfmal pocht's
an:
Die tote Elf – der Sensenmann ...
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

In dieser Kammer, wo ich, welk,
– ich in Marseille, Du in New York –
Wo ausgejätet und auf Borg
Und fruchtlos in Erinnerung schwelg
Drauf wartend, daß die Freundes-Elf
Gelinde mir hinüberhelf ...
Der beste Jahrgang deutscher Reben
Ließ vor der Ernte so sein Leben ...

... wär mir ein Etwas noch vergönnt,
Weil Neu-Jahr ist, so sei's: ich könnt
Sturmläutend jeden Nervenstrang
Dich hautdicht, duftnah
herbeschwörn,
Dich atmen, tasten, schauen, hörn
Dank einem rauschhaft heilenden
Trank ...
Aber der Wein, daß ich genese,
Reift nicht,
zerstört längst vor der Lese ...



Fernsehvorschau

,,Ausverkauf“

Ein ungarischer Spielfilm aus dem Jahr 1979, vom Regisseur Ferenc András. Wir müssen ihn hier unbesehen empfehlen, aber bei den meisten neueren Spielfilmproduktionen aus Ungarn kann man das machen. Sie zeichnen sich durchweg durch eine sehr genaue und bittere Darstellung der verschiedenen Formen sozialen Elends und men-



schlicher Entfremdung aus. Direkte politische Bezüge, wie in den polnischen Filmen seit Jahren schon gang und gäbe, sind tabu. Aber das tut der Schärfe der Sozialkritik oft keinen Abbruch. Hier geht es, den Ankündigungen nach, um ein zwielichtiges Trio: Rozai, die eine geschäftstüchtige Händlerin mit minderwertigen Pullovern auf den Wochenmärkten ist; die schwerfällige Giza, die sie zu ihrer Partnerin gemacht hat, weil sie eine Genehmigung für den Handel hat; und der Fahrer Tamás, der die Touren ausbaldowert und beide Frauen übers Ohr haut. Einer ist dem andern sein Deubel, jeder sieht zu, wo er bleibt.
Montag, 12.10., 23.00 Uhr, ARD

Länderspiel Österreich-Deutschland

Das entscheidende Spiel um den Gruppensieg in der Qualifikation für die Weltmeisterschaft. Nach dem 2:0 Sieg im Hinspiel genügt der deutschen Mannschaft ein Unentschieden. Nur daß diesmal im Wiener Praterstadion gespielt werden muß. Und da werden die Österreicher einiges zulegen.
Mittwoch, 14.10., 18.55 Uhr, ZDF

Mehr hat sich leider an Empfehlenswertem in den Programmen der nächsten 8 bis 10 Tage nicht gefunden.